Billionen-Dispo für die Euro-Zone S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 17 – 28. April 2017
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Wahlen in Zeiten des Ausnahmezustands: Polizisten bewachten Wahllokale in ganz Frankreich

Bild: Imago

Etablierte bleiben bedroht

Frankreichs Traditionsparteien am Boden – AfD bringt Zwist unter Kontrolle

Woher das Aufatmen? Die französischen Schwesterparteien von Union und SPD sind gnadenlos untergegangen.

Das große Aufatmen über den Ausgang des ersten Durchgangs der französischen Präsidentschaftswahlen konnte das eigentliche Signal vom vergangenen Sonntag nicht übertönen: Die Kandidaten der gallischen Schwesterparteien von Union und SPD sind bei dem Urnengang gnadenlos untergegangen.

Während es der skandalbeladene Vertreter der Konservativen, François Fillon, gerade noch auf knapp 20 Prozent brachte, wurde der Vorschlag der Sozialisten, Benoît Hamon, mit kläglichen sechs Prozent regelrecht verdampft. An der Seine hat sich wiederholt, was vergangenes Jahr bereits die österreichische Präsidentenwahl bestimmte, wo Christ- und Sozialdemokraten im entscheidenden zweiten Wahlgang gar nicht mehr vertreten waren, wo ein Ex-Grüner und ein Freiheitlicher gegeneinander antraten.

Auch konnten die eindeutigen Pro-Euro- und Pro-EU-Kandidaten in Frankreich kaum die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigen, die Wähler des erstplatzierten Ex-Sozialisten und Parteineugründers Emmanuel Macron mitgerechnet. Viele werden sich im zweiten Gang am 7. Mai nur hinter Macron stellen, weil ihnen Marine Le Pen zu riskant erscheint.

> Kaum die Hälfte der Franzosen für Pro-Euro-Kandidaten

Das ist eine sehr dünne Basis für Frankreich, neben Deutschland die zweite unverzichtbare Säule der EU und des Euro-Systems. Hinzu kommt, dass Macron mit seiner jungen Partei „En Marche“ bei den Parlamentswahlen im Juni kaum eine starke Hausmacht in der Nationalversammlung erringen dürfte. Damit bleibt Frankreich ein Hort der politischen Unsicherheit mit einem Präsidenten ohne festen Rückhalt im Parlament.

Die Hoffnung der deutschen Etablierten, die „populistische“ Konkurrenz zumindest zu Hause vom Hals zu bekommen, indem diese sich selbst zerfleischt, hat an diesem Wochenende ebenfalls einen Dämpfer erhalten. Unter der Regie des erfahrenen und altersweisen Alexander Gauland konnte die AfD ihren parteiinternen Dauerzwist zumindest vorerst unter Kontrolle bringen. Es fiel auf, dass die Demonstrationen und Blockadeversuche gegen den Kölner Parteitag weit hinter den Erwartungen blieben. Erhofft worden waren 50000 Demonstranten und Blockierer, doch es kamen nur „mehrere Tausend“. Dies lässt Rückschlüsse zu auf die Mobilisierungskraft großer Organisationen wie Kirchen und Gewerkschaften, die wochenlang für den Protest getrommelt hatten.

Die AfD hat weder einen dramatischen Rechtsruck vollzogen noch den rechten Parteiflügel ausgegrenzt. Mit Alice Weidel stellt die Partei stattdessen ein junges, unverbrauchtes Gesicht des liberalen Flügels neben Gauland an die Spitze zur Bundestagswahl. Damit sind die „Blauen“ noch lange nicht aus der Krise. Als Herausforderung für die Etablierten ist die AfD nach diesem Parteitag aber wieder ernster zu nehmen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Kein Tabu mehr

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, war die zunehmende Ausländerkriminalität bisher ein Tabuthema. Mittlerweile aber hat dieser Straftatkomplex ein so großes Ausmaß angenommen, dass nicht einmal mehr des Merkels treuer Innenminister die Fakten unter den Teppich kehren kann. Diese Fakten findet man in dessen „Bericht zur polizeilichen Kriminalitätsstatistik 2016“. Dort stehen unter der Überschrift „Entwicklung – Tatverdächtige“ ebenso nüchterne wie für Anhänger der Willkommenskultur und von Multikulti ernüchternde Zahlen. Bei insgesamt 2360806 Tatverdächtigen erfährt man: „Nichtdeutsche Tatverdächtige insgesamt 953744, darunter Zuwanderer 506641“. Zuwanderer „im Sinne dieser Darstellung“ sind „Personen mit Aufenthaltsstatus Asylbewerber, Duldung, Kontingentflüchtling/Bürgerkriegsflüchtling und unerlaubt“.

Zweifellos wurden die erfassten Straftaten nur von einem Teil der hier lebenden Ausländer begangen, aber Fakt ist: Ohne Ausländer hätte es im vergangenen Jahr knapp eine Million Tatverdächtige und somit rund ein Drittel Straftaten weniger in Deutschland gegeben. Um „ausländerrechtliche Verstöße“, die naturgemäß nicht von Deutschen begangen werden können, bereinigt, bleiben immerhin noch 616230 Tatverdächtige, darunter 174428 Zuwanderer. Das aufzuzeigen ist weder ausländerfeindlich noch rechtsextremistisch, populistisch oder verhetzend. Es ist notwendig, um das Problem gezielt und präventiv anzugehen. Nicht dessen Tabuisierung ist richtig, sondern dessen Thematisierung. Diese ist auch im Interesse der vielen friedlich und gesetzestreu unter uns lebenden Ausländer.

Jeder soll kommen dürfen

EU-Parlament fordert in Entschließung ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für alle Ausländer – unabhängig vom »Migrations«-Grund

Von der Öffentlichkeit unbemerkt, hat das EU-Parlament eine Entschließung zur „Bewältigung von Flüchtlings- und Migrantenströmen“ verabschiedet, die es in sich hat. „In der Erwägung“, dass Menschen durch „Konflikte, Gewalt, Verstöße gegen die Menschenrechte, Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, Naturkatastrophen, Ungleichheiten, Armut, schlechte sozioökonomische Aussichten, den Klimawandel, mangelnde ernsthafte, wirksame und langfristig ausgerichtete entwicklungspolitische Maßnahmen sowie den mangelnden politischen Willen, die strukturellen Probleme nachhaltig zu bekämpfen, zur Flucht gezwungen werden“, und „in der Erwägung, dass die Mobilität von Personen aus verschiedenen Gründen mit 244 Millionen freiwilligen und unfreiwilligen internationalen Migranten ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht hat“, fordern die Parlamentarier eine „angemessene Reaktion“ auf diese Herausforderung.

Diese Reaktion müsse „auf der Solidarität gegründet“ und solle „nicht allein auf Sicherheit ausgerichtet“ sein, sondern müsse zum Ziel haben, „den uneingeschränkten Schutz der Rechte und der Würde eines jeden Menschen, der durch wie auch immer geartete Umstände und die Suche nach einem besseren und sichereren Leben zur Flucht aus der Heimat gezwungen wird, zu gewährleisten“.

Weiter heißt es, das EU-Parlament „hebt hervor, dass Flüchtlinge und Migranten, auch wenn ihre Behandlung unterschiedlichen Rechtsrahmen unterliegt, dieselben allgemeinen Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen, die unabhängig von ihrem rechtlichen Status geschützt werden müssen“. Selbstverständlich soll dieser Schutz ein dauerhafter sein, denn ein „vorübergehender oder subsidiärer Schutz auf der Grundlage der Annahme, dass Flüchtlinge so früh wie möglich wieder in ihre Heimat zurückkehren werden, würde Perspektivlosigkeit und mangelnde Integrationsangebote zur Folge haben“.

> Diskussion darüber soll unterbunden werden

Da „Arbeitsplätze und wirtschaftliche Chancen von entscheidender Bedeutung sind, um die Folgen der Verwundbarkeit, die durch Vertreibung entstehen, zu mildern“, werden die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, „Migranten und Flüchtlingen dabei zu helfen, sich dorthin zu begeben, wo sich diese Möglichkeiten bieten“. Das ist natürlich Europa. Damit der Weg dorthin für „Asylsuchende und potenzielle Migranten“ ein möglichst komfortabler ist, sollen sie für diese „legale Wege“ öffnen sowie die „Nutzung formaler Einreise- und Ausreisesysteme“ ermöglichen.

Für diejenigen, die auf diese Weise Aufnahme in der EU gefunden haben, sollen der „Zugang zur Grundversorgung – insbesondere zur Bildung – verbessert und ihre Integration und ihre Einbindung in die lokalen Rahmenbedingungen durch Beschäftigungsmöglichkeiten und Möglichkeiten zu selbstständiger Erwerbstätigkeit gefördert werden“.

Und weiter halten es die EU-Parlamentarier „für unabdingbar, den gegenwärtigen Diskurs, in dem Flüchtlinge lediglich als Belastung dargestellt werden, zu überwinden“, und die „positiven Beiträge“ hervorzuheben, „die Flüchtlinge für ihre Aufnahmegemeinschaften leisten können, wenn ihnen die Chance dazu gegeben wird“.

Zusammengefasst heißt das: Das EU-Parlament will jedem Ausländer aus einem Nicht-EU-Land, der, aus welchem Grund auch immer, und sei es nur, weil er ein anderes Leben führen will, den großzügig alimentierten Daueraufenthalt in der EU ermöglichen – und darüber keine Diskussion zulassen. *J.H.*

MELDUNGEN

Millionen warten in der Türkei

Genf – Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) haben sich zum Jahresende 2016 rund drei Millionen als Flüchtlinge angesehene Personen in der Türkei aufgehalten. Davon sind rund 2,7 Millionen aus Syrien, 130000 aus dem Irak, 118000 aus Afghanistan, 31000 aus dem Iran, 3500 aus Somalia und insgesamt 8000 Personen aus anderen Ländern. Wie das UNHCR weiter mitteilte, waren rund 262700 Personen in Lagern untergebracht, bei denen es sich überwiegend um Syrer handelte. Der weitaus größte Teil der in der Türkei zugewanderten Ausländer lebt außerhalb von Lagern im städtischen und ländlichen Raum. Mit dem Stand von Anfang März 2017 wurden nach Angaben der Bundesregierung unter der EU-Türkei-Erklärung 916 Personen von Griechenland in die Türkei zurückgeführt. *J.H.*

Schweden denkt um

Stockholm – Nach dem Terroranschlag von Stockholm durch einen abgelehnten Asylbewerber plädieren alle Reichstags-Parteien für wirksamere Maßnahmen, abgelehnte Asylbewerber außer Landes zu schaffen. Jimmie Akesson, Chef der Schwedendemokraten fordert die Internierung der Abschiebekandidaten in speziellen Haftzentren. Ähnliche Töne kamen von den Vertretern der Konservativen und der Mitte-Rechts-Opposition, die im Wesentlichen die Zahl der Internierungsplätze erhöhen wollen, während ihre Verbündeten, Liberale und Zentristen, mehr Identitätskontrollen im Lande fordern. Für die Christdemokraten wäre die effektivste Lösung, alle auszuweisenden Ausländer mit elektronischen Armbändern zu versehen. Der sozialdemokratische Innenminister Anders Ygeman fordert dagegen verstärkte Kontrollen an den potenziellen Arbeitsplätzen von illegalen Zuwanderern, denn ohne Einnahmen durch Schwarzarbeiten könnten diese nicht monate- oder jahrelang untertauchen. *B.B.*

Gerichtshof rügt Moskau

Straßburg – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Russland schweres Versagen während des blutigen Geiseldramas im Jahr 2004 in einer Schule in Beslan vorgeworfen. Die Richter verurteilten die russische Regierung dazu, 409 Opfer mit insgesamt knapp drei Millionen Euro Schmerzensgeld zu entschädigen. Dabei berücksichtigten sie, dass Russland Angehörige und Überlebende bereits teilweise entschädigt hatte. Bei dem Terrorangriff auf eine Schule starben mehr als 330 Menschen, unter ihnen über 180 Kinder, nachdem schwer bewaffnete muslimische Täter aus dem Konfliktgebiet Nordkaukasus mehr als 1100 Geiseln genommen hatten. Die Lage eskalierte mit Explosionen und einem stundenlangen Feuergefecht. Der Gerichtshof warf den Sicherheitskräften „erhebliche Mängel“ beim Krisenmanagement vor: „Man kommt nicht um den Schluss herum, dass der Mangel an Verantwortung und Koordination in gewissem Maße zu dem tragischen Ende der Vorfälle beigetragen hat. *J.H.*

Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger der Bruderhilfe e. V. bei

Sozialistisches Marketingprodukt

Macron: Allianz zwischen internationaler Hochfinanz und gesellschaftspolitischem Linksextremismus

Der knappe Sieg von Emmanuel Macron in der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen ist vor allem ein verdeckter Staatsstreich der Sozialisten um Präsident François Hollande.


Foto: action press
Ist aus dem Schatten seines ehemaligen Chefs herausgetreten: Frankreichs wohl zukünftiger Staatspräsident Emmanuel Macron (mi.)

Nach seiner beispiellos katastrophalen Präsidentschaft, durch welche die gesamte Sozialistische Partei (PS) in Misskredit geriet, gelang es dem nicht wieder angetretenen Hollande durch die Instrumentalisierung der Justiz, den Hauptanwärter auf das Präsidentschaftsamt, den Bürgerlichen François Fillon, der auf nur 19,69 Prozent der Stimmen kam, aus dem Rennen zu werfen. Die linken Mainstream-Medien taten das Ihre, um Fillon in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren; und ermöglichten es zugleich den Sozialisten, den französischen Wählern Hollandes ideologischen Ziehsohn, den Ex-Wirtschaftsminister und Ex-Rothschildbanker Emmanuel Macron, als „neu“ zu verkaufen. Das nett anzusehende Marketingprodukt Macron ist in den meisten Fragen des politischen Alltagsgeschäfts inhaltsleer. In der Gesellschaftspolitik allerdings positioniert sich der Globalisierungs- und Multikultienthusiast noch radikaler als sein Mentor Hollande.

Während Hollande die illegale Masseneinwanderung nur halbherzig bekämpfte, gratulierte Macron Merkel zu ihrer Politik der „offenen Tür“. Während sich Hollande mit der Homoehe (vorerst) begnügte, bereitet Macron aktiv die Zulassung der Leihmutterschaft durch die Hintertür vor: Allen im armen Ausland für französische Auftraggeber teuer „hergestellten“ Babys verspricht er automatisch die französische Staatsbürgerschaft. Danach wird es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis in Frankreich die Leihmutterschaft erlaubt und von der Krankenversicherung bezahlt wird – im Namen der Hygiene und der Gleichheit. Hollande führte „nur“ eine Schulreform durch, durch welche die Weitergabe des kulturellen Erbes Frankreichs unterbrochen und die arabo-muslimische Kultur gefördert wird, aber es ist Macron, der sagt : „Es gibt keine französische Kultur, sondern nur Kultur in Frankreich.“ Unter Hollande wurde „nur“ der Kampf gegen religiöse (sprich: muslimische), sexuelle und ethnische (sprich: afrikanische und arabische) Diskriminierung weiter intensiviert, während Macron eine „positive Diskrimination“ für junge Immigranten verspricht.

Offiziell mochte Hollande „nicht die Reichen“, während er privat mit Geschäftsführern von multinationalen Großunternehmen freundschaftlich verkehrt. Macron dagegen lässt sich nicht nur den Wahlkampf von allen namhaften Großbanken finanzieren, sondern er verspricht dem oberen Ende der Einkommensskala die Abschaffung der Reichensteuer auf Wertpapiere und dem unteren Ende die Befreiung von der Wohnsteuer. Den finanziellen Ausfall will Macron durch eine drastische Erhöhung der Immobiliensteuer – 58 Prozent der einheimischen Franzosen sind Eigentümer – und eine 30-prozentige Erhöhung der Steuern auf Lebensversicherungen ausgleichen.

Verdeckter Staatsstreich der Sozialisten

Er will die Mittelschicht einerseits dazu zwingen, ihr Vermögen in unsichere, spekulative Finanzprodukte zu investieren, andererseits will er die einheimische Bevölkerung verdeckt enteignen, um den Wohlstand weg von den Einheimischen hin zu den Einwanderern umzuverteilen.

Macron ist die Inkarnation der neuen Allianz zwischen der internationalen Hochfinanz und dem gesellschaftspolitischen Linksextremismus, der von den LGBT-Aktivisten über die Femen hin zu den Immigrationsaktivisten von No Borders reicht: Einerseits schafft die Hochfinanz durch eine Politik, die auf Spekulation und kurzfristige Rentabilität ausgerichtet ist, immer neue Hilfsbedürftige, Arme und Entwurzelte, andererseits setzt sie diese Menschen als Waffe ein, mit der die Mittelschicht, die noch gewisse kulturelle Werte vertritt, die der Schaffung des neuen, globalisierten und wurzellosen Menschen im Wege stehen, zermalmt werden soll. Dass sich die französischen Wähler dessen bewusst sind, darf bezweifelt werden.

Marine Le Pen wird die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen kaum gewinnen können. Das gesamte Politestablishment ruft inzwischen dazu auf, für Macron zu stimmen. Gelingt es der bürgerlichen Rechten und dem Front National, nach den Parlamentswahlen im Juni eine starke Opposition zu bilden, sind Macron die Hände etwas gebunden. Doch auch diese Perspektive ist nur bedingt realistisch, denn Fillon hat dafür gesorgt, dass der kulturmarxistische Partner der Rechten, die UDI, ein Drittel der Spitzenkandidaten für Parlamentswahlen stellt.

Eva-Maria Michels

Schlechte Karten für Kim Jong-un

Attrappen statt Raketen – China geht auf Distanz – USA zu einem Präventivschlag fähig

Ohne eine „Gemeinsame Erklärung“ ging das mit großer Spannung erwartete Treffen zwischen dem Präsidenten der USA und dem Staatschef Chinas auseinander. Letzterer zeigte keinerlei Entgegenkommen. Primär hatte US-Präsident Donald Trump den Gast zu einem verstärkten Druck auf Nordkorea aufgefordert, wobei er Handelserleichterungen für China in Aussicht stellte. Xi schien über die Härte des US-Präsidenten überrascht zu sein. Angesichts des US-Militärschlags gegen die Giftgasanlagen in Syrien und dann des Einsatzes der „Mutter aller Bomben“ in Afghanistan muss es zu einem Umdenken in Chinas Führungsspitze gekommen sein: Die Einstellung jeglichen Flugverkehrs von Peking nach Pjöngjang und das Zurückweisen zweier nordkoreanischer Schiffe sind deutliche Zeichen dafür.

Noch einen Tag vor dem Gipfeltreffen in Mar-a-LAgo hatte der nordkoreanische Diktator Kim Jong-un eine Mittelstreckenrakete abgeschossen und noch Mitte vorletzter Woche mussten auf dem Testgelände und der Abschussbasis in Punggye-ri größere Aktivitäten festgestellt werden, die auf einen neuen Nukleartest hindeuteten. Dieser war umso mehr zu unterstellen, als der 15. April den 105. Geburtstag des Staatsgründers Kim-il-sung darstellte und dieser Tag in den vorangegangenen Jahren mit Nukleartests verbunden war. Tatsächlich aber erfolgte im direkten Zusammenhang mit der Parade kein Atomtest. Gezeigt wurde der Prototyp einer Interkontinentalrakete, allerdings nicht diese selbst, sondern nur die Transportumhüllung auf Fahrzeugen chinesischer Herkunft – wobei einige Anzeichen auf bloße Attrappen hindeuteten.

Doch während die Weltöffentlichkeit noch in den Abendstunden vor Ostersonntag dies als Erfolg des Drucks von Peking wertete und manche „Korea-Experten“ bei Kim schon eine realistischere Einschätzung der Lage glaubten sehen zu können, kam es zu einem erneuten Raketentest der Nordkoreaner, der missglückte. Gut informierte Kreise glauben nicht an Zufall, sondern Sabotage seitens der CIA.

Das eigentliche Problem bleibt: Der Tag rückt unbarmherzig näher, an dem der Norden Koreas in der Lage ist, die USA mit Interkontinentalraketen zu beschießen. Dies würde bei der dortigen Bevölkerung, die in ihrem Lande nie einen von außen hereingetragenen Krieg erlebte, ein Chaos mit unvorhersehbaren Folgen auslösen. Washington scheint bereits die bloße Existenz einer solchen Waffe quasi als Kriegszustand zu werten, und Trump hat in den letzten Wochen wiederholt sehr deutlich von einem Präventivschlag gesprochen.

Missglückter Raketentest Sabotage seitens der CIA?

Die Frage ist, ob die Pekinger Führung dies tatenlos hinnehmen würde. In deren Augen stellt die „Demokratische Volksrepublik Korea“ lediglich einen Pufferstaat dar, der eine US-Präsenz an ihrer Grenze verhindert. Dabei spielen nach wie vor die Erinnerungen an den Korea-Krieg eine wichtige Rolle. Die behauptete Sorge vor einem Flüchtlingsstrom aus Nordkorea nach China im Kriegsfalle ist vorgetäuscht: Diese würden trotz aller Entfremdung dann zu ihren Landsleuten im Süden fliehen, zumal ihnen deren hoher Lebensstandard bekannt ist. Nicht ohne Grund wurde Kim seit seiner Machtübernahme vor sechs Jahren noch nie nach Peking eingeladen. Sein Mordauftrag an seinen Halbbruder Kim Jongnam, der unter Pekings Schutz stand und den man dort gern anstelle Kim Jong-uns gesehen hätte, hat diese Ablehnung nur erhöht.

Sorge vor der nuklearen Aufrüstung Nordkoreas haben die Chinesen nicht, wohl aber vor der durch dessen Haltung bedingten Militarisierung Japans, das in nur 90 Tagen eine Atombombe herstellen kann. Einen direkten Krieg gegen die USA kann sich Peking noch nicht leisten.

Ein Präventivschlag könnte jederzeit von einem US-Flugzeugträger aus geführt werden. Er müsste das gesamte, auch unterirdische, Atomwaffenarsenal sowie sämtliche chemischen Waffen Nordkoreas zerschlagen und ein Spezialkommando die gesamte politische und militärische Führungsspitze Pjöngjangs beseitigen. Sicherlich sind alle wichtigen Orte bekannt, dennoch birgt ein solches Vorgehen ein größeres Risiko. Denn die Streitkräfte Nordkoreas würden sofort Südkorea angreifen. Allein die am 38. Breitengrad stehenden 14000 nordkoreanischen Geschütze könnten innerhalb weniger Minuten die nur 39 Kilometer entfernte Hauptstadt Seoul mit ihren über zehn Millionen Einwohnern zerstören „und vielleicht sogar erobern. Die an dieser „Front“ stationierten südkoreanischen Soldaten haben seit Langem den Befehl, bis zum Letzten den Eindringlingen Widerstand zu leisten. Im Gegensatz zu ihnen sind die nordkoreanischen Armeen zumeist mit veralteten Waffen ausgerüstet, doch sollte der Fanatismus mancher Einheiten nicht unterschätzt werden. Die in Südkorea stationierten 38500 US-Soldaten sind mit sogenannten Tarnkappen-Kampfflugzeugen und den schweren B-1 B Nuklear-Bombern ausgestattet. Ein Krieg in Fernost würde zwangsläufig auch das Ende von Kim Jong-un bedeuten.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Wo sind die integrierten Türken?

Vermeintlich klare Mehrheit war bei der Abstimmung über das Verfassungsreferendum kaum sichtbar

Nach dem Ausgang des Verfassungsreferendums in der Türkei am 16. April zugunsten eines von Präsident Recep Tayyip Erdogan befürworteten Präsidialsystems steht die Frage im Raum, warum so viele Menschen in Deutschland mit türkischen Wurzeln mit „Ja“ stimmten. Die integrierten Türken wurden im Abstimmungsbild kaum sichtbar, verglichen mit ihrer Rolle in Politik und Medien als vermeintlich klare Mehrheit. Die deutsche Politik sucht Erklärungen.



Paradebeispiel für gelungene Integration: Der türkische Gemüsehändler um die Ecke Bild: Imago

Erdogan-Ja-Sager könnten keine Demokraten sein, so der Tenor bei den Grünen direkt nach der Abstimmung. Neuerdings ist in Talkshows zu hören, die an Deutschland orientierten Türkischstämmigen würden von Erdogan-Anhängern als „Haustürken“ beschimpft, in Anlehnung an Diener. Gewiss ist nur, dass einige Gruppen wie Kurden, Linksliberale und dem Islam eher gleichgültig gegenüberstehende Menschen unter den insgesamt rund drei Millionen ethnischen Deutschtürken in einem Staat nach Erdogans Plan wenig zu gewinnen und viel zu verlieren haben. Doch selbst diese Annahme ist nicht mehr sicher: Der Riss geht durch die türkische Gesellschaft und die Familien. Eine junge Kandidatin der TV-Kuppel-Show „Der Bachelor“ stritt sich im Fernsehen mit ihrem türkischen Vater, der die Familie mit Blick auf Erdogan schokkierte: „Ich find' den gut“.

Die Schockwelle hat Deutschland indes erst nach dem Referendum wachgerüttelt. Rund 60 Prozent der Stimmen aus Deutschland gingen bei den türkischen Parlamentswahlen 2015 bereits an die AKP. Neu ist der hiesige Erdogan-Fanclub nicht. Eine Kundgebung für Erdogan in Köln letztes Jahr gab Hinweise. Integrationsstudien liefern fast jährlich Zahlen zum wirklichen Stand jenseits politischer Sonntagsreden: Rund 30 Prozent der Deutschtürken waren 2009 nach einer Erhebung des Berlin-Instituts ohne Schulabschluss, nur 14 Prozent hatten Abitur, der Anteil der Erwerbstätigen war deutlich geringer als bei allen anderen Zuwanderergruppen. Letztes Jahr ermittelte das Forschungsinstitut Emnid einen Trend unter jungen Deutschtürken, sich stärker zum Islam zu bekennen als ihre Eltern. Demnach klafft eine Lücke zwischen Eigenwahrnehmung und Realität dieser jungen Generation, die sich zu 72 Prozent als religiös sieht, obwohl die religiösen Gebote des Islam in ihrem Alltag kaum eine Rolle spielen. Gefühlte Identität ist ein „Problem“, das sich in Studien schlecht messen lässt. Integration wurde daher oberflächlich beurteilt – ein fataler Fehler.

In Deutschland zu leben und im Kopf in einer starken Türkei zu Hause zu sein, ist ein wachsender Widerspruch der vermeintlich Integrierten, sagen viele Studien. Die unter 40-Jährigen kennen die Türkei als Land ihrer Ahnen aus dem Urlaub, den türkischen Medien, nicht aber aus dem Alltag. Dass sie laut Studien besser Deutsch als Türkisch sprechen, macht deutsche Politik für sie nicht attraktiv. Die Grünen-Politikerin Claudia Roth will sich nun „extrem um Erdogan-Anhänger bemühen“. Das legt nahe, wie wenig die türkische Gemeinschaft in Deutschland in den etablierten Parteien repräsentiert ist. Aydan Özoguz (SPD) wiegelt ab, 14 Prozent der Deutschtürken hätten für Erdogan gestimmt, also nur ein Bruchteil. Ein Blick auf die Wählerstimmen widerlegt sie: 1,43 Millionen Menschen durften in Deutschland über die türkische Verfassung abstimmen. Rund 660 000 nutzen das, zirka 416 000 stimmten mit „Ja“ (also für Erdogan), nur 245 000 mit „Nein“. Von den aktiven Wählern stützten Erdogan in Deutschland anteilig sogar mehr als in der Türkei.

Die Politik rätselt, wer diese Ja-Sager sind – sind es „Abgehängte“, die sonst kaum zu Wahlen gehen, oder ist das Meinungsbild verzerrt, wie die Grünen vermuten, weil viele Integrierte nicht abstimmten, aus Desinteresse an den Vorgängen in der Türkei?

Als Zeugen eher unverdächtige Werber für ein „Nein“ berichten nun, Erdogan habe den Türken in Deutschland das Gefühl neuer Stärke gegeben – markige Worte gegen Minderwertigkeitskomplexe, das wirke. Die Hindernisse für türkische Politiker, Werbung für ein „Ja“ in Deutschland zu betreiben, hätten ein Übriges getan, so Islamwissenschaftler, die zugleich die „elitäre, europazentrierte“ alte Türkei als zu keinem Zeitpunkt echten Spiegel der türkischen Seele und damit als erledigt charakterisieren. Auch lebten die Gastarbeiter der ersten und zweiten Generation in Deutschland ein konservatives Weltbild. Nachweislich sind auch Akademiker und Unternehmer unter den deutschen Erdogan-Fans. Als vorrangig soziales Problem lässt sich die Entscheidung also nicht abtun.

Was ein „Nein“-Aktivist sagt, enthält weiteren Sprengstoff für die Integration: Die Türken sähen kein starkes Deutschland, also würden sie sich zunehmend einer als stark erlebten Gemeinschaft zuwenden. Heimat und Identität seien gefragt, Deutschland habe da wenig zu bieten. Deutsche Leitkultur lehnte das politische Berlin bisher ab. Auch der lange Arm türkischer Geheimdienste in Deutschland und das hiesige freie Spiel für Ankaras staatlich gelenkte Religionsbehörde sind Tabus, ermöglichen sozialen Anpassungsdruck aus Ankara und sind keine Lobby für Integration. Erdogan selbst macht Deutschland verantwortlich für die Ja-Stimmen aus Deutschland. Mit Zwang könne man den Willen nicht unterdrücken, sagt der Mann, der lange Zeit ein hofierter Partner der Berliner Politik war – damals bei der Verbreitung von Demokratie.

Sverre Gutschmidt

MELDUNGEN

Horst Mahler hat sich abgesetzt

Berlin – Horst Mahler, zum bekennenden Neonazi gewandelter ehemaliger RAF-Terrorist, hat sich abgesetzt, um „in einem souveränen Staat“ politisches Asyl zu beantragen. Dies gab er in einer Videobotschaft bekannt, machte jedoch keine Angaben zu seinem Aufenthaltsort. Der 81-Jährige war 2015 aus gesundheitlichen Gründen nach zwei Dritteln der Zeit aus der zehnjährigen Haft entlassen worden, zu der er im Jahre 2009 wegen Volksverhetzung und Leugnung des Holocaust verurteilt worden war. Dagegen legte die Staatsanwaltschaft mit Erfolg Beschwerde ein. Der an einer schweren Diabetes leidende Mahler, dem im Gefängnis ein Unterschenkel amputiert worden war, hätte in der vergangenen Woche seine Reststrafe antreten sollen. *J.H.*

Immer mehr Mohammeds

Wiesbaden – Der islamische Vorname Mohammed wird in Deutschland immer beliebter. Wie die Gesellschaft für deutsche Sprache durch Auswertung der Listen der 650 deutschen Standesämter ermittelt hat, lag Mohammed im vergangenen Jahr auf Platz 26 der am häufigsten vergebenen Vornamen. Im Jahr zuvor belegte er noch Platz 41. Damit wird dieser Vorname in Deutschland prozentual weitaus häufiger für neugeborene Jungen gewählt als in der Türkei. Diese Entwicklung ist ein weiterer Beleg für die kulturelle Veränderung und Islamisierung der deutschen Gesellschaft. Es gilt als unbestritten, dass Eltern, die ihren Sohn Mohammed nennen, damit ein Bekenntnis zum Islam ablegen. Unter den türkisch-arabischen Vornamen in Deutschland führen Mohammed, Ali und Yusuf bei den Jungen sowie Elif, Layla und Nour bei den Mädchen. *J.H.*

Schäden durch Wölfe

Umwelministerin Hendricks hält an Willkommenskultur fest

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat sich für ein Festhalten am strengen Schutz für Wölfe ausgesprochen. Im Gespräch mit dem Sender NDR1 äußerte die Politikerin die Ansicht, der Bestand an Wölfen sei noch nicht so groß, dass man die Raubtiere jagen müsse. „Es kann sein, dass der Wolf irgendwann nicht mehr zu den geschützten Arten in Deutschland gehören müsste, aber davon sind wir weit entfernt“, so Hendricks. Die Minsterin verwies darauf, dass verhaltensauffällige Wölfe auch jetzt schon erlegt werden können.

Im Kontrast zu dieser Haltung wachsen in mehreren Bundesländern die Forderungen für eine Kehrtwende bei der Ansiedelungspolitik für Wölfe. Die Zahl der Tiere wird bundesweit mittlerweile auf rund 500 Tiere geschätzt. So genannte „Problemwölfe“, die bis in Wohnsiedlungen oder gar bis in die Nähe von Kindergärten vordringen, sorgen in der Bevölkerung für Verunsicherung. Mit der steigenden Zahl der Raubtiere wachsen bundesweit bei Landwirten die Schäden bei Nutztieren. Vor diesem Hintergrund sind jüngst in den Reihen der niedersächsischen CDU und FDP Forderungen nach Obergrenzen für Wölfe laut geworden. Der Präsident der Landesjägerschaft und CDU-Landtagsabgeordnete, Helmut Dammann-Tamke, hatte bereits im Januar die Wolfsmanagementpolitik des Umweltministeriums als verfehlt bezeichnet. In Niedersachsen wurde im Jahr 2012 in der Lüneburger Heide erstmals wieder ein Wolf gesichtet. Mittlerweile wird die Zahl von Wölfen in Niedersachsen auf rund 80 Tiere geschätzt. Mit einer Zahl von 180 bis zu 200 Wölfen hat sich das Land Brandenburg in den vergangenen Jahren sogar zu einer Hochburg der Wolfsansiedlung in Deutschland entwickelt. Es wird vermutet, dass von den bundesweit 46 bekannten Rudeln allein 21 auf dem Gebiet Brandenburgs leben.

Landwirte mit Weidehaltung stehen vor einem Dilemma

Zum Vergleich: Im flächenmäßig viel größeren Schweden wird der Wolfsbestand auf etwa 380 Tiere geschätzt. Zudem exitieren in dem skandinavischen Land Ausnahmeregeln, nach denen eine kontrollierte Jagd auf den Wolf möglich ist. Auch eine dichte Bärenpopulation verlangsamt die Ausbreitung des Wolfes in Schweden.

Derartige Faktoren stehen einem Wachsen der Wolfpopulation hierzulande nicht im Wege. Die Folgen werden in Brandenburg mit seinen ausgedehnten Weideflächen besonders deutlich: Dort rissen im vergangen Jahr Wölfe mindestens 143 Schafe und 19 Kälber. Reinhard Jung, der Geschäftsführer des Bauernbundes, forderte vor dem Hintergrund dieser Entwicklung eine Überarbeitung des Brandenburgischen Wolfsschutzprogramms und eine Lockerung des Schutzstatus.

Trotz Entschädigungen und staatlicher Hilfen stellt die wachsende Zahl von Wölfen die Landwirte vor eine Reihe von Problemen: Gerade die Weidehaltung gilt eigentlich als eine kostensparende Möglichkeit der Viehhaltung. Trotz Zuschüssen machen Zäune oder Herdenschutzhunde aber zusätzliche Investitionen notwendig. Die bisherigen Erfahrungen zeigen allerdings, dass es keinen 100-prozentigen Schutz von Weidetieren gegen Wölfe gibt. In Sachsen und Brandenburg haben Wölfe inzwischen regelmäßig auch elektrische Weidezäune überwunden. Vor einem besonderen Dilemma stehen mit dieser Entwicklung Agrarbetriebe, die im Sinne einer ökologischen Landwirtschaft auf eine Ganzjahresweidehaltung gesetzt haben. *Norman Hanert*

Zeitzeugen



Heinrich Hertz – Dem 1857 in Hamburg geborenen Physiker gelang es, die von seinem schottischen Kollegen James Clerk Maxwell stammende Wellentheorie im praktischen Experiment nachzuweisen. 1886 erzeugte er als Erster elektromagnetische Wellen und schuf damit die Grundlagen der modernen Funktechnik, mit der man Nachrichten von Antenne zu Antenne senden kann.

Johannes Giesberts – Der Zentrumspolitiker war von 1919 bis 1922 der erste deutsche Postminister. Unter ihm wurde das Fernmeldewesen aufgebaut, das später die Grundversorgung der Bevölkerung mit Information gewährleisten sollte. Die heutige Grundversorgung durch ein öffentlich-rechtliches Vollprogramm könnte durch Bezahlschranken in Gefahr geraten.



Wolfgang Breuer – Der Sprecher der Geschäftsführung von Media Broadcast hat verkündet, dass sein Ziel, bis zum Jahr 2020 insgesamt zwei Millionen Freenet-Kunden zu gewinnen, „ambitioniert, aber nicht unrealistisch" sei. Wenn dann jeder 69 Euro für den Empfang der privaten Sender zahlt, spült das jährlich 138 Millionen Euro in die Kassen. Ein Bombengeschäft, mit dem aber auch die Instandhaltung der teuren Sendeanlagen finanziert wird.

Marco Wanderwitz – Der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion warnt, dass nicht noch eine zusätzliche Bezahlschranke vor ARD und ZDF fällt: „Die Einführung einer Empfangsgebühr für ‚Freenet TV' ist vorrangig eine privatwirtschaftliche Entscheidung. Wichtig ist, dass die öffentlich-rechtliche Säule unseres dualen Systems auch weiterhin frei empfangbar ist."



Hans Hege – Der langjährige Direktor der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) bezeichnet das Freenet TV-Angebot als „Kabel-light", hält es aber für legitim, auch wenn es das Ende des von der MABB unterstützten Überallfernsehens bedeute: „Das Medienrecht verpflichtet private Veranstalter nicht, ihre Programme auch über Antenne zu verbreiten." Im Bereich der Berlin-Brandenburger Landesmedienanstalt nutzen überdurchschnittlich viele Haushalte (15,7 Prozent) den terrestrischen Empfang.

Die Ohnmacht des Zuschauers

TV-Sender läuten die Ära des Bezahlfernsehens ein – Kunden schauen in die Röhre

Bald ist Schluss mit dem kostenfreien Fernsehen. Unter dem Deckmantel des technischen Fortschritts wollen die Sender mitverdienen – zum Nachteil der Verbraucher.

Seit dem 25. April ist es für viele vorbei mit dem Fernsehen. Aus der Röhre kommt nur noch ein Flimmern, aber nicht, weil der Apparat kaputt ist, sondern weil er über Antenne kein TV-Signal mehr empfängt. Nach und nach wird in Deutschland der alte DVB-T-Antennenempfang abgeschaltet. In Ballungsräumen geschah das bereits am 29. März. Lediglich im NDR-Sendegebiet gab es gnädigerweise noch vier Wochen lang einen Rumpfempfang von ARD, ZDF und dem Dritten Programm.

Bis Mitte 2019 soll überall der neue Übertragungsstandard DVB-T2 eingeführt werden. Diese zweite Generation des digitalen Antennenfernsehens ermöglicht dann Fernsehen in hochauflösender HD-Qualität. Wer sich bis dahin nicht ein teures Empfangsgerät oder einen HD-Fernseher angeschafft hat oder auf Kabel oder Satellit umgestiegen ist, schaut dann buchstäblich in die Röhre.

Doch selbst mit einer Investition in neue Geräte für den terrestrischen Empfang heißt das nicht, dass man die gewohnten früheren Programme sehen kann. Denn nach einer dreimonatigen Einführungsphase werden alle privaten Programme nur noch verschlüsselt gesendet. Frei empfangbar sind dann nur noch die Öffentlich-Rechtlichen. Wer RTL, Sat1 oder Pro7 sehen will, muss zahlen: und zwar 69 Euro im Jahr, wie es jetzt schon die Satelliten-Kunden für den HD-Empfang tun. Damit wird das eingeleitet, was viele als Resultat des digitalen Zeitalters befürchten: das Ende des kostenlosen Fernsehens.

Richtig kostenlos war Fernsehen ja nie. Seit den 50er Jahren zahlen wir an die Öffentlich-Rechtlichen eine Rundfunkgebühr. Mit der 2013 eingeführten GEZ-„Haushaltsabgabe" von 210 Euro pro Jahr scheffeln die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiosender 8,3 Milliarden Euro von den knapp 40 Millionen deutschen Haushalten.

Jetzt halten auch die Privatsender ihre Hand auf. Da die Werbeeinnahmen aufgrund geringerer Einschaltquoten und der Internetkonkurrenz wegbröckeln, sucht man sich neue Einnahmequellen.

DVB-T2 ist Testballon für das künftige Bezahlfernsehen

Ausbaden müssen das zunächst die „nur" 3,4 Millionen Haushalte, die bislang noch auf den preisgünstigen terrestrischen Empfang gesetzt haben. Die 69 Euro für die Entschlüsselung der privaten Programme sind ein erster Testballon, mit dem man sehen will, wie weit man die mit technischen Verbesserungen begründete Abzocke am Verbraucher ausreizen kann.

Dabei wird es nämlich nicht bleiben. Als nächstes im Visier sind die etwa 22 Millionen Kabelkunden, die schon jetzt am teuersten fernsehen. Denn neben der Zwangsabgabe für ARD und ZDF zahlen sie auch Gebühren an den Kabelbetreiber. Und vielleicht bald zusätzlich Gebühren für die Privatsender? Bis 2018 wird nämlich der bislang noch analoge Kabelempfang auf digital umgestellt. In Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg geschieht das schon zum 1. Juli. Die Kunden dort müssen dann mit einer Verteuerung des verschlüsselten Programmangebots durch die Kabelbetreiber rechnen.

Mit dem digitalen Empfang soll in Zukunft das HD-Fernsehen salonfähig gemacht werden. Und daran wollen die Privaten kräftig verdienen. Das Bundeskartellamt hat die Sender hingegen verpflichtet, bis 2022 bei Kabel, Satellit und Internet-TV alternativ noch eine unverschlüsselte Versorgung in schlechterer SDTV-Qualität zu gewährleisten. Danach dürften die Kunden – wie jetzt schon die Konsumenten mit terrestrischem Empfang – keine Wahl mehr haben. Das kostenfreie Fernsehen wird dann endgültig Geschichte sein. *Harald Tews*

Eine schöne neue TV-Welt mit Tücken

Das gute alte Antennenfernsehen wird zu einem Auslaufmodell – und das ist politisch gewollt. Denn wegen der geringen Reichweite ist der Übertragungsweg zu teuer. Weil sich mit dem Verkauf von Netzen an den Mobilfunk mehr Geld verdienen lässt, musste das Antennenfernsehen den Platz auf den alten Frequenzbereichen räumen und fürs neue DVB-T2-Signal auf neue Frequenzen ausweichen.

Dafür kann man jetzt mehr Sender in besserer Qualität empfangen. Doch diese schöne neue Welt hat ihre Tücken. Benötigte früher das alte Röhrengerät zwei, drei Sekunden, bis es nach dem Einschalten auf Touren kam, müssen die heutigen Empfangsgeräte wie Computer bis zu eine Minute lang hochfahren, ehe man ein Fernsehbild empfängt.

Außerdem wird der TV-Konsument auf diese Weise zu einem immer gläserneren Wesen. Bald wissen die TV-Anbieter genau, wie viel Fernseher sich in einem Haushalt befinden. Denn pro Gerät mit Antennenempfang ist auch eine Gebühr für das bislang

Wohnung lässt sich übers TV ausspähen

kostenfreie Privatfernsehen fällig. Wer im Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmer je ein Gerät stehen hat, für den wird es richtig teuer.

Und immer unsicherer. Anfang März entlarvte WikiLeaks, wie es CIA-Hackern gelang, bestimmte Fernseher über ein manipuliertes Antennensignal mit Schadsoftware zu infizieren. Über moderne, mit Computertechnologie ausgestattete TV-Geräte, die mit Kamera und Mikrofon ausgestattet sind, lässt sich bequem das Wohnzimmer eines ahnungslosen Opfers ausspähen.

Die Sender kümmert das kaum. Sie kämpfen gegen ihren eigenen Untergang. Junge Menschen zieht es weg von ARD oder ZDF und hin ins Internet, wo sie sich bestimmte Programme dieser Sender allenfalls gezielt in deren Mediatheken anschauen. Werbefreie Streamingdienste wie Netflix, Amazon Video oder Maxdome machen allen TV-Sendern das Leben schwer, die in einem letzten Verzweiflungsakt durch technische Neuerungen den letzten Cent aus den Taschen der Kunden pressen wollen. *tws*



Pay-TV der nahen Zukunft: Wer ohne umzurüsten über Antenne fernsieht, bekommt am Ende nur das Testbild zu sehen Bild: pa

Wir sind so frei

TV-Monopolisten verdienen gut an der technischen Aufrüstung

Der Name ist ein Hohn. Freenet TV heißt der Dienstleister, der DVB-T2 verbreitet. Doch „free", also „frei", ist daran gar nichts. Anders als Haushalte mit Kabel- oder Satelliten-Empfang, die zumindest bis 2022 noch zwischen der teuer-verschlüsselten HD-Übertragung und der kostenfrei-unverschlüsselten SD-Übertragung wählen können, sind den Freenet-Kunden die Hände gebunden. Sie werden zur Kasse gebeten, wenn Sie die werbefinanzierten Sender sehen wollen.

Freenet TV besitzt eine einzigartige Monopolstellung. Es ist die einzige Betreiberfirma, welche die Privatsender via Antenne vermarktet. Die neuen, zwischen 60-Euro und 150 Euro teuren Empfangsgeräte müssen freenet-tauglich sein, damit man RTL, Sat1 und Co. sehen kann. Sonst kann man nur die unverschlüsselten öffentlich-rechtlichen Programme empfangen. Sofern noch nicht schon im Gerät integriert, benötigt man zusätzlich ein etwa 80 Euro teures Modul, dass man in einen Anschluss am Empfänger oder direkt in einem HD-TV-Apparat anbringt. Über dieses Modul werden dann für die Privatsender die jährlichen Gebühren abgerechnet, die 69 Euro betragen – vorerst noch, es ist bestimmt nur eine Frage der Zeit bis zur nächsten Gebührenerhöhung.

Herrscher über Preise und Meinungen

Für den Wechsel auf das neue terrestrische Empfangssystem hat der DVB-T-Dienstleister Media Broadcast, der Freenet TV als Betreiber-Plattform unterhält, 56 Millionen Euro investiert. Und dieses Geld will er rasch wieder erwirtschaften. Als Monopolist dürfte ihm das nicht schwer fallen. Man hat Erfahrung damit. Die Firmengeschichte reicht bis ins Jahr 1919 zurück, als die Deutsche Reichspost mit Sendemasten das Fernmeldewesen aufbaute. Der indirekte Nachfolger, die Deutsche Telekom, gründete Media Broadcast als den für Privatsender zuständigen Geschäftsbereich, der dann als eigenständiges Unternehmen erst diesen März vom Mobilfunkanbieter Mobilcom-Debitel, einer Tochter des Telekom-Unternehmens Freenet AG, übernommen wurde.

Hinter solchen schwer durchschaubaren Firmenverflechtungen setzt sich schleichend das Monopolwesen fort, das in Deutschland zum Leidwesen der Verbraucher im Rundfunkbereich schon seit jeher Gebühren diktiert und Meinungen kontrolliert. *H. Tews*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Selbstlob ohne viel Substanz

100 Tage Rot-Rot-Grün in Berlin: Haushaltdisziplin ade – große Probleme blieben liegen



Linksgrüne Lieblingsprojekte im Vordergrund: Radwege-Ausbau in Berlins Mitte

Bild: Imago

Voller Selbstbewusstsein blickt der rot-rot-grüne Senat auf seine ersten 100 Tage zurück. In Wahrheit hat die neue Berliner Landesregierung vor allem viel Geld ausgegeben für linksgrüne Lieblingsprojekte.

Im Januar stellte Berlins neuer rot-rot-grüner Senat ein 60 Punkte umfassendes Programm vor, welches das Bündnis in den ersten 100 Tagen erreichen wollte. Bürgermeister Michael Müller (SPD) meldet nun Erfolge auf der ganzen Linie. Die Zwischenbilanz des Senats sieht jenseits des Papiers allerdings weniger rosig aus.

„Mein Senat macht seine Arbeit", zieht Müller stolz Bilanz. Die beiden kleineren politischen Mitstreiter Ramona Pop (Grüne) und Klaus Lederer (Linkspartei) fehlten bei der Veranstaltung. Hinter den Kulissen hat sich ein Moderationskarussell eingespielt, damit jeder der drei Koalitionspartner einmal auf der Bühne vor seinem Publikum mit seinen Themen glänzen kann. Die Regierung der Stadt ist ein Balance-Akt, der bei jeder echten Turbulenz aus dem Takt zu geraten droht.

Turbulenzen gibt es bereits: Berlins Flughafen BER wird – anders als geplant – auch unter dem neuen Senat nicht fertig. Beim Streit um den Weiterbetrieb des noch funktionierenden Flughafens Tegel muss der Senat zudem einlenken, um einen Volksentscheid gegen seinen Kurs abzuwenden. Man werde ein entsprechendes Votum „nicht einfach wegwischen", so Müller.

Doch der neue (BER) sei ja ohnehin zu klein „wenn er denn mal aufmacht", ätzt ein Fluglinienchef. Politische Verlässlichkeit im Anflug auf Berlin bleibt Mangelware. Nachdem sich Bürgermeister Müller mit Flughafenchef Karsten Mühlenfeld überworfen hat, ist das Projekt nicht weiter vorangekommen, sondern auf Kosten der Steuerzahler zurückgefallen. Müller kassierte einen Rüffel aus dem rot-rot regierten Brandenburg von Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), der sich im Februar „nicht vorstellen" konnte, „dass ein Rauswurf von Herrn Mühlenfeld das Projekt beschleunigt". Müller beharrte darauf, verlässt nun selbst den Aufsichtsrat des BER, jetzt, da sein neuer Wunschkandidat Lütke Daldrup übernimmt – eine Flucht?

Vor dem roten Vorhang ist der Senat um ein ansprechendes Marketing seiner Leistungen bemüht. in einer bunten Broschüre werden 58 der 60 Punkte für die ersten Tage als umgesetzt abgehakt. Den eigentlichen Koalitionsvertrag hat Rot-Rot-Grün in diesem Klein-Klein der ersten meist recht überschaubaren Versprechen jedoch nicht angepackt. Da gibt es etwa die Verkehrspolitik, mit der das Bündnis nicht nur nach außen noch vor seinem Start viel Gegnerschaft heraufbeschwor – die Ziele sind sogar intern umstritten. Beim Radverkehrsgesetz, höheren Parkgebühren und bei neuen Busspuren drohen Verteilungskämpfe. Die Konzentration auf Radfahrer und ihre Wege geht an deren Bedeutung für den Gesamtverkehr der Stadt vorbei, so Stadtplaner. Den Dialog sucht der Senat indes allein mit den Radlern, will Kreuzungen und Straßen nach deren Wünschen umgestalten.

Der frühe Streit um den vom Senat um jeden Preis zum Staatssekretär berufenen Andrej Holm (Linkspartei), der zu seiner Stasi-Vergangenheit Wichtiges verschwieg, hat die neue Mannschaft im Roten Rathaus frühzeitig blamiert. Um den im Zug der Affäre aufgekommenen Makel linker Ideologie mit möglichen Verstrickungen bis in linksextreme Milieus abzustreifen, schlägt Rot-Rot-Grün nun eine neue, aus der Unternehmenssprache entlehnte Tonlage an. Müller handelt dabei als „Controller", wie ihn Parteikollegen beschreiben. Versprochen – umgesetzt, so lautet der zackige Zweiklang, viele kleine Schritte und jeder Koalitionär darf mal, vor allem Geld ausgeben.

Nachtragshaushalt über 670 Millionen Euro beschlossen

Mit einem Nachtragshaushalt über rund 670 Millionen Euro zur Finanzierung vor allem sozialer Projekte fällt der Senat hinter alte rot-rote Haushaltsdisziplin der Regierung bis 2011 zurück und beweist „Handlungsfähigkeit" vor allem beim Verteilen von Steuergeld. Die damit erkauften sozialen Wohltaten tragen allerdings kaum zu Berlins Entwicklung bei.

In der Wohnungspolitik ist der große Wurf, der entscheidende Schritt hin zu mehr Wohnraum, noch nicht zu erkennen. Das Zweckentfremdungsverbot für Wohnungen und der Kampf gegen Ferienwohnungen sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Im Januar wurde nur ein Sechstel der verbotenen Ferienwohnungen wieder dem auf langfristige Mieter ausgelegten, regulären Wohnungsmarkt zugeführt, rund 1000 Wohnungen. Der Senat muss sich zudem mit Prozessen befassen. Ein jüngstes Gerichtsurteil erklärte das Verbot für teilweise verfassungswidrig. Die „Rechtmäßigkeit eines Zweckentfremdungsverbots" an sich sieht der Senat dennoch bestätigt. Für rund zwei- bis viereinhalbtausend Wohnungen gilt es bis zur weiteren rechtlichen Klärung aber nicht.

Bei den Unterkünften für Asylsucher hat der Senat auf den zweiten Blick ebenfalls weniger geleistet, als er öffentlich verkündet. Die ehemaligen Massenunterkünfte sind ein kostspieliges Erbe und die seit Ende März freien Turnhallen noch kein Erfolg der Integration. Bei der öffentlichen Sicherheit bleibt ebenfalls viel zu tun, doch das Justizressort befasst sich bevorzugt mit Gendertoiletten. Die „neue Qualität von Regierungshandeln", die Müller zum 60-Tage-Programm versprochen hat, lässt noch auf sich warten. Die CDU kritisiert „Verharmlosung und unglaubwürdige Lippenbekenntnisse", die Drogenkriminalität sei sogar schlimmer geworden.

Sverre Gutschmidt

Reichelt, mon Amour

Von Theo Maass

Wieder geht ein Stück alter West-Berliner Identität verloren. Über dem Niveau von Aldi und Lidl, aber unter dem Kaufhaus des Westens, dem KaDeWe, gab es die Einkaufsketten Reichelt und Kaisers. Beide hatten schon vor Jahren ihre unternehmerische Selbstständigkeit verloren. Zuvor waren bereits die Bolle-, Manns- und Meyer-Beck-Märkte mit einem ähnlichen Sortiment verschwunden. Reichelt ging 2002 an den Einzelhandelsriesen Edeka, und Kaisers gehörte schon seit 1971 zur Tengelmann-Gruppe.

Gleichwohl blieben die vertrauten Marken erhalten. Wer dort einkaufen ging, gehörte zu dem, was man Mittelschicht nennen konnte. Das Angebot war teurer, aber auch anspruchsvoller. Wer Wurst oder Käse nicht abgepackt, sondern von der Verkäuferin vom Stück abgeschnitten haben wollte, wurde dort fündig. Anscheinend gibt es aber immer weniger Menschen in Berlin (und in Deutschland), die sich ein derartiges Konsumverhalten leisten können – oder wollen. Reichelt und Kaisers führten auch Weine zu 20 oder 30 Euro die Flasche, während bei Aldi das Angebot von zwei bis um die zehn Euro reichte. Wer sich also eine gute Flasche gönnen wollte, ging zu Reichelt.

Tengelmann hatte keine Lust mehr, die defizitären Kaisers-Märke durchzuschleppen und drohte damit, sie alle dichtzumachen. Der Versuch, alle Märkte an Edeka zu verkaufen, scheiterte aus kartellrechtlichen Gründen. Nun teilen sich Rewe und Edeka die bisherigen Kaisers-Märkte. Rewe konnte es gar nicht abwarten, seine „Beute" mit neuen Firmenschildern auszustaffieren. Im Januar verschwanden die ersten Kaisers-Schilder aus dem Stadtbild. Ende März war die Aktion abgeschlossen.

Auch Edeka wollte die Gelegenheit nutzen, das eigene Image aufzupolieren. Aus Reichelt wurde nur noch Edeka. Immerhin ließ man sich da etwas mehr Zeit. Die Umstellung soll erst Ende Mai abgeschlossen sein. Reichelt oder Kaisers hatten in Berlin zwar nicht Religionscharakter, aber eine Art Weltanschauung war es schon, die die Menschen an die Häuser band. Meine Mutter mied die „Kaisers-Supermärkte" und schickte mich zum „Einholen" zu Reichelt, wenn mal etwas vergessen worden war.

Schon vor Jahren wurde auch bei Reichelt damit begonnen, Wurst, Käse und Schinken abzupacken und im Kühlregal zu stapeln. Jedoch konnte man sich die Ware weiter vom Stück abschneiden lassen. Davon machte ich auch Gebrauch. Die Angestellten waren nicht genervt, sondern dankbar, denn sie wussten, dass, wenn diese Art des Verkaufs weniger nachgefragt würde, unweigerlich die Personalabbaukeule auf sie zukäme.

Radfahrer verteidigt

Berlins Senat hebt sinkende Zahl von Ordnungswidrigkeiten hervor

Der rot-rot-grüne Senat der Hauptstadt will die Berliner zum Fahrradfahren ermuntern – manche meinen auch, nötigen. Die FDP fragte nun im Parlament danach, wie hoch das Gefährdungspotenzial ist, das von Fahrradfahrern im Straßenverkehr ausgeht. 23195 Verfahren haben Polizei und Ordnungsamt 2015 gegen „Pedalritter" eingeleitet. Das seien lediglich zwei Prozent aller Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr, so der Senat. Zudem sei ihre Zahl gegenüber 2014 deutlich um rund 10000 zurückgegangen.

Kritiker wenden ein, dass diese Zahlen wenig über die tatsächliche Verkehrsgefährdung durch Rad- oder Kraftfahrer aussagten. Fast drei Viertel der „ordnungswidrigen" Autofahrer hatten lediglich falsch geparkt. Der Staat hat den Verfolgungsdruck auf Falschparker weiter erhöht. Kritiker sehen nicht die Verkehrssicherheit als Grund dafür.

Ein Verfahren wegen Falschparkens können Fahrradfahrer mangels Möglichkeit aber nur in seltenen Ausnahmen auf sich ziehen. Das relativiert die vordergründig geringe Menge an Verstößen durch diese Gruppe von Verkehrsteilnehmern.

Kritiker monieren »Wild-West-Mentalität« bei Radlern

Immerhin wurden 4800 Verfahren gegen Radfahrer eingeleitet, weil sie auf Gehwegen oder gesperrten Fußgängerzonen unterwegs waren. 9000 fuhren bei Rot über die Ampel. 180 Mal lösten die „Rotfahrer" Verkehrsunfälle aus. Das Telefonieren mit dem Mobilgerät ist nicht nur für Autofahrer verboten. 1705 Radfahrer verstießen gegen dieses Verbot und wurden dabei erwischt.

Die Verstoßzahlen seien dennoch „lächerlich niedrig", meinen Rad-Lobbyisten. Andere hingegen sehen bei Radfahrern eine „Wild-West-Mentalität". Die Fahrradfahrer-Unterstützer, die nun auch massiv im Senat vertreten sind, fordern einen „New Deal", um bisherige Verbote aufzuheben, weil sie nicht mehr „zeitgemäß" seien. Seit 1998 müssen Radler die angelegten Radwege nur noch dann benutzen, wenn dies durch ein Verkehrsschild vorgeschrieben ist. Das trifft in Berlin nur noch auf rund zehn Prozent der Wege zu. In ausgewiesenen Einbahnstraßen dürfen Radler in beiden Richtungen fahren.

Kritiker der Rad-Lobby meinen, die Zahlen der Ordnungswidrigkeiten wären nur dann vergleichbar, wenn – wenigstens für einen relevanten Zeitraum – Ordnungsdienste und Polizei Fahrradbenutzer mit dem gleichen Verfolgungsdruck konfrontierten wie Kraftfahrer.

Hans Lody

Neutralitätsgesetz bröckelt

Dürfen Lehrerinnen doch bald das Kopftuch im Unterricht tragen?

Berlins „Neutralitätsgesetz" bröckelt. Es untersagt Lehrern, Justizangestellten und Polizisten, religiös zu verstehende Symbole und Kleidung während der Ausübung ihres Berufs zu tragen.

Während der Grundschulverband fordert, sogar Kreuz und Kippa weiterhin mit zu bannen, faktisch um das Kopftuch bei Lehrerinnen weiter abwehren zu können, steht der rot-rot-grüne Senat kaum noch hinter dem Minimalkonsens. Die mitregierende Linkspartei hält die aktuelle Regelung für „nicht mehr zeitgemäß", das „neutrale Unterrichtsumfeld", Wunschbild der SPD, sei angesichts von muslimischer Zuwanderung längst Illusion.

Stein des Anstoßes ist laut unbestätigten Medienberichten eine evangelische Lehrerin an einer staatlichen Schule. Sie trug ein Kreuz als Anhänger im Unterricht, was ihr der Dienstherr verbot.

Bereits im Februar zweifelte das Landesarbeitsgericht an der Rechtmäßigkeit des Gesetzes: Das Land Berlin wollte eine Muslimin wegen ihres Kopftuches nicht als Lehrerin.

Die zweite Gerichtsinstanz verhängte eine Strafe von zwei Monatsgehältern, rund 8600 Euro, gegen Berlin. Das sei „ein guter Tag für die Antidiskriminierung", so Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne), der sich gegen den bisherigen Landeskurs stellt. Er wertet das Urteil als „Anfang vom Ende des Berliner Neutralitätsgesetzes". Die Koalition will sich nun beraten. In seiner jetzigen Form sei das Gesetz nicht zu halten, so Behrendt.

Grüner Senator jubelt über das Ende des faktischen Verbots

Der Laizismus, also das Bekenntnis zur Trennung von Staat und Religion, ist seit dem Urteil in Bedrängnis. Schon seit Langem ist der christliche Religionsunterricht an Berlins staatlichen Schulen abgeschafft. Mit dem Einzug des Kopftuchs würde nun Druck auf junge Mädchen in eine ganz andere Richtung ausgeübt.

In Niedersachsen wies im Januar das Verwaltungsgericht Osnabrück noch eine Klage einer Muslimin ab, die im Kopftuch unterrichten wollte. Entscheidend war nicht eine gänzlich andere Neutralitätsklausel des Landes, sondern der Zeitpunkt des Geschehens im Jahr 2013. Ein richtungweisendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts entzog 2015 faktisch solchen Klauseln die Grundlage. Eine abstrakte Gefahr für „Neutralität und Schulfrieden" reicht seither nicht mehr als Ablehnungsgrund. Zeit zu einer Gesetzesänderung hätte Berlin somit genug gehabt.

SG

MELDUNGEN

Lieber Strafe statt Asylanten

Prag – Nachdem Tschechien bisher lediglich zwölf statt der nach EU-Verteilungsquote vorgesehenen 1600 Asylbewerber aufgenommen hat, will das Land keine weiteren illegalen Einwanderer mehr hereinlassen. „Sicherheitsüberprüfungen haben ergeben, dass das Land keine weiteren Personen aufnehmen kann“, begründete Innenminister Milan Chovanec diesen Schritt. Sein Land werde wegen dieser Verletzung der Asylantenquote lieber Strafzahlungen in mehrstelliger Millionenhöhe an die EU in Kauf nehmen, als in dieser Sache nachzugeben. *J.H.*

Wien gegen Doppelpass

Wien – Österreichs Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) will per Bundesgesetz härter gegen die in der Alpenrepublik illegalen Doppelstaatsbürgerschaften vorgehen. Neben dem Entzug der österreichischen Staatsbürgerschaft will er auch Geldstrafen für Passmissbrauch in Höhe von bis zu 5000 Euro einführen. Dazu will der Minister alle, die in jüngster Zeit die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten haben, anschreiben. Die Betroffenen sollen darauf hingewiesen werden, dass eine Meldepflicht besteht, falls sie die türkische Staatsbürgerschaft wieder annehmen. Grund für den Gesetzentwurf ist die Tatsache, dass in Österreich fast 75 Prozent der Türken, die über das Erdogan-Referendum abgestimmt haben, für das umstrittene Präsidialsystem in Ankara gestimmt haben. Sobotka sieht darin Versäumnisse bei der Integration der Gastarbeiter in den 70er und 80er Jahren. Um das künftig etwa bei tschetschenischen und afghanischen Asylsuchern zu verhindern, will er die Obergrenze für Immigranten deutlich senken. *J.H.*

Prekäre Lage in Kenias Paradiesen

Nomaden machen Jagd auf Weiße: Safari-Parks und Besitz weißer Landbewohner in akuter Gefahr

Die Situation der weißen Landbesitzer in Afrika gestaltet sich immer prekärer: Nun werden sie nicht mehr nur in Staaten wie Simbabwe, Südafrika und Namibia durch behördliche Willkür und marodierende schwarze „Aktivisten“ unter Druck gesetzt, sondern auch in Kenia. Grund hierfür sind vor allem die im August anstehenden Wahlen.

Seit Jahresanfang herrschen in den Safari-Paradiesen des zentralkenianischen Distrikts Laikipia Anarchie und Gewalt. Das resultiert aus dem illegalen Eindringen von bis zu 10000 Pokot- beziehungsweise Samburo-Nomaden. Diese Hirten haben schätzungsweise 135000 Rinder in die Reservate getrieben, welche eigentlich bedrohten Wildtieren wie Nashörnern, Elefanten, Flusspferden, Giraffen, Zebras, Löwen und Leoparden Rückzugsräume bieten sollen.

Eigentümer der Schutzgebiete sind zumeist Weiße, die in ihren Safari-Parks 4000 Arbeitsplätze im Tourismus geschaffen hatten und nun ebenso fassungs- wie hilflos auf das Treiben der schwarzen Viehzüchter schauen müssen. Denn die führen nicht nur ihre traditionellen Speere mit sich, sondern auch AK-47-Sturmgewehre, welche zumeist aus den Nachbarländern Südsudan, Uganda und Somalia stammen.

Dergestalt aufgerüstet plündern sie Farm- sowie Gästehäuser, ruinieren Flora und Fauna und zünden dann zum Schluss noch alles an. Hierbei traf es auch den Besitz der Naturschützerin Kuki Gallmann, deren Autobiografie „Ich träumte von Afrika“ im Jahre 2000 von Hollywood verfilmt wurde. Die gebürtige Italienerin klagte nach der Verwüstung ihrer Liegenschaften mit einem der letzten intakten Ökosysteme Ostafrikas: „Sie verbrannten ein Stück meiner Seele.“

In manchen Fällen misshandelten die Landbesetzer sogar Mitarbeiter von Safari-Einrichtungen oder ermordeten diese. Tristan Voorspuy gehört zu den bislang 30 Todesopfern der Übergriffe. Der frühere britische Armeeoffizier und nachmalige Farmer wurde Anfang März hinterrücks von einer Bande unter Führung des Pokot-Hirten Samson Lokayi erschossen, als er die Schäden auf seiner Ranch inspizieren wollte, wo die Schwarzen ebenfalls gewütet hatten.

In den europäischen Medien wird das Ganze zumeist als Folge der Dürre hingestellt, welche seit zwei Jahren in Ostafrika herrsche und die in ihrer Existenz bedrohten Nomaden zu „Wanderungsbewegungen“ nötige. Dabei liegt das Problem jedoch sehr viel eher darin, dass die Herden einfach zu groß für die natürlichen Gegebenheiten in der Region geworden sind. Viele vermögende Kenianer haben nämlich fleißig Schwarzgeld in die Rinderzucht investiert, seitdem die Finanzämter systematisch nach auffällig hohen Bankguthaben fahnden. Aber das ist letztlich auch nur die eine Seite der Medaille.

> Hausgemachte Probleme: Reiche Kenianer steckten Schwarzgeld in Rinderherden – Bestand zu groß für natürlichen Lebensraum

Ebenso werden die Pokot und Samburu von manchen Politikern aufgestachelt, die sich dadurch Vorteile für die Parlaments- und Präsidentenwahlen am 8. August versprechen. An erster Stelle steht hier Mathew Lekidime Lempurkel, der Vertreter des Wahlbezirkes Laikipia North in der Nationalversammlung zu Nairobi. Das Mitglied des oppositionellen Orange Democratic Movement (ODM) ließ erst kürzlich wieder hasserfüllte Tiraden gegen Weiße los – zwei Tage später fielen die tödlichen Schüsse auf Voorspuy. Deswegen wurde Lempurkel, der insbesondere bei den Samburu als großer Held gilt, nun ganz folgerichtig wegen Anstiftung zum Mord angeklagt. Allerdings verteidigt er sich mit dem Argument, die Regierung selbst schüre doch das Chaos in Laikipia, um dort die Mehrheitsverhältnisse zu ändern. Und damit hat der radikale Jung-Politiker tatsächlich nicht ganz unrecht.

Schließlich profitiert Staatspräsident Uhuru Muigai Kenyatta, der im Sommer wiedergewählt werden will, gleich in dreifacher Hinsicht von den Übergriffen der Hirtennomaden. Zum Ersten kann er die Opposition für die Unruhen in Zentralkenia verantwortlich machen, zum Zweiten verändert sich so die Bevölkerungsstruktur in der Region, was Kenyattas Parteienbündnis Jubilee Alliance nützen dürfte, und zum Dritten bringt es Stimmen bei der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, wenn der Eindruck entsteht, nun gehe es den reichen Weißen an den Kragen – ganz egal, wer da am Ende agiert.

Das erklärt vielleicht auch, warum einige der Landbesetzer Waffen aus den Beständen der kenianischen Armee tragen. Jedenfalls steht zu befürchten, dass die Unruhen noch mindestens bis zu den Wahlen andauern. Schlechte Aussichten also für das Tourismusjahr 2017 sowie die Zukunft all derer, die auf ihrem Grund und Boden für den Erhalt der Artenvielfalt Ostafrikas sorgen wollen.

Wolfgang Kaufmann



Zerstörung in den einstigen Paradiesen Kenias: Bei Unruhen verwüstete Schule im Rift Valley Bild: action press

Geräuschloses Ende

Nach 50 Jahren: Basken beenden ihren bewaffneten Kampf

Mit der baskischen ETA hat nach der irischen IRA die zweite große, gewaltsame und linksgerichtete Separationsbewegung Europas ihre Terroraktivitäten beendet und ihre Waffenlager übergeben. Das Kürzel ETA steht für „Euskadi ta Askatasuna“ oder „Baskenland und Freiheit“. Die ETA entstand in den 1950er Jahren als Gegenbewegung zur brutalen Niederschlagung der baskischen Sprache und Kultur unter der Herrschaft von Francisco Franco . Ihr erster spektakulärer Coup war die Ermordung des Franco-Erben Luis Carrero Blanco 1973. Den Höhepunkt der ETA-Attentate erlebte Spanien allerdings 1980 mit etwa 100 Toten, als die Demokratie bereits eingeführt war und die Basken auch demokratische Mittel hatten, für ihre Kultur und Sprache einzutreten.

Mit der Wiedererlangung der Demokratie entstand in Spanien auch die linksgerichtete Partei Herri Batasuna (Volksunion) als politischer Arm der ETA, die es versäumte, sich vom Terror der ETA zu distanzieren und deshalb 2003 in Spanien verboten wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Bewegung längst die Unterstützung im baskischen Volk verloren. Diese Wende wurde mit dem Mord an dem konservativen Stadtratsabgeordneten Miguel Angel Blanco 1997 markiert, als in ganz Spanien mehr als sechs Millionen Menschen auf die Straße gingen und gegen die Morde und Entführungen der ETA protestierten.

Unterstützung fand die ETA fortan nicht mehr im Volk, sondern bei Diktatoren wie Fidel Castro in Kuba oder später Hugo Chávez in Venezuela. Die letzten Morde verübte die ETA 2010 auf den Balearischen Inseln und in Frankreich, wohin sich Mitglieder der Gruppe immer wieder zurückzogen. Seit 2011 gilt ein Waffenstillstand. Etwa 600 Mitglieder der ETA waren in Spanien und Frankreich verhaftet worden, sie verbüßten im Durchschnitt 20-jährige Gefängnisstrafen. Noch sitzen 280 ETA-Terroristen ein.

> »Wir sind die letzten Indianer Europas«

Dennoch ist es bemerkenswert, dass die ETA, deren Attentate in den vergangenen 50 Jahren mehr als 800 Menschen das Leben kostete, jetzt leise und ohne Gegenleistung eine jahrzehntelange Herrschaft des Terrors beendete und in Bayonne, im französischen Baskenland, ihre Waffenbestände übergab. Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy, der darauf besteht, dass sich die ETA auflöst und sich bei den Opfern ihres Terrors entschuldigt, sagte: „Terroristen können keine positive Behandlung erwarten ... erst recht viel weniger Straflosigkeit für ihre Verbrechen.“ Dem Terror der ETA hat es das Baskenland zu verdanken, dass sich dort keine friedliche Unabhängigkeitsbewegung wie in Katalonien konstituiert hat, wo sich 2014 in einem von der spanischen Regierung nicht genehmigten Referendum 81 Prozent der Wähler hinter die Unabhängigkeitsforderung stellten. Die ETA hatte in den 1980er Jahren erfolglos versucht, durch Attentate in Katalonien auch die dortige Separationsbewegung vom gewaltsamen Kampf zu überzeugen.

Madrid behauptet, dass die spanische Verfassung die Sezession einer Region verbiete. Als 2003 Arnaldo Otegi, der Vorsitzende der Basken-Partei Herri Batasuna, verhaftet wurde, erklärte dieser: „Wir sind die letzten Indianer Europas.“ Die baskische Kultur und Eigenart wird heute nicht mehr von der spanischen Zentralregierung bedroht, sondern wie überall in Europa von wachsender Multikultur und Gleichmacherei.

Bodo Bost

Träumen von Rojhelat

Aus den Waffenbrüdern Kurden und Iranern könnten Gegner werden

Die Kurden könnten der große Gewinner des sogenannten Arabischen Frühlings werden. Auf jeden Fall sind sie für einige westliche Regierungen bereits jetzt verlässlichere Partner im Kampf gegen die islamische Terrororganisation IS als manche arabische Regierung oder die Türkei, die lieber Lippenbekenntnisse abgeben als wirkliche Verpflichtungen zu übernehmen.

Die Kurden sind als Volksgruppe der letzte wichtige Machtfaktor im Nahen Osten, bei dem nicht die Gefahr besteht, dass sie vom dschihadistischen Islam infiziert werden, der großen Geißel der Region seit 2011. Von daher sind sie für den Westen der ideale Bündnispartner, allerdings mit dem kleinen Makel, dass sie noch nicht über einen eigenen Staat verfügen. Irgendwann werden sich auch die Kurden ihre Dienste im Kampf gegen den islamischen Terror vom Westen bezahlen lassen, wahrscheinlich in Form von Unabhängigkeitszusagen.

Im Irak bekamen die kurdischen Peshmerga bereits seit der westlichen Intervention gegen Saddam Hussein 1991 eine regionale Autonomie im Norden des Landes. Diese Autonomie konnten sie seit 2003 nach der Besetzung des Irak durch US-Truppen und seit 2014 nach der Eroberung weiter Teile des Nordirak durch den IS noch ausweiten. Mit Hilfe der Peshmerga konnte auch in Nordsyrien ein Ableger der Kurdischen Arbeiterpartei PKK, die Volksschutzeinheiten YPG, während des syrischen Bürgerkrieges ein weites Gebiet in Nordsyrien erobern, das sie Rojava nennen.

Nur im Iran, das ebenfalls eine kurdische Bevölkerung von neun Millionen aufweist und wo die Kurden bereits unter dem Schah-Regime bis 1979 sehr aktiv ihre politischen Rechte zum Teil auch mit Gewalt eingefordert haben, ist die Volksgruppe bislang noch ruhig geblieben. Aber auch dort hat sich bereits mit der PJAK ein Ableger der PKK gebildet, der über Syrien und den Irak eingesickert ist. Das kurdische Siedlungsgebiet im Iran nennen sie Rojhelat. Hier kämpfen jedoch mehrere politische Parteien um Einfluss, die größten sind die nationalistische PDK und marxistische Komala.

> Kurden werden sich ihre Dienste vom Westen bezahlen lassen

Der Iran hat es jedoch geschickt verstanden, durch Einflussnahme auf die kurdische Autonomieregierung im Nordirak die eigenen Kurden in Schach zu halten. Als Mitte 2014 der IS rund 40 Kilometer vor der iranisch-irakischen Grenze stand und Mossul besetzte, lieferte der Iran Waffen an die Autonome Region Kurdistan im Nordirak, den stärksten Gegner des IS. Qassem Soleimani, der Kommandeur der Al Quds-Brigaden, der für Auslandseinsätze zuständigen Eliteeinheit der iranischen Revolutionsgarden, zeigte sich neben kurdischen Einheiten im Kampf gegen IS-Kräfte.

Die militärischen Erfolge der kurdischen Widerstandbewegungen in Syrien und im Irak haben auch unter den Kurden im Iran viele Sympathisanten gefunden. Solange Teheran die Kurden in Syrien und dem Irak unterstützt, werden diese auch nichts gegen Teheran unternehmen. Der iranische Gottesstaat hat noch nicht alle Brücken zu den einheimischen Kurden abgebrochen. Viele geben sich mit verstärkten kulturellen und regionalen Autonomierechten zufrieden, besonders wenn in naher Zukunft neben dem Iran ein unabhängiger Kurdenstaat entstehen wird, der auch für die Interessen der iranischen Kurden eintreten wird.

B.B.

Billionen-Dispo für die Eurozone

Wegen offener Forderungen: Deutsche Berufstätige profitieren nicht vom Exportüberschuss

Die Schulden, die andere Euro-Notenbanken bei der Bundesbank angehäuft haben, nähern sich der 1000-Milliarden-Euro-Grenze. Das Geld wird nicht verzinst. Dass es je zurückkehrt, ist zumindest nicht sicher. Echte Werte als Sicherheit gibt es nicht. Anlagevermögen, welches andere Länder mit großem Exportüberschuss wie das Ölland Norwegen für ihre Überschüsse erwerben, kauft Deutschland für das Geld auch nicht.

Im Schatten von Griechenland-Rettung und Euro-Rettungsfonds haben die Deutschen ein weiteres Haftungsrisiko übernommen, das bislang nur wenig beachtet wird. Die Deutsche Bundesbank wies in ihrem Monatsbericht für den März mit mehr als 829 Milliarden Euro ein neues Allzeithoch beim so genannten Target2-Saldo aus. Hinter dem hohen Milliardenbetrag verbergen sich offene Ansprüche der Bundesbank im Rahmen des gemeinsamen Verrechnungssystems der Euro-Zentralbanken, über das unter anderem die Exporte abgewickelt werden.

Liefert ein deutscher Maschinenbauer beispielsweise Waren nach Italien, überweist der Käufer dort das Geld über seine Hausbank nach Deutschland. Hier sorgt die Bundesbank dafür, dass der deutsche Lieferant auf seinem Konto eine Gutschrift für seine Ware erhält.

Eigentlich müsste die italienische Notenbank der Bundesbank die Summe erstatten. Doch insbesondere seit Ausbruch der Euro-Krise ist keineswegs sicher, dass die Italiener der Bundesbank den fälligen Betrag anschließend auch zeitnah erstatten. Erstaunlicherweise sind im Zuge der europäischen Währungsunion nämlich keine Fristen vereinbart worden, bis zu denen die Zentralbanken für einen Ausgleich zu sorgen haben.

Im Gegensatz dazu besteht für die Regionalbanken des Federal Reserve Systems in den USA die Pflicht, regelmäßig für eine Glattstellung ihrer Verbindlichkeiten im Verrechnungssystem zu sorgen. Im Falle des Eurosystems fehlt allerdings nicht nur eine Zahlungsfrist. Die Forderungen werden zudem auch nur mit dem Leitzins der Europäischen Zentralbank verzinst. Da dieser derzeit bei Null liegt, besteht für säumige Zentralbanken auch von dieser Seite kein Anreiz für eine zügige Glattstellung.

Auf dem Papier als Echtzeitverrechnungssystem zwischen den Euro-Zentralbanken konzipiert, hat sich Target2 so zu einem Dispokredit für ganze Volkswirtschaften entwickeln können. Als Resultat geht die Bundesbank zumindest für einen Teil der deutschen Exporte in die Eurozone als Kreditgeber in Vorleistung. Quasi zwangsweise stellt sie einen Kreditrahmen zur Verfügung, der sich inzwischen langsam der 1000-Milliarden-Euro-Marke nähert.

Somit finanzieren die Deutschen die Bezahlung für die von ihnen hergestellten und exportierten Waren selbst, ohne sicher sein zu können, den Betrag jemals wiederzusehen. Möglicherweise liegt hier auch eine Ursache dafür, dass die Deutschen in ihrer Lohnentwicklung nur wenig sehen von Deutschlands Rang als „Exportweltmeister“. Sie bezahlen einen Gutteil ihrer Ausfuhrerlöse quasi selbst.

> Die Bundesrepublik vergibt über Target2 Milliardenkredite an europäische Partner, anstatt in echte Sicherheiten zu investieren

Schlimmer noch: Auch wenn ein reicher Grieche seine Milliarden nach Deutschland schafft, müssen die Deutschen das Geld per Bundesbank nach Griechenland erstatten: Wohlhabende Käufer aus den Euro-Südländern treiben hierzulande mit dem Geld nicht nur die Preise für Immobilien mit in die Höhe, sondern auch die Verbindlichkeiten ihrer Zentralbanken gegenüber der Bundesbank.

In letzter Zeit werden auch die Wertpapierkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) als weitere Triebkraft hinter dem rasanten Anstieg der Salden genannt. Grenzüberschreitende Anleihenverkäufe werden dabei direkt über das Target2-Zahlungssystem abgewickelt.

Um die Südländer vor der Pleite zu bewahren, kauft die EZB deren Staatsschulden von Investoren aus Euro-Krisenstaaten, die bisher die Staatsanleihen ihren Länder als Anlage gehalten hatten.

Diese „herausgekauften“ Anleger überwiesen offenbar ihre Erlöse aus dem EZB-Kaufprogramm dann gern in den „sicheren Hafen“ Deutschland.

Der Gesamtmix dieser Faktoren spiegelt sich immer stärker im Zahlungssystem der Eurozone wider. Allein die Verbindlichkeiten der Banca d'Italia, des größten Schuldners im Verrechnungssystem, sind bis März auf über 419 Milliarden Euro gestiegen. Binnen eines Monats war dies ein Zuwachs von mehr als 33 Milliarden Euro. Auch die Verbindlichkeiten der spanischen Zentralbank kletterten im März auf gut 374 Milliarden Euro. Die Notenbanken Griechenlands und Portugals stehen im Target2-System ebenfalls mit beachtlichen Beträgen in der Kreide. Erhebliche Forderungen haben wiederum die Zentralbanken der Niederlande, Finnlands und Luxemburgs in ihren Büchern stehen. Mit ganz großem Abstand hat sich allerdings die Bundesbank zum größten Kreditgeber in der Euro-Zone entwickelt.



Malochen sie völlig umsonst? Mitarbeiter im Daimler-Werk Bremen Bild: pa

Angesichts der Regelbrüche im Zuge der bisherigen „Euro-Rettung“ kann zumindest bezweifelt werden, dass diese ausstehenden Rechnungen jemals beglichen werden. Daher werden Experten langsam nervös. Bislang fordern aber nur einzelne Ökonomen und Politiker Änderungen beim Target-System oder eine Risikovorsorge.

Der Volkswirt Thomas Mayer bezeichnete es in einem Beitrag für die „Wirtschaftswoche“ als denkbar, dass die Bundesbank Druck ausübt, „indem sie beispielsweise ihre Mitgliedschaft bei Target2 einfriert und den Interbankenzahlungsverkehr separat in einem System abwickelt, das zum Ausgleich der Salden zwingt“.

Eine andere Möglichkeit wäre es, sich Sachwerte etwa in Form von Gold oder Staatsbesitz der Schuldnerländer übertragen zu lassen. Norwegen hat mit seinen Ölexporterlösen einen gewaltigen Staatsfonds aufgebaut. Warum tut dies nicht auch Deutschland mithilfe seiner Ausfuhrüberschüsse?

Die Goldreserven der Bundesbank etwa gehen auf die deutschen Exporterfolge der frühen Nachkriegsjahrzehnte zurück. Damals wurden die Exportüberschüsse im goldgeckten Weltwährungssytem mit dem Edelmetall ausgeglichen – wobei zurzeit umstritten ist, ob dieses Gold wirklich vollständig vorhanden ist.

Heute indes ist die einzige Währung, welche die Deutschen für den gewaltigen Erlös ihrer Ausfuhren verlangen – Vertrauen. Vertrauen, das die Deutschen selbst gegenüber ihren Schuldnern aufbringen sollen. Dieses Vertrauen könnte auf Sand gebaut sein. Dann hätten die Deutschen für nahezu 1000 Milliarden Euro quasi umsonst gearbeitet.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Deutschland hinkt hinterher

Berlin – Deutschland landet beim Digitalausbau im Vergleich mit 28 europäischen Ländern nur auf dem vorletzten Platz. Laut Infrastrukturbetreiber Akamai sind die Deutschen über ihre leitungsgebundenen Anschlüsse im Schnitt mit 14,6 Megabit in der Sekunde (Mbit/s) im Internet unterwegs. Im internationalen Vergleich reicht das nur für Platz 26 – noch hinter Litauen. Noch schlechter sieht es bei Glasfaser-Anschlüssen aus, die bis ins Haus reichen. Da nicht einmal zwei von 100 Haushalten über diese modernen Leitungen verfügen, belegt die mächtigste Volkswirtschaft in Europa hier nur Platz 27. J.H.

Springer steigt bei Uber ein

San Francisco – Der Axel Springer Verlag beteiligt sich an dem umstrittenen US-Fahrdienstvermittler Uber. Dabei handele es sich „um eine Finanzbeteiligung, keine strategische Investition“, teilte das Unternehmen mit, ohne weitere Angaben zu machen. Uber hat im vergangenen Jahr bei Einnahmen von 6,5 Milliarden Dollar einen Verlust von 2,8 Milliarden Dollar erwirtschaftet. In Europa ist das Angebot des Taxikonkurrenten, bei dem die Vermittlung direkt zwischen Kunden und Fahrer stattfindet, teilweise oder ganz verboten worden. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.290.853.032.016 €
Vorwoche: 2.006.614.730.105 €

Verschuldung pro Kopf:
27.591 €
Vorwoche: 24.417 €

(Montag, 24. April 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Wenn aus Allah Satan wird

Von Bodo Bost

Am Gründonnerstag hat die katholische Kirche das Seligsprechungsverfahren für den am 26. Juli 2016 während eines Gottesdienstes in Saint-Etienne-du-Rouvray in der Normandie von zwei jugendlichen Dschihadisten ermordeten katholischen Priester Jacques Hamel begonnen. Dabei wird es auch darum gehen, wo Dialog mit dem Islam aufhört und wo Teufelsaustreibung im Kontakt mit dem Islam angesagt sind.

Papst Franziskus hatte bereits am 14. September 2016, am Fest der Auffindung des Kreuzes, von Jacques Hamel von einem Märtyrer gesprochen. Mit Hamel wird erstmals ein ganz normaler Gemeindepriester aus einer der ganz normalen Großstadtpfarreien, die heute die Hauptlast der muslimischen Zuwanderung und des islamischen Salafismus unter dieser Zuwanderung zu tragen haben, seliggesprochen werden. Hamel war lange Zeit ein Freund des christlich-islamischen Dialogs. Das hat der belgische Theologieprofessor Jan De Volder in einem Buch über den Märtyrer nachgewiesen. Demnach hat sich Hamel ganz intensiv um einen Dialog und eine Zusammenarbeit mit den vielen Muslimen in der stark von Zuwanderern geprägten Stadtpfarrei Rouens bemüht.

De Volder hat auch die letzten Lebensminuten des Priesters recherchiert. Dabei wurde klar, dass Hamel in seinen letzten Minuten das Vokabular der Teufelsaustreibung, also des Exorzismus, das in den letzten Jahren in der katholischen Kirche mehr und mehr in Verruf geraten ist, gegen seine Peiniger angewandt hat. Nachdem diese mit „Allahu-Akbar"-Rufen in die Kirche eingedrungen waren und den Priester mit Schlägen und einem Messerstich gezwungen hatten, sich vor ihnen hinzuknien, erklärten sie, dass die Christen die Feinde der Muslime seien, weil sie nicht den Kampf der Muslime unterstützten. Der Priester habe dennoch versucht, zu widerstehen. Mit letzter Kraft habe er dem blasphemischen „Allahu Akbar" die lateinischen Worte „Vade retro, Satana – Geh weg, Satan!" aus der katholischen Exorzismus-Liturgie entgegengeschleudert. Noch im schwerverletzten Zustand und während ihm die beiden fanatischen Muslime die Kehle durchschnitten, hat der Priester diese Worte mehrfach wiederholt. Offensichtlich hat er in dieser Situation erkannt, was der Dschihad-Islam tatsächlich bedeutet. Deshalb war sein letzter Kontakt mit dem Islam der einer Teufelsaustreibung, die er dem leider häufig von einer gewissen Naivität von der Kirche getragenen interreligiösen Dialog vorgezogen hat.

> Jaques Hamels letzte Erkenntnis: Teufelsaustreibung statt Dialog

Der Dialog mit dem Islam ist seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil Allgemeingut der katholischen Kirche. Allerdings stößt der Dialog an seine Grenzen, wenn er auf das aggressive Böse trifft, dann muss auch die Kirche mit Teufelsaustreibung dem Islam begegnen. Gerade auch bei Religionen kann das Böse die Oberhand gewinnen, ja sogar Programm werden, wie man es am Satanismus selbst sehen kann. Von Papst Franziskus stammt der Satz: „Im Namen Gottes zu töten ist satanisch." Jacques Hamel hat vor seinem Sterben gemerkt, dass Allah eben nicht der „Größere" ist, wie es seine fanatisierten Mörder als Allah-Anhänger vorgeben, sondern eigentlich der absolute Böse, der Satan.

Wenn man sich die Bilder des weltweiten „Allahu-Akbar-Terrors" betrachtet, wenn man jeden Tag aufs Neue wahrnehmen muss, wie der Islam mit einer ungeheuren Brutalität und mit einem aggressiv intransigenten Expansionswillen vorgeht, verwundert es nicht, dass selbst dieser offensichtlich sehr optimistische und dialoggläubige Priester am Ende seines Lebens während seines Martyriums einsehen musste, dass ihm in seiner letzten Stunde in „Allahu Akbar" Satan selbst begegnet ist und er ihm widerstanden hat.

Ein etwa gleichaltriger spanischer Jesuitengelehrter, Manuel Carreira, hatte kurz vorher gesagt: „Der Islam ist die schlimmste Seuche, die die Menschheit seit 2000 Jahren gesehen hat." Der Islam als Lehrgebäude sei „völlig unfähig", Respekt für die Menschenwürde zu entwickeln. Für sich selbst treu bleibende Moslems sei es daher auch „unmöglich, die Menschenrechte und die westliche Tradition zu respektieren".

Gar nicht so arm

Von Eberhard Hamer

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat eine aus seiner Sicht alarmierende Kaufkraftanalyse vorgelegt, die tatsächlich eine Wohlstandsstatistik ist. Als arm gilt jeder, der über weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens verfügt. Mit solcher statistischen Berechnung kommt man nie – selbst bei starkem Wirtschaftswachstum – aus der Armut heraus. Würden wir alle doppelt soviel verdienen, würden auch die „Armen" doppelt soviel haben – und immer noch als arm gelten. International gelten unsere „Armen" sogar als reich. Wenn man sie mit wirklich armen Ländern vergleicht, haben sie ein zehnfach so hohes Einkommen wie deren wirklich Arme. Unser Armutsbegriff ist also willkürlich von der Soziallobby zu eigenen Zwecken geprägt worden.

Da der Armutsbegriff mittels des Durchschnittseinkommens festgestellt wird, beginnt er sich seit 2015 durch millionenfache Armutszuwanderung einerseits und durch Flucht der Reichen andererseits zu verändern. Millionen Unqualifizierte und somit Chancenlose werden das eigentliche Durchschnittseinkommen nie erreichen, sondern immer das statistische Durchschnittseinkommen der Bevölkerung ständig nach unten ziehen und so eine wachsende statistische Armut in Deutschland anzeigen.



Starb als christlicher Märtyrer: Der von islamischen „Gotteskriegern" ermordete Priester Jaques Hamel

Bild: Imago

Frei gedacht



»Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein«

Von Eva Herman

Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querdenken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. Der Rechtsanwalt und studierte Türkeiwissenschaftler ist Chef der liberaldemokratischen Partei und sitzt im russischen Parlament. Die Sichtweise der Russen, die Schirinowski hier vertritt, steht im konträren Widerspruch zu den Aussagen der deutschen Politiker und Medien. Umso interessanter ist es, diesen selten zu findenden Aussagen zuzuhören.

Gleich vorweg: Am Ende des Interviews stellte Schirinowski fest, dass man von russischer Seite aus bereit sei, die berühmte Frage der „deutschen Ostgebiete" zusammen mit Deutschland zu lösen. Vogt dazu: „Damit stellt sich Wladimir Schirinowski in eine über 70-jährige Tradition sowjetisch/russischer Politik. Schon Stalin hatte 1952 mit seiner berühmten Stalinnote die Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und Nichteintritt in die NA TO angeboten. Nikita Chrustschow wiederholte ein solches Angebot 1955, Andropow in den 80er Jahren und bei der deutschen Wiedervereinigung kam im Sommer 1990 ein neues Angebot über die Rückgabe des sowjetischen Teils Ostpreußens mit Königsberg von Gorbatschow." Vogt fügt in der Ankündigung des Interviews eine Aussage des offiziellen Russischdolmetschers Ernst Nagorny aus dessen Nachlass an: „Als Michail Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort: ‚Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen musste ich zu meinem Erstaunen feststellen, dass Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau bekniet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. ‚Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden."

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Zu den derzeit aktuellen Themen traf Schirinowski ebenfalls klare Aussagen, wie man sie in westlichen Medien nur zu selten hört. Zum Thema einer angeblichen Annexion der Krim vonseiten Russlands stellte der russische Politiker wörtlich klar: „Die Krim ist russische Erde, sie gehörte immer zum russischen Reich oder der Sowjetunion. Und die absolute Mehrheit der Krimbewohner kehrte mit Vergnügen in die Struktur Russlands zurück. Es gibt keine Annexion. Wir haben kein fremdes Land erobert. Ab dem Moment der illegitimen Teilung der UDSSR haben sie immer ihre Unabhängigkeit für sich reklamiert und haben stets die Rückkehr nach Russland gefordert. Das ging über 26 Jahre. Es gab keine bewaffneten Auseinandersetzungen während des Anschlusses der Krim. Und jetzt – überhaupt: Es herrscht eine vollkommene Feststimmung. Alle sind zufrieden, und das alles sind die Wünsche der Krimbewohner und der Bewohner unseres Landes."

Michael Vogt sprach die aktuelle Lage in der Ukraine an. Die Antworten Schirinowskis klingen ähnlich gegensätzlich zum deutschen Massenmedien-Einheitsbrei, wie es schon zur Krim-Thematik und zu den deutschen Ostgebieten der Fall ist. Es sind Antworten, die wir dort niemals zu lesen bekommen würden: „Meine persönliche Meinung: Die ganze Ukraine sollte zurückkehren und Teil Russlands werden. Ein Gouvernment, wie es zu Zeiten des Zaren war. Wenn die Ukrainer das nicht wollen, dann wird das Land, wie in Afrika, zu einer Art Somalia: Krieg, innere Fehden, Provokation, nichts Gutes, weder für Russland, noch für Europa." Unheilvolle Worte Schirinowskis folgten zur derzeitigen Lage Europas:

„Zwischen den bekannten deutschen Repräsentanten wird darüber gesprochen, dass es ein Szenario gibt, nach dem ein Krieg zwischen Russland und Deutschland auf dem Territorium der Ukraine - und zwar wegen der Ukraine – stattfinden soll. Es gibt einen solchen Plan. Der Krieg sollte schon im Sommer 2016 anfangen, er hat nicht angefangen. Jetzt planen sie ihn für den Sommer 2017."

Schirinowski verurteilte die NATO-Osterweiterung, vor allem in den baltischen Ländern. Sie stelle eine immense Gefahr für den Frieden in Europa, ganz speziell für Deutschland, dar: „Wir haben Deutschland gebeten, aus der NATO auszutreten. Und es würde ein großes Deutschland sein, ohne Besatzungstruppen, das demokratischste in Europa. Aber, nein! Und die DDR wurde hineingezogen, und sie alle zusammen sind jetzt in der NATO. Die deutschen Soldaten sind schon im Baltikum! Doch warum machen sie das? Dieser Krieg wird der letzte sein. Alles wird vernichtet. Ganz Europa wird vernichtet. Man sollte darüber nachdenken. Amerika ist weit weg. Und wir haben noch hinter dem Ural genug Territorium. Und was bleibt von Europa nach dem Krieg?"

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Schirinowski erläuterte die seit nahezu 200 Jahren verursachten Störungen der russisch-deutschen Beziehungen durch Großbritannien, die USA und Frankreich. Ihnen sei die russisch-deutsche Allianz ein Dorn im Auge, die zu friedvoller Macht führen und ihnen deshalb gefährlich werden könnte. Und so würden seit 200 Jahren Konflikte und Störungen produziert: „Man soll damit Schluss machen. Deutschland ist doch eine kluge Nation. Es ist an der Zeit, sich endlich aus der Falle zu befreien, in die Deutschland seit fast 200 Jahren getrieben wurde und endlich mit Russland zusammenzuarbeiten. Wir mischen uns nicht ein in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. In erster Linie sollte es aufhören, ein besetztes Land zu sein und immer nach Washington zu fahren und um Erlaubnis nachzufragen. Es soll vollständig selbstständig sein, und ich bin sicher, dass die meisten Deutschen für ein Bündnis mit Russland sein werden anstatt für das Bündnis mit Amerika." Falls es dazu käme, dass das deutsche Volk Russland um Hilfe bäte, wie würde Russland entscheiden, fragte der Journalist schließlich. Die Antwort Schirinowskis dürfte so manchem Hoffnung und Trost geben: „Hilfe für Deutschland? Und Europa? Wir leisten jede Hilfe. (...) Es ist die Bestimmung Russlands, in kritischen Momenten Hilfe zu leisten bei der militärischen Lösung jedes Problems, jeder Frage."

Schirinowski beendete das Interview mit der bereits zu Anfang erwähnten Thematik der deutschen Ostgebiete: „Wir haben den Deutschen die östlichen Gebiete weggenommen und den Polen gegeben. Aus welchem Grunde befinden sich heute die Polen auf dem deutschen Territorium? Man kann alles Deutschland wiedergeben. Dabei können wir helfen. Beim deutschen Hafen Memel, Klaipeda, wir können dabei helfen, für Deutschland das ganze Preußen wieder herzustellen. Keiner hilft, nur wir!"

Greiser Kupfermann

Splitternackter Tugendheld – Über Kassel wacht seit 300 Jahren auf der Wilhelmshöhe der Herkules

Was für New York die Freiheitsstatue, das ist für Kassel der Herkules. Im November 1717 wurde das heutige Kasseler Wahrzeichen auf der Wilhelmshöhe fertiggestellt. Eine Ausstellung erzählt jetzt die Geschichte des von Landgraf Carl von Hessen-Kassel in Auftrag gegebenen Kupferkolosses.

Über Kassel wacht ein grünes Männchen – das sich bei näherer Betrachtung zu einem über acht Meter großen Koloss auswächst. Die weithin sichtbare Monumentalstatue des Herkules ist das Wahrzeichen der Stadt. Der grün patinierte Kupfermann hat auf seinem steinernen Unterbau die absolute Lufthoheit im Bergpark Wilhelmshöhe, der seit 2013 zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört. Im November dieses Jahres hat der splitternackte Tugendheld seinen 300. Geburtstag. Doch schon jetzt feiert eine Ausstellung im Schloss Wilhelmshöhe den beliebten Muskelprotz. Sie umfasst Bilder und Skulpturen von der Antike bis zur Gegenwart.

Vorbild für den Kupferkoloss ist die Marmorskulptur des Herkules Farnese. Ihre Wiederentdeckung im Jahr 1546 verdankt sie Papst Paul III., der auf der Suche nach antiken Bildwerken Ausgrabungen in den Thermen des römischen Kaisers Caracalla veranlasste. Paul III. gehörte der Adelsfamilie Farnese an. Er ließ seinen Prachtfund im Innenhof des Palazzo Farnese aufstellen.

Heute befindet sich die im späten zweiten Jahrhundert gefertigte Skulptur im Nationalmuseum von Neapel. Ihr Schöpfer ist laut Inschrift „Glykon der Athener“. Er kopierte ein nicht erhaltenes Urbild aus Bronze, das die Forscher dem Griechen Lysipp zuschreiben und auf 330 bis 320 vor Christus datieren. Seine Bilderfindung war offenbar sehr beliebt. Erhalten sind zahlreiche Kopien und Varianten. Die Schau zeigt den Herkules vom Typus Farnese auf einer Kupfermünze (241/242 n. Chr.), als bemalte Statuette aus Terrakotta (römische Kaiserzeit) sowie in Fragmenten von Marmorskulpturen.

Als getreueste Wiedergabe von Lysipps Original gilt der in den Caracalla-Thermen gefundene, an die drei Meter große Herkules Farnese. Sein imposanter Gipsabguss ist ausgestellt. Herkules stützt seine linke Achsel auf einen spitzen Felsbrocken, über den er das Fell des nemeischen Löwen geworfen und an den er seine Keule gelehnt hat.

Sein Blick ist nachdenklich gesenkt. Trotz der Ruhepose sind alle Muskeln angespannt. Der hinter den Rükken geführte rechte Arm macht uns darauf aufmerksam, dass Herkules nicht nur von vorn, sondern auch von hinten betrachtet werden möchte. In der „Hinterhand“ hält er die drei Äpfel aus dem Garten der Hesperiden. Das Unverwundbarkeit garantierende Löwenfell und die Unsterblichkeit versprechenden Äpfel weisen auf zwei der zwölf Heldentaten hin, die Herkules in Diensten des Königs Eurystheus vollbrachte.

Dem Herkules Farnese huldigen seit seiner Wiederentdeckung Maler, Bildhauer und Kunstliebhaber. Sie feiern ihn als mustergültige Verkörperung kraftvoller Schönheit. Auch Landgraf Carl von Hessen-Kassel stattete der berühmten Skulptur auf seiner im Dezember 1699 angetretenen viermonatigen Italienreise einen Besuch ab. Neben dem Studium antiker Bildwerke interessierten den Landgrafen auf seiner Tour besonders die Wasserkünste in Gartenanlagen. Er suchte nämlich nach Anregungen für seine bereits im Bau befindlichen Wasserspiele auf dem Carlsberg bei Kassel, der heute Wilhelmshöhe heißt. Sie sind mit den Kaskaden, den mit Skulpturen aus der griechischen Mythologie ausgestatteten Grotten und dem Oktogonbauwerk, auf dem die Pyramide mit dem Kasseler Herkules steht, der barocke Teil der heutzutage zweimal pro Woche veranstalteten Wasserkünste.


Grünes Männchen: Der Kasseler Herkules auf einer Pyramide, die einem oktogonalen Unterbau aufgesetzt ist Bild: Thiede

Die Kasseler Kupferkopie des Herkules Farnese ist ein technisches und künstlerisches Meisterwerk. Für dessen Ausführung in den Jahren 1714 bis 1717 berief Landgraf Carl den Augsburger Goldschmied Johann Jacob Anthoni nach Kassel. Er verwirklichte seine auf über acht Meter vergrößerte Kopie mit Hilfe eines damals außergewöhnlichen, kaum erprobten Verfahrens.

Die Figur ist ein stabiles „Leichtgewicht“ von 2,5 Tonnen. Der extrem „dünnhäutige“ Koloss ist aus vorgefertigten, drei Millimeter starken Kupferblechen zusammengesetzt, die miteinander verzahnt und vernietet sind. Das vom Kasseler Bauschmied Johann Balthasar Glocke konstruierte schmiedeeiserne Innengerüst verleiht der Hohlfigur Stabilität. Die Herstellungstechnik machte Schule. Das beweisen zum Beispiel die Quadriga auf dem Brandenburger Tor (1789–1794), das Hermannsdenkmal bei Detmold (1838–1875) und die New Yorker Freiheitsstatue (1871–1884/1886).

Der zweite Ausstellungsteil präsentiert Herkules in der Kunst vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Dabei kommt der Tugendheld nicht immer gut weg. So zeigt ihn Rubens auf seinem Gemälde „Der trunkene Herkules“ (1615–1620) als dermaßen berauscht, dass er von zwei Gestalten aus dem Gefolge des Weingottes Bacchus gestützt werden muss. Markus Lüpertz degradiert ihn mit seiner scheckig bunt bemalten Bronzeskulptur (2010) zur kopflastigen Missgestalt. Gemälde und Grafiken erheben den Kasseler Bergpark mit dem Herkulesmonument zum mal idyllischen, mal majestätischen Bildmotiv. Beachtenswert ist Adolf Menzels filigrane Bleistiftzeichnung „Herkules und Kaskade in Wilhelmshöhe bei Kassel“ (1841).

Von Künstlern und Karikaturisten eigens zum 300. Geburtstag des Kasseler Herkules angefertigte Arbeiten beschließen die Schau. So mancher scheint dabei keinen rechten Zugriff auf den Koloss gefunden zu haben. Gelungen ist hingegen Ernst Kahls Beitrag, der wie ein mit Deckfarben gemaltes Plakat aussieht: „Der Kasseler Herkules. Die Monumentalskulptur im Spiegel der Kunst“ (2017). Zu sehen sind drei mal drei Motive, darunter Herkules aufgebläht und gestreift wie eine der Figuren Niki de Saint Phalles, auf dem Kopf stehend wie die Motive von Georg Baselitz, spindeldürr wie die Skulpturen Alberto Giacomettis oder in der Manier Christos verhüllt und eingeschnürt. *Veit-Mario Thiede*

Bis 8. Oktober im Schloss Wilhelmshöhe, Kassel, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr, Mittwoch bis 20 Uhr, Eintritt: 6 Euro, Telefon (0561) 31680123, Information im Internet: www.museum-kassel.de

Meldungen

Preußens Vasen für Weimar

Weimar – In der Ausstellung „Fürstliche Geschenke. Prunkvasen aus Berlin und St. Petersburg“ präsentiert das Weimarer Schloss Belvedere eine außergewöhnliche Porzellansammlung. Vom 30. April bis 28. Oktober steht weißes Gold im Mittelpunkt, das aus der Kaiserlichen Manufaktur St. Petersburg sowie aus der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin stammt. Dabei sind auch monumentale Kratervasen zu sehen, von denen eine im März 1835 von König Friedrich Wilhelm III. von Preußen nach Weimar gesandt hatte und welche das vom Dach des Doms aufgenommene Panorama des Berliner Lustgartens zeigt. *tws*

Fürst Pücklers Gartenausstellung

Berlin – Während in Berlin-Marzahn die IGA stattfindet, läuft am anderen Ende der Stadt eine weitere Gartenschau – im Kleinen. Im Schloss und Park Babelsberg hat Fürst Pückler seine grünen Spuren hinterlassen. In „Pückler. Babelsberg – Der grüne Fürst und die Kaiserin“ ist vom 29. April bis 15. Oktober zu sehen, wie der „Zauberer“, wie Prinzessin Augusta (1811–1890), die spätere Gattin Kaiser Wilhelms I., ihn nannte, in Babelsberg seine gartenkünstlerischen Ideen verwirklicht hatte, zu denen er während seiner Englandreisen inspiriert wurde. Vor dem Schloss ist auch eine „Baummaschine“ aufgestellt: die Nachbildung eines Großbaumverpflanzwagens, den der Fürst für die Versetzung großer Bäume eingesetzt hatte. Wer als Besucher lange Wartezeiten an der Schlosskasse vermeiden will, der kann ab sofort Eintrittskarten im Online-Verkauf unter der Adresse tickets.spsg.de übers Internet erwerben. *tws*

Verflossener Zeitgeist

Kunsthalle Düsseldorf wird 50 und macht sich selbst ein Geschenk

Passend zu ihrem 50. Geburtstag startet die 1967 neu erbaute Kunsthalle Düsseldorf eine vierteilige Ausstellungsreihe, die sich mit Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Museums beschäftigt. „Wirtschaftswerte/Museumswerte“ heißt ihr erster Teil, der noch bis zum 18. Juni präsentiert wird.

Die Ausstellung geht ausdrücklich auf die Geschichte der Kunsthalle seit ihrer Neugründung ein und konzentriert sich auf die Zeit von 1966 bis 1981. Die ausgestellten Kunstwerke sollen den „Geist“ der damaligen Epoche dokumentieren, aber auch die Zusammenarbeit der deutschen Künstler mit ihren belgischen Kollegen aufzeigen – die Kunstpräsentation in der rheinischen Metropole ist schließlich mit dem Stedelijk Museum voor Actuele Kunst Gent (Belgien) zusammen organisiert worden.

Wer sich in der Kunstgeschichte ein wenig auskennt, wird beispielsweise Warhols „pop-artige“ Auseinandersetzung mit Marilyn Monroe oder Hans-Peter Feldmanns Version von Michelangelos Statue „David“ (allerdings in Miniaturform) entdecken.

Auch der Name „Wirtschaftswerte“ kommt nicht von ungefähr. Joseph Beuys zeigte 1980 bei einer Kunstausstellung in Gent eine Installation gleichen Namens. Sie zeigt DDR-typische Lebensmittel, die auf spärlich bestückten, einfachen Eisenregalen angeordnet und als Gegenbild zum Überangebot westlicher Supermärkte gedacht sind.


Bild: Kunsthalle Düsseldorf, 2017, Katja Illner
„Marilyn Monroe“ wacht über die Ausstellung

Wer möchte, kann hier auch Künstler wie Gerhard Richter, Bernd & Hilla Becher, Tony Cragg, Nam June Park, Blinky Palermo, Imi Knoebel und viele andere für sich entdecken. Die Ausstellung ist eine gut gemachte Reise in westdeutsche Nachkriegskunst.

Nach dem Abriss des durch den Krieg schwer beschädigten klassizistischen Vorgängerbaus von 1881 errichteten die Architekten Beckmann und Brockes 1967 ein neues Museumsgebäude, diesmal am Grabbeplatz am Rande der Altstadt. Sein Baustil: der Brutalismus. Auch die Museumsverwaltung, eine Buchhandlung und die Kabarettbühne Kom(m)ödchen sind im selben Gebäude untergebracht.

Bewusst als Haus für Wechselausstellungen ohne eigene Sammlung konzipiert, konnte so immer wieder aktuelle zeitgenössische Kunst gezeigt werden. Georg Uecker, Andy Warhol, Gilbert & George, Anselm Kiefer, K. O. Götz, und Claes Oldenburg seien hier als Beispiele genannt. *Andreas Rüdig*

Kunsthalle Düsseldorf, Grabbeplatz 4, 40213 Düsseldorf, geöffnet: Dienstag bis Sonntag sowie an Feiertagen von 11 bis 18 Uhr, Eintritt: 6 Euro, jeder zweite Sonntag im Monat ist Familientag bei freiem Eintritt. Telefon: (0211) 8996240, Internet: www.kunsthalle-duesseldorf.de

Ein Haufen Hafenschrott

Einzigartige Fotografien über Kriegszerstörungen in Hamburg

Unter dem Titel „Kunst im Chaos“ präsentiert das Internationale Maritime Museum Hamburg noch bis zum 14. Mai als Sonderausstellung eine fotografische Dokumentation vom kriegszerstörten Hamburger Hafen. Es handelt sich um ausgewählte Aufnahmen aus dem Nachlass des Fotografen Heinrich Hamann im Großformat 110 mal 82 Zentimeter. Den Schwarzweißfotos sind aktuelle digitale Grafiken des Fotografen Ottmar Heinze zur Seite gestellt. Sie führen vor Augen, wie sich der Hafen in jüngster Zeit entwickelt hat.

Es sind erschütternde Zeugnisse von der Stunde Null im Hamburger Hafen, der in Trümmern lag und nur knapp der vollständigen Zerstörung entgangen war. Der Blick wandert zwischen verwüsteten Kaianlagen, schiefen Kränen, ausgebrannten Speichern und Bergen von Metallschrott. Rund 3000 Schiffswracks lagen in den Hafenbecken und blockierten die Wasserwege. Auf den Fotos sieht man von ihnen oft nur den Umriss oder einen schiefen Schornstein. Hamann fotografierte auch die Bergungsmaßnahmen. Der Hafen, die Lebensader Hamburgs, war als wichtiges militärisches Ziel seit 1940 den alliierten Bombenangriffen ausgesetzt gewesen. Seit dem Frühsommer 1944 flog allein die US Airforce 40 Einsätze. Sie zielten vor allem auf die Raffinerien und andere kriegswichtige Industrieanlagen wie die Werften mit ihren U-Boot-Bunkern. Bei Kriegsende waren die Hafenanlagen zu 80 Prozent zerstört, die historische Speicherstadt zu Drei Vierteln und die Brücken zur Hälfte. Schwer vorstellbar ist bei diesem Anblick, dass der Hamburger Hafen mit seinen Werften noch vor Kriegsbeginn neben London und New York einer der bedeutendsten Schifffahrtsstandorte der Welt war, so wie bereits vor dem Ersten Weltkrieg, der ebenfalls desaströse Folgen für Hamburgs Schifffahrt und Handel hatte.


Nachkriegschaos: Zerstörte Werft Bild: Maritimes Museum

Der 1883 in Danzig geborene Fotograf Heinrich Hamann hatte einen besonderen Bezug zur Schifffahrt. Vor dem Ersten Weltkrieg war er jahrelang für die Hamburger HAPAG-Reederei tätig gewesen und auch zur See gefahren. Später erstellte er Fotoserien von dem hamburgischen großstädtischen Leben und der Arbeitswelt im Hafen.

Nach Kriegsende erhielt Hamann aufgrund seiner Bewerbung von der britischen Militärregierung den Auftrag, im Hafen die Kriegsschäden fotografisch zu dokumentieren. Ab Ende Mai 1945 entstanden seine Glasplattennegative im Format 18 mal 24 Zentimeter unter schwierigsten Bedingungen. Die sorgfältig arrangierten Bilder vom Chaos und von untergangener Seefahrts-Blüte sind ebenso eindrucksvoll wie seine früheren Arbeiten en plein air. *D. Jestrzemski*

Internet: www.imm-hamburg.de

»Der rote Kampfflieger«

Manfred von Richthofen formte wie kaum ein anderer das Bild vom ritterlichen Jagdflieger

Freiherr Manfred von Richthofen erzielte nicht nur die höchste Zahl von Luftsiegen, die im Ersten Weltkrieg von einem einzelnen Piloten erreicht wurde, in der vor 100 Jahren erschienenen autobiografischen Schrift „Der rote Lampfflieger" thematisierte er auch die ritterlichen Ideale im modernen Massenkrieg, für die er von Freund wie Feind geehrt wurde. Am 2. Mai jährt sich die Geburt des adligen Preußen zum 125. Mal.

Der gebürtige Breslauer entstammte einer traditionsreichen Offiziersfamilie und hatte solch prominente Vorfahren wie den Feldmarschall Leopold von Anhalt-Dessau und General Johann Philipp von Beust. So verwundert es nicht, dass auch er die militärische Laufbahn wählte. Sie begann im April 1911 mit dem Eintritt ins Westpreußische Ulanen-Regiment „Kaiser Alexander III. von Russland". Die für den Ersten Weltkrieg so typische Monotonie des Stellungskrieges, in dem der einzelne kaum zählt, schreckte den jungen Offizier ab. Nach einigen ereignislosen Fronteinsätzen zwischen August und Dezember des ersten Kriegsjahres meldete er sich deshalb zur Fliegertruppe. In dieser diente er ab Juni 1915 als Beobachter. Das befriedigte allerdings nicht seinen Ehrgeiz, und so beschloss er, Jagdflieger zu werden. Den Ausschlag dazu gab eine zufällige Begegnung mit dem zu jener Zeit populärsten Fliegerass, Oswald Boelcke.

Als Naturtalent hinter dem Steuerknüppel erwies sich der vormalige Kavallerist bemerkenswerterweise nicht gerade. So brauchte er drei Anläufe, um das Pilotendiplom zu erwerben. Der Beginn der Jagdflieger-Karriere von Richthofens im Kampfgeschwader 2 verlief zunächst vollkommen unspektakulär.

Das änderte sich jedoch schlagartig mit der Versetzung zu der von Boelcke kommandierten Jagdstaffel 2 in Bertincourt am 1. September 1916. Nur 16 Tage später konnte Richthofen über Cambrai seinen ersten bestätigten Luftsieg gegen einen zweisitzigen britischen Bomber vom Typ Royal Aircraft Factory F.E.2 verbuchen. Dem schlossen sich in schneller Folge die nächsten neun Abschüsse an, bevor der elfte dann den Grundstein zum Mythos vom „Roten Baron" legte – obwohl nicht jede Maschine Richthofens den legendären roten Komplettanstrich trug. Vielmehr waren bei seinen Jagdeinsitzern vom Typ Albatros D.I, D.II und D.V und Fokker Dr.I oftmals nur Teile des Rumpfes und der Radscheiben sowie die Oberseite der obersten Tragfläche rot, während der Rest des Flugzeuges im üblichen Tarn-Oliv gehalten war.

An Nachmittag des 23. November 1916 gelang Richthofen ein besonderer Erfolg. Er holte den britischen Major Lanoe Hawker vom Himmel, den ersten Kampfpiloten, der das Victoria Cross, die höchste Tapferkeitsauszeichnung des Empire, erhalten hatte. Für diesen Triumph und 15 weitere Luftsiege bekam der Preuße am 12. Januar 1917 den Orden Pour le Mérite verliehen. Dem folgten in schneller Folge die Beförderung zum Oberleutnant und Rittmeister sowie die Ernennung zum Kommandeur der Jagdstaffel 11. Nach dem Tod der beiden Fliegerasse Max Immelmann am 18. Juni 1916 bei Annay und Boelcke am 28. Oktober 1916 bei Bapaume wurde Richthofen zum erfolgreichsten deutschen Kampfpiloten.

Unter seiner Führung entwickelte sich die Jagdstaffel 11 im Frühjahr 1917 zu einer absoluten Eliteeinheit, die den Briten einen „Blutigen April" bescherte. Schon Richthofen selber erzielte in diesem Monat sagenhafte 21 Abschüsse, darunter vier am Nachmittag des 29. April. Dies hatte zwei Konsequenzen für ihn: Zum einen avancierte er am 24. Juni 1917 zum Chef des Jagdgeschwaders 1, in dem die Staffeln 4, 6, 10 und 11 zusammengefasst wurden; zum anderen lobten die Briten nun vermutlich 5000 Pfund Belohnung für denjenigen aus, der Richthofen unschädlich machte.

Second Lieutenant A. E. Woodbridge, dem Bordschützen einer Royal Aircraft Factory F.E.2 des Royal Flying Corps, wäre letzteres beinahe am 6. Juli 1917 gelungen, als er aus 300 Metern Entfernung auf Richthofen feuerte und diesen am Kopf traf. Hierdurch verlor der Rittmeister zeitweise das Sehvermögen und konnte nur mit äußerster Mühe notlanden. Nichtsdestotrotz setzte er sich bereits 40 Tage später gegen den Rat der Ärzte wieder ins Flugzeug.

Einige Mediziner gehen heute davon aus, dass die Schädelverletzung bleibende Hirnschäden verursachte, die auch den Kampfstil der Fliegerlegende beeinflussten.





Im Führersitz seines Jagdeinsitzers mit Fliegerkameraden: Manfred von Richthofen Bild: akg

Vorher hatte Richthofen stets äußerst bedacht agiert und waghalsige Manöver strikt vermieden. Loopings und Kopfüberflüge waren für ihn „Blödsinn, der in einem Luftkampf nichts zu suchen hat". Er hatte nur angegriffen, wenn er sich taktisch überlegen wähnte, und dabei die von Boelcke aufgestellten Luftkampfregeln penibel eingehalten.

Anders hingegen sein Verhalten später, so auch an jenem schicksalhaften 21. April 1918, als er versuchte die Sopwith F.1 „Camel" des kanadischen Fliegerleutnants Wilfrid „Wop" May zu Boden zu drücken. Verbissen hielt er an diesem Unterfangen auch dann noch fest, als Mays Staffelführer Captain Arthur Brown ihn von hinten beschoss und alle drei Flugzeuge in extrem niedriger Höhe über die Frontlinie hinwegjagten. Nun über von den Alliierten beherrschtem französischem Gebiet, geriet Richthofens Fokker in den Feuerbereich australischer Bodentruppen, was ihm zum Verhängnis wurde. Bis heute ungeklärt ist, welcher der australischen Maschinengewehrschützen das tödliche Projektil auf den Weg schickte, das Richthofens Lunge, Leber und Herz verletzte und dazu führte, dass er unmittelbar nach seiner Notlandung zwischen den Gemeinden Corbie und Vaux-sur-Somme verblutete. Aktuellen ballistischen Untersuchungen zufolge war es wohl Sergeant Cedric Bassett Popkin von der 24th Machine Gun Company der Australian 4th Division.

Der Respekt vor der fliegerischen Leistung Richthofens, der 80 bestätigte Luftsiege errungen hatte, und der ihm nachgesagten Ritterlichkeit war so groß, dass seine vormaligen Gegner ihn am 22. April mit vielfältigen militärischen Ehren in Bertangles bestatteten. Französische Dorfbewohner versuchten in der Nacht darauf, den Leichnam auszugraben und zu beseitigen, aber der Versuch misslang. Nach Kriegsende wurden die sterblichen Überreste 1925 vom Bruder in die deutsche Heimat überführt. Auf dem Familiengrab auf dem Südfriedhof Wiesbaden hat Manfred von Richthofen seine letzte Ruhestätte gefunden. *Wolfgang Kaufmann*

Als der D-Zug Dampf machte

Mit dem Durchgangszug setzte Preußen neue Maßstäbe

Für den Modell-Eisenbahner gehören sie zur Grundausstattung, die Waggons AB4üPr06 oder C4ü-22. D-Zugwaggons sind sie beide. Das ist an den kleinen „ü" zu erkennen. Das steht für „Übergang" und der kennzeichnet den D-Zug. Darum ist er mit einem besonderen Nimbus belegt. Dabei ist D-Zug als amtliche Bezeichnung fern jeder Romantik. D-Zug steht schlicht und einfach für Durchgangszug. Der erste D-Zug in Preußen fuhr vor 125 Jahren, am 1. Mai 1892.

Die Eisenbahn, das war einmal der Inbegriff von Fortschritt. In gleichem Maße prägte der D-Zug eine ganze Zeitspanne, er war gleichbedeutend mit Geschwindigkeit. Die ersten D-Züge waren eine Revolution im Fernverkehr. Die Züge wurden um 1890 zwar immer schneller, das Streckennetz immer länger, aber das Angebot war wenig komfortabel. Die Schaffner mussten sich außen auf dem umlaufenden Trittbrett an den Waggons entlang hangeln, wenn sie die Fahrausweise in den Abteilen kontrollierten. Ein Gang durch den Zug war nicht möglich. Man hatte in dem einmal bestiegenen Waggon zu bleiben. Auch als um 1880 Speisewagen zur Ausstattung von Schnell- und Kurierzügen gehörten, konnten diese nicht während der Fahrt aufgesucht werden. Das war nur bei einem Halt auf einem Bahnhof möglich.

Das änderte sich erst, als die Königlich Preußischen Staatseisenbahnen 1891 einen vollkommen neuen Wagentyp serienmäßig einsetzten, den Durchgangswagen, auch „Heusinger-Wagen" genannt. Der Maschinenbau- und Eisenbahningenieur Edmund Heusinger von Waldegg hatte diesen Wagentyp entwickelt. Er war etwa 20 Meter lang, vierachsig mit zwei Drehgestellen. Der Zugang zu den Abteilen erfolgte nicht mehr direkt über Außentüren, sondern über einen schmalen Gang. Der Clou aber waren mit einem Faltenbalg geschlossene Plattformen jeweils am Ende eines Waggons. Dadurch wurde der Durchgang durch den gesamten Zug ermöglicht. Das machte aus dem Zug einen Durchgangszug, auch Harmonikazug genannt.

Edmund Heusinger von Waldegg hat den bahnbrechenden Erfolg seiner Entwicklung nicht mehr erlebt. Er starb 1886 in Hannover, fünf Jahre, bevor die Preußischen Staatsbahnen den D-Zug einsetzten. Da der Vater das Geld für ein Studium nicht hatte aufbringen können, machte von Waldegg zunächst eine Buchhändlerlehre. Erst später studierte er in Leipzig Physik, Mathematik und Mechanik. Er half, eine in Einzelteilen aus England gelieferte Lokomotive zusammenzusetzen und überführte sie zur Taunuseisenbahn. Dort blieb er als Leiter der Zentralwerkstätte. Der Weg in die Welt der Eisenbahn war gemacht.

Das „D" für Durchgangszug wurde volkstümlich für Geschwindigkeit gebraucht, mit dem Spruch „Ein alter Mann ist kein D-Zug". Als Synonym für Tempo wird der D-Zug auch in dem Vorwurf verwandt, mit dem D-Zug durch die Kinderstube gerast zu sein.

Der erste Zug dieser Art fuhr am 1. Mai 1892 von Berlin, Potsdamer Bahnhof ab. Die Strecke führte über Magdeburg und Hildesheim nach Köln. Der Zug verfügte über zwei unterschiedliche Abteilkategorien, die erste und die zweite Klasse. Die zuvor eingesetzten Schnellzüge hatten meist noch eine dritte Klasse. Die kam später wieder hinzu, als ab 1894 die D-Züge auf den Strecken von Berlin nach Ostpreußen und nach Warschau eingesetzt wurden. Um die Jahrhundertwende erhielten die Durchgangszüge auch Großraumwagen mit einem Mittelgang.

Der preußische D-Zug wurde bald Vorbild für andere Staatsbahnen. Versuche mit dreiachsigen Waggons stellte Preußen bald wieder ein, die Laufeigenschaften waren nicht befriedigend. Die Eisenbahnen in Sachsen und Bayern mussteten ihren Fahrgästen diese Wagen länger zu. Allerdings hatten die Bahnen in Sachsen und Bayern mehr steigungsreiche Strecken zu bewältigen, da sollten die Waggons möglichst leicht sein.

Mit dem D-Zug war den Preußischen Staatsbahnen ein großer Wurf gelungen. Mit einem Schlag hatte sich Preußen nach anfänglichem Zögern an die Spitze des technischen Fortschritts gesetzt. König Friedrich Wilhelm III. hatte bei der Eröffnung des Berlin-Potsdamer Bahnhofs 1838 noch genörgelt, „er könne sich keine große Seligkeit davon versprechen, ein paar Stunden früher von Berlin in Potsdam zu sein". Der Bau von Eisenbahnen sollte Privatsache sein, allerdings mit der Möglichkeit für den Staat, nach 30 Jahren die Bahn kaufen zu können. Entsprechend war das Preußische Eisenbahngesetz 1838 formuliert worden. Erst 1848 nahm sich der Staat mit einem Gesetzentwurf über den Bau einer Ostbahn der Sache an. In Bromberg wurde die Königliche Direktion der Ostbahn eingesetzt. Bromberg war auch der Zielbahnhof der ersten preußischen Eisenbahn. Ausgangspunkt der 145 Kilometer langen Strecke über Schneidemühl war der Bahnhof Kreuz der bereits bestehenden privaten Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft. Am 27. Juli 1851 fuhr der erste Zug nach Bromberg. Nach und nach wurden weitere Teilabschnitte gebaut, bis schließlich 1867 die letzte Lücke zwischen Berlin Ostbahnhof über Strausberg nach Gusow geschlossen werden konnte. Damit erfüllte sich ein alter Wunsch, auf dessen Realisierung ursprünglich vor allem die Militärs gedrungen hatten. Auf einer Strecke von 740 Kilometern bestand nun eine direkte Eisenbahnverbindung von Berlin über Danzig, Königsberg, Insterburg und Eydtkuhnen bis an die Grenze des Reiches. Mit Parallel- und Abkürzungsstrecken hatte die Ostbahn schließlich eine Länge von 2208 Kilometern.

Das Streckennetz erfuhr eine erhebliche Erweiterung, weil der Staat begonnen hatte, notleidende private Bahnen zu kaufen und zu verstaatlichen, nicht nur in Preußen, sondern auch in angrenzenden Ländern. So wurde die Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft mit ihrer Verbindung zwischen Stettin und Posen 1851 der Königlichen Direktion der Ostbahnen in Bromberg unterstellt und schließlich verstaatlicht. 1852 kaufte der preußische Staat die Niederschlesische-Märkische Eisenbahn. Das war erst der Anfang. Am Ende des Ersten Weltkriegs umfasste das Streckennetz der Preußischen Staatsbahn 37 500 Kilometer. Die Geschichte der Preußischen Staatsbahn endete am 1. April 1920, als sich die verschiedenen Staatseisenbahnen zur Deutschen Reichsbahn zusammenschlossen. *Klaus J. Groth*

Durch fünf Jahrhunderte und über vier Erdteile

Die Nationale Sonderausstellung des Deutschen Historischen Museums zum Reformationsjubiläum lädt zu einer Weltzeitreise ein

Zum Reformationsjubiläum gibt es gleich drei Nationale Sonderausstellungen: je eine an den authentischen Orten auf der Wartburg in Eisenach und in der Lutherstadt Wittenberg sowie in der Bundeshauptstadt. Den Anfang macht die umfangreiche Schau des Deutschen Historischen Museums im Martin-Gropius-Bau. Sie lädt zu einer Weltzeitreise durch fünf Jahrhunderte und über vier Kontinente ein. Auf Marketing und Events mag aber auch sie nicht ganz verzichten.



Lässt manchen Ausstellungsbesucher ratlos zurück: Hans Peter Kuhns Installation „Übergang"

Zu beklagen ist das Missverhältnis zwischen den zum 500. Lutherjubiläum publizierten Fernsehserien, Predigten-Kalendern, Malbüchern und sogenannten Songbooks auf der einen Seite sowie den wenigen Versuchen, den reformatorischen Ereignissen historiografisch und allgemeinverständlich auf den Grund zu gehen, auf der anderen. Sind durch die Flut populärer Veröffentlichungen wirklich neue Erkenntnisse zu erwarten? Ausstellungen wie diese mit ihren rund 500 Exponaten bleiben oft besser in Erinnerung als seitenreiche Jubiläumsbücher.

Um was geht es bei dieser Ausstellung? Mit der Beschreibung der Rolle Martin Luthers und seines Wittenberger Thesenanschlags 1517 ist es nicht getan. Da gibt es nicht wirklich Neues. Aber sein Protestantismus ging von Deutschland und Europa in die Welt hinaus. Er darf mit seiner globalen Wirkungsgeschichte nicht allein aus unserer heutigen Perspektive betrachtet werden. Das Deutsche Historische Museum versucht eine globale religionsgeschichtliche Spurensuche. Wie wurde die evangelische Konfession von den unterschiedlichen, teils sehr fernen Kulturen aufgenommen und angepasst? Die Berliner Ausstellungsmacher haben die Darstellung der europäischen Reformationen auf die Darstellung von vier anfangs zufällig wirkenden Fallstudien erweitert und sich gleichzeitig eingeschränkt: Schweden, USA, Südkorea und Tansania. Wer, wenn nicht das Deutsche Historische Museum, könnte diesen Ausstellungsauftrag bewältigen: die Reformation in den internationalen Rahmen stellen, den Blick über den nationalen Tellerrand der evangelischen Kirchenorganisation hinaus richten. Es stellt sich die Frage, wie die Kuratoren um Anne-Katrin Ziesak die Aufgabe gelöst haben.

Geholfen hat der Ausstellungsort: Das unter Wilhelm I. 1877 bis 1881 von Martin Gropius in italienischer Renaissance der Schinkel-Schule gebaute ehemalige Kunstgewerbemuseum strahlt Selbstbewusstsein und Modernität des eben gegründeten Deutschen Reiches aus. Heute untersteht es der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und wurde im Erdgeschoss für diese Ausstellung reserviert. Der hohe Lichthof wird von zweigeschossigen Arkaden umschlossen, die jeweils mit den gleichfalls umschließenden Ausstellungsräumen verbunden sind. Der Ausstellungsbesucher wird nicht mit einem Rundgang bevormundet. Er entscheidet selbst, was er sehen will, was er noch nicht sehen will.

So ist es völlig plausibel, im Arkadenrechteck die seit dem 16. Jahrhundert eingeschlagenen Wege der europäischen Reformationen mit ihren konkurrierenden Glaubensrichtungen darzustellen. Jan Hus, John Wycliff, Huldrych Zwingli, Johannes Calvin, Reformierte, Täufer, Anglikaner, selbst die Katholiken waren beteiligt. Nur ein Reformationsweg geht auf Luther zurück. Die Vielzahl der Wahrheitsansprüche führte auch zu dogmatischen Konfessionen, blutigen Glaubenskonflikten und bösartigen Religionskriegen. Zeitzeugnisse, Gemälde, liturgische Geräte und Drucke aus dem 17. Jahrhundert illustrieren den Arkadenrundgang. Einem italienischen Kreuzgang ähnlich bietet er viel Luft und sehenswerte Ausblicke, ist nicht mit Exponaten vollgestopft und geht sparsam mit grafischen und typografischen Effekten um. Die Ausstellungsstücke sind oft gemalte Utopien, Wunschdenken von Religionsführern.

Allerdings: Die 600 Quadratmeter in Anspruch nehmende künstlerische Licht- und Klanginstallation von Hans Peter Kuhn im Lichthof lässt manchen Ausstellungsbesucher ratlos zurück: Ein gewundener Gang aus Stäben symbolisiert die Spaltung der Kirchenlehre durch die Reformationen. Besucher durchschreiten sie eher ungern.

Die vom Arkadenrechteck abzweigenden Ausstellungsräume im Westflügel zeigen zuerst einmal die USA mit ihren einwanderungsbedingt unüberschaubar vielen Religionsgemeinschaften. Sie führten auch zu sozialen Reformbewegungen, Konfessionsneugründungen und Schwarzen Kirchen. Viele werden hierzulande als Sekten bezeichnet. Quäker, Presbyterianer, Puritaner, Anglikaner, Mennoniten und andere sowie aus dem deutschen Sprachraum Herrnhuter, Lutheraner, Reformierte sowie Katholiken und Juden illustrieren die unglaubliche Konfessionsvielfalt, die durch zahlreiche vor allem gedruckte Exponate und sogar Musik dokumentiert wird. Auch theologisch waren und sind die USA das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, für viele war es das gelobte Land voller religiöser Toleranz und Gewissensfreiheit. Eine Staatsreligion wäre in den USA undenkbar.

Korea, genauer Südkorea, wurde erst um 1900 missioniert und ist heute das einzige ostasiatische Land mit einem großen protestantischen Bevölkerungsanteil. Japanische Besatzungszeit, Teilung und Koreakrieg haben die Christen zusammengeschweißt. Riesige Sakralgebäude in Südkorea zeigen: „Wir gehören zur westlichen Welt." Im Industriestaat Südkorea boomt nicht nur die Wirtschaft, sondern auch der Protestantismus – immer noch. Anrührend sind die 30 Bilder des Zyklus „Das Leben Jesu Christi", die, religiös verträumt, das biblische Geschehen koreanisch darstellen.

Im Ostflügel des Martin-Gropius-Baus werden Schweden und Tansania präsentiert. Das Schwedische Reich löste sich bereits 1527 vom Katholizismus und legte alsbald das lutherische Bekenntnis als Staatsreligion fest. Es entwickelte sich eine ganz eigene glaubensstrenge lutherische Kirche, die für alle Schichten der Bevölkerung verbindlich war. Politik und Kirche waren eng aneinander gekettet, verpflichteten die schwedischen Könige sogar, für das Luthertum beispielsweise in den Dreißigjährigen Krieg zu ziehen. Der gezeigte königliche Uniformrock mit Blutflecken von 1627 stilisiert den König zum Märtyrer für Gott und Schweden.

Tansania schließlich ist die größte lutherische Kirche Afrikas. Das Land geht auf Tanganjika und die 1891 gegründete ehemalige Kolonie Deutsch-Ostafrika zurück. Deutsche Missionare übersetzten die Bibel, bauten Kirchen und Krankenstationen. Heute ist das Leben der sechs Millionen Lutheraner selbstbewusst und sozial. Mit dem Staat zusammen beteiligen sich die frei finanzierten evangelischen Glaubensgemeinschaften am Aufbau Tansanias.

Spätestens jetzt wird dem interessierten Besucher klar, wie es zur Auswahl der vier Fallstudien kam. Die wichtigsten politischen und kulturellen Querschnittthemen kommen inhaltlich in den vier Länderabteilungen vor: Kolonialismus, Migration, Ökonomie, Mission, Bildung, Sprache, Musik, Kunstgewerbe und Sakralbaukunst sind in Beziehung zur Religion gesetzt. Mehr wäre zu viel geworden. Nicht alles kann diese Ausstellung leisten. Die Geschichte der Reformationen bleibt auch nach 500 Jahren schwierig. Sie hat auch zu tun mit Unversöhnlichkeit, Abgrenzung, Trennung und Gewalt sowie tiefen Gräben zwischen den Konfessionen. Leid und Trennung wurden auch in die Welt exportiert. Sicher, in der Gegenwart sind globale Konflikte zwischen Katholiken und Protestanten nicht zu erkennen. Aber religiöse Konflikte sind ja – wie beispielsweise im Nahen Osten – nicht verschwunden. Aber das ist ein anderes Thema.

Jubel über 500 Jahre Kirchentrennung innerhalb des Christentums? 1,2 Milliarden Katholiken stehen 800 Millionen Protestanten gegenüber, die unendlich vielen Glaubensgemeinschaften zuzuordnen sind. Es begann in Deutschland und Europa und verbreitete sich durch Auswanderung, Kolonialismus und Mission über die Kontinente. Leitlinie war die Lossagung von Rom. Christliche Religionen haben Kriege gegeneinander geführt und wagen auch heute nur zögernd Gemeinsamkeiten. Versöhnung kann diese Ausstellung wohl nicht bewirken, vielleicht aber Erinnerung an die Geschichte und deswegen ein klein wenig Hoffnung auf Kompromisse und lebensnahe Zuversicht.

Jenseits der inflationären Lutherjubiläumsereignisse bietet diese erste Nationale Sonderausstellung des Deutschen Historischen Museums im Berliner Martin-Gropius-Bau vielfältige, nicht nur kirchenhistorische, sondern weitgespannte kulturgeschichtliche Erklärungen und Erkenntnisse. Bleibt zu hoffen, dass auch die noch folgenden zwei Nationalen Sonderausstellungen „Luther und die Deutschen" in Eisenach ab dem 4. Mai und „Luther! 95 Schätze – 95 Menschen" in Wittenberg ab dem 13. Mai diesem Anspruch gerecht werden.

Was ist das Besondere an dieser Berliner Ausstellung? Sie schaut nicht verengt auf den deutschen Luther, sondern nach draußen, auf die Reformationen, die in bisher wenig betrachtete globalen Zusammenhänge gestellt werden. Eine spannende Ausstellung, die auf Vor-Ort-Forschung in vielen Ländern beruht und mannigfaltige weiterführende Anknüpfungspunkte bietet. Sie erzählt unterschiedlichste Geschichten um Protestantismus wie Macht und zielt auf Menschen, die etwas wissen wollen, nicht auf jene, die sowieso alles wissen und noch mehr wissen wollen. Das vielfältige Begleitprogramm mit Vorträgen, Filmen, Podiumsdiskussionen, sogenannten Workshops und Themenführungen sowie der exzellente 450-Seiten-Katalog ergänzen die großartige Schau. Wir lernen: Protestantismus ist kompliziert.

Ingo Sommer

Die Ausstellung „Der Luthereffekt. 500 Jahre Protestantismus in der Welt" im Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin, kann bis zum 5. November mittwochs bis montags zwischen 10 und 19 Uhr besucht werden.

Neben dem europäischen Schweden, dem asiatischen Südkorea und dem afrikanischen Tansania bilden die Vereinigten Staaten einen geografischen Schwerpunkt der Ausstellung: Klappbare Feldkanzel, die vom 1714 im englischen Gloucester geborenen Mitbegründer des Methodismus George Whitefield in Amerika für Predigten unter freiem Himmel genutzt wurde



Über die Arkaden mit den umschließenden Ausstellungsräumen verbunden: Der Lichthof des Martin-Gropius-Baus

Bilder (3): Ingo Sommer

Der Moment der Woche


Foto: Colourbox

Sonnenbestrahlt und mit schmucker Hochglanzfassade präsentiert sich London dem Beobachter. Zu Recht, denn der Brexit hat Stadt und Land nicht geschadet. Im Gegenteil: Die Wirtschaft wächst fast doppelt so stark wie im Euroraum. Die Inflation geht zurück, die Arbeitslosigkeit sinkt. Zwar fielen nach der Entscheidung, die EU zu verlassen, die Preise für Wohnungen des oberen Segmentes in London um zehn Prozent, aber im überhitzen Immobilienmarkt der Stadt sei dies eine überfällige Korrektur gewesen, erklärt der deutsche Ökonom Daniel Stelter. Im Manager Magazin rechnet er mit den Kollegen aus der Branche und ihren düsteren Vorhersagen ab: „Alle namhaften Auguren vom IWF bis zur Bank of England haben vor dramatischen Folgen gewarnt, sollten die Brexit-Befürworter bei der Volksabstimmung Erfolg haben. Der Immobilienmarkt würde kollabieren, der Konsum einbrechen und die Wirtschaft abstürzen. Nichts davon ist geschehen.“ *FH*

Haft auf Verdacht

Sechs beispielhafte Gesetze, Regelungen und Maßnahmen, mit denen von Angela Merkel geführte Kabinette die Freiheit der Bürger immer weiter einschränken.

1 Während der normale Bürger an einem Wochenende in einem größeren deutschen Landkreis aufgrund der Stellenstreichungen im Polizeiapparat von Glück reden kann, wenn nach einem Notruf überhaupt irgendwann ein Streifenwagen eintrifft, ist der Personalbestand des BKA um rund 1000 Stellen auf mittlerweile 5500 Mitarbeiter aufgestockt worden. Ebenso wurden die Geheimdienste massiv aufgerüstet. So verfügt das Bundesamt für Verfassungsschutz heute allein nach den offiziellen Angaben mit einem Haushalt von über 260 Millionen Euro über doppelt so viele Finanzmittel wie zu Beginn der Ära Merkel.

2 Auch die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden wurden ausgeweitet. Ein Beispiel: War das Anzapfen von Telefonen vormals nur beim Verdacht auf schwere Straftaten, wie etwa Hoch- und Landesverrat, erlaubt, so hat sich dies geändert. Seit 2007 darf sich der Verfassungsschutz bereits zuschalten, wenn ein Bürger im Verdacht steht „zu Hass (...) gegen Teile der Bevölkerung aufzustacheln oder deren Menschenwürde durch Beschimpfen, böswilliges Verächtlichmachen oder Verleumden anzugreifen“ und er hierdurch gar „den öffentlichen Frieden“ stört. Wie schnell der Staat diese Voraussetzungen für erfüllt hält, sollte nach den hysterisch anmutenden Statements etwa von Heiko Maas zur vermeintlichen „Hetze im Internet“ deutlich geworden sein.

3 Die Angst vor den Bürgern drückt sich jedoch nicht nur in deren zunehmender Bespitzelung aus. Auch das Waffenrecht wurde seit 2005 mehrfach verschärft. Während es für einen interessierten Käufer relativ einfach ist, im Rotlichtmilieu irgendeiner deutschen Großstadt selbst automatische Schusswaffen bis hin zur Panzerfaust zu erstehen, wird es rechtstreuen Sportschützen und Jägern immer weiter erschwert, in den Besitz einer Waffe zu gelangen.

4 Verschärft wurde auch das Strafrecht. Die dortigen Änderungen zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie von dem bewährten Grundsatz abweichen, eine Tat nur dann zu verfolgen, wenn der vom Täter angestrebte Taterfolg herbeigeführt oder wenn die Tat zumindest ernsthaft versucht wurde. Mit den 2009 neu geschaffenen Terrorismusstraftaten wird die Strafbarkeit bereits weit in das Vorfeld verlagert. Trägt man sich beispielsweise mit dem Gedanken, der Bundeskanzlerin eine Paketbombe zu schicken, so ist es danach heute für eine Verurteilung ausreichend, wenn man im Internet den Suchbegriff „Bombenbauanleitung“ eingibt und auf die Enter-Taste drückt. Klar beschritten scheint der Weg in ein Gesinnungsstrafrecht.

5 In Richtung Gesinnungsstrafrecht gehen auch die Neufassungen des „Volksverhetzungsparagrafen“. Die immer weitergehendere Einschränkung, was die Bundesregierung für sag- und schreibbar erachtet, hat schließlich auch ihren Niederschlag in der Kriminalitätsstatistik gefunden. Allein im Jahr 2015 gingen deutsche Staatsanwälte in über 5700 Fällen gegen Bürger wegen sogenannter „Volksverhetzung“ vor. Im Vergleich zu 2014 eine Steigerung von über 130 Prozent.

6 Am 5. April brachte die Regierung Merkel einen Gesetzesentwurf auf den Weg, um sogenannte „Hasskriminalität“ in sozialen Netzwerken zu unterbinden. Ein Begriff, den das deutsche Recht bislang überhaupt nicht kannte. Firmen wie Facebook werden unter Androhung eines achtstelligen Bußgeldes in die Rolle eines Hilfspolizisten gezwungen. Sie sollen zukünftig darüber entscheiden, ob Beiträge auf ihren Netzplattformen strafrechtlich relevant sind oder nicht. Da Internetunternehmen aus kommerziellen Interesse heraus handeln und nicht unbedingt ins Fadenkreuz der Ordnungsbehörden gelangen wollen, steht zu befürchten, dass gepostete Artikel und Kommentare fortan bereits beim kleinsten Verdacht auf beleidigende Inhalte gelöscht und mehrfach auffällige Nutzer gleich ganz gesperrt werden.

Verdächtigt, verfolgt, verhaftet

Freie Bürger in einem freien Land? Klar, nur brav und merkeltreu müssen sie sein

Ein geschmackloser Post bei Facebook, ein politisch nicht korrekter Tweet oder ein erregter Leserbrief bei der hiesigen Lokalzeitung und schon kann die Privatsphäre für den unüberlegten Schreiber der Vergangenheit angehören. Nur ein Beispiel für unzählige Gesetze und Maßnahmen, mit denen die Freiheit der Bürger immer weiter eingeschränkt wird – ein alarmierender Überblick.

Erinnert sich noch jemand an Pussy Riot? Selbst für eine Punk-Band machten die zehn russischen Feministinnen ziemlich schlechte Musik. Dafür brachten sie mit ihren provozierenden Spontanauftritten an öffentlichen Orten die Staatsmacht gegen sich auf. Das „Punk-Gebet“ in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale am 21. Februar 2012 führte zur Verhaftung dreier Pussy-Riot-Musikerinnen. Wegen „Rowdytums“ wurden sie zu jeweils zwei Jahren Haft verurteilt.

Deutschlands Bundeskanzlerin hob daraufhin mahnend den Zeigefinger: „Ich bin der Meinung, man muss nicht so viel Angst haben, wenn Menschen eine andere Meinung haben“, merkelte es bei Regierungsgesprächen in Moskau Ende des Jahres 2012. Der eindeutige Wink in Richtung des gastgebenden russischen Präsidenten Wladimir Putin war kein Einzelfall. Angela Merkel lässt kaum eine Gelegenheit aus, im In- und Ausland die hohe Bedeutung der Menschenrechte zu beschwören.

Doch wie ist es im zwölften Jahr ihrer Kanzlerschaft eigentlich um die Grundrechte in Deutschland bestellt? Es lohnt, der Frage nachzugehen. Denn die Antwort zeigt das hohe Maß an Doppelmoral und Scheinheiligkeit, mit dem die Kanzlerin ihre Bürger regiert.

„Keine Freiheit den Feinden der Freiheit“, gab ihr Justizminister Heiko Maas 2015 in einem Gastbeitrag beim „Spiegel“ zum Besten. Ursprünglich stammt dieses Zitat von Louis Antoine de Saint-Just, einem Jakobiner und engem Freund Robbespieres. Beide wurden 1794 wegen der während der Französischen Revolution von ihnen errichteten Tyrannei hingerichtet. Ob sich Maas mit seinem Rekurs auf Saint-Just bewusst in die Traditionslinie des jakobinischen Staatsterrorismus stellen wollte, wird vorerst sein Geheimnis bleiben. Bezeichnend ist die historische Anleihe allemal.



Terrorist oder unbescholtener Bürger im Visier der Staatsmacht? Der Unterschied wird immer mehr verwischt Bild: Mauritius

Besorgniserregend ist etwa der seit längerem anhaltende Trend in der Rechtsanwendung, die klassischen liberalen Freiheitsrechte des Grundgesetzes umzudeuten. Verstand man früher unter dem Schutz von Grundrechten, dass der Staat beispielsweise einen Unternehmer nicht ohne Weiteres enteignen oder anderweitig unbegründet in dessen Handlungs- und Gewerbefreiheit eingreifen darf, so wird der Schutz von Grundrechten heute ganz anders interpretiert. Diese Rechte kann nicht mehr der Bürger gegen den Staat vor einem Gericht, sondern – umgekehrt – der Staat gegen den Bürger durchdrücken zum Beispiel, wenn ein Betrieb dazu gezwungen wird, nicht mehr einem dem Inhaber passend erscheinenden Mitarbeiter einzustellen, sondern eine Person, die aufgrund von Merkmalen der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der sexuellen Orientierung oder ähnlichem nach einer regierungsamtlichen Quotenregelung gerade an der Reihe ist.

Das bedeutendste Machwerk der Regierung Merkel auf dem Weg zur Aushöhlung von Freiheitsrechten ist sicherlich das im August 2006 auf den Weg gebrachte Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Im allgemeinen Rechts- und Wirtschaftsverkehr ist es den Anbietern von Dienstleistungen und Gütern praktisch unmöglich gemacht worden, diese bestimmten Personengruppen zu verweigern. In die Pflicht genommen werden aber auch Privatleute, die zum Beispiel nur die kleine Einliegerwohnung in ihrem Dachgeschoss vermieten wollen. Es ist demnach nicht mehr ohne Weiteres möglich, sich bevorzugt den Angehörigen eines bestimmten Geschlechts oder eines bestimmten Kulturkreises als Hausgenossen auszusuchen.

Losgelöst von diesen allgemeinen und bereits seit Längerem anhaltenden Entwicklungen zur Entkernung von Freiheitsrechten durch Rechtsetzung und Rechtsprechung, hat es in den vergangenen zwölf Jahren etliche konkrete weitere Gesetzesvorhaben gegeben, für die von Angela Merkel geführte Kabinette ganz unmittelbar verantwortlich zeichnen (siehe Infokasten oben rechts). Weitere sind in Planung: Nach dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im vergangenen Dezember ließen sich Justizminister Maas und Innenminister de Maizière beispielsweise die Gelegenheit nicht entgehen, ein Gesetz gegen sogenannte „Gefährder“ anzukündigen. Eine entsprechende Kabinettsvorlage wurde bereits beim Bundestag eingebracht. Freiheitseinschränkende Maßnahmen gegen unliebsame Personen werden damit wohl zukünftig dann schon möglich sein, wenn der bloße Verdacht auf eine Straftat in der Zukunft besteht. Das Tor zur Etablierung eines Feindstrafrechtes, welches nicht allein auf begangene Taten, sondern vor allem auf gefährliche Gesinnungen abstellt, ist damit – 72 Jahre nach Ende des Nationalsozialismus in Deutschland – wieder aufgestoßen worden. Auch hier muss die Terrorabwehr als Begründung herhalten.

Doch ginge es der Regierung wirklich darum, dem islamistischen Terror in Deutschland Einhalt zu gebieten, so wäre es ein Leichtes, diese Gefahr allein durch entsprechende ausländerrechtliche Maßnahmen weitestgehend zu minimieren. Stattdessen drängt sich eher der Eindruck auf, dass sich das politische Establishment auf ganz andere „Bedrohungsszenarien“ vorbereitet, die eben nicht von ausländischen Terroristen ins Land getragen werden, sondern eher von der einheimischen Bevölkerung für die Regierenden ausgehen (siehe Infokasten unten). Hierfür spricht vor allem das breite Anwendungsspektrum der unter der Ägide Merkel auf den Weg gebrachten Gesetzeswerke zur inneren Sicherheit. Auch wenn hiervon zugegebenermaßen bislang noch kein umfassender Gebrauch gemacht wurde, das Folterbesteck hat die Kanzlerin jedenfalls bereits auf den Kabinettstisch legen lassen. Dem unbefangenen Beobachter drängt sich daher der Verdacht auf, dass Angela Merkel vielleicht doch etwas Angst hat, wenn Menschen eine andere Meinung haben.

Dirk Pelster

Die Bundeswehr übt für den Bürgerkrieg

Mit dem Luftsicherheitsgesetz wollte sich die Regierung unter Gerhard Schröder den Abschuss entführter Passagiermaschinen legitimieren lassen. Es scheiterte allerdings 2006 vor dem Bundesverfassungsgericht. Die im Anschluss vom Kabinett Merkel unternommenen Versuche, das Gesetz zu retten, führten dazu, dass ein militärischer Einsatz der Bundeswehr im Inland durchaus möglich ist.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen lässt seitdem kaum eine Gelegenheit aus, derlei Szenario öffentlichkeitswirksam ins Spiel zu bringen. Welche Aufgaben die Bundeswehr im Falle eines Terrorangriffes konkret wahrnehmen soll, lässt sie dabei wohlweißlich offen. Stattdessen legen diese politischen Vorstöße den Verdacht nahe, dass man sich auf der Hardthöhe und im Bendlerblock eher auf einen kommenden Bürgerkrieg mit Teilen der eigenen Bevölkerung einstellt als auf Anschläge von fanatisierten Einzeltätern oder terroristischen Kleingruppen.

Die rege Befassung mit dem Thema Counterinsurgency (Aufstandsbekämpfung) innerhalb der Bundeswehr und bundesdeutscher Thinktanks, wie etwa der von der Bundesregierung subventionierten Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), legen hiervon Zeugnis ab.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 17 – 28. April 2017

Was erwartet die Ostpreußen in Neuss?

Sonnabend, 13. Mai: Glockenklang, Fahnenstaffel, Musik und ein reichhaltiges kulturelles Programm

In diesem Jahr veranstaltet die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) anstelle der bisherigen Deutschlandtreffen erstmals ein großes Ostpreußentreffen in Neuss. In zwei Wochen ist es endlich soweit: Am Sonntag, dem 13. Mai, öffnet die Stadthalle Neuss ihre Tore für das große Jahrestreffen der LO.

Bei diesem Treffen handelt es sich um eine eintägige Veranstaltung. Eine Zusammenkunft der Heimatkreise ist nicht geplant. Daher ist auch keine Reservierung von Plätzen für die Kreisgemeinschaften in der Stadthalle vorgesehen. Einzelne Kreisgemeinschaften, Landesgruppen und Einrichtungen werden ihre Arbeit an einem Ausstellerstand im Foyer präsentieren. Im Eingangsbereich können sich die Festteilnehmer beköstigen lassen oder sich die dort präsentierten Kulturausstellungen anschauen. Auf gewerbliche Aussteller wie Reiseveranstalter, Buchhändler oder Bernsteinverkäufer musste diesmal allerdings wegen der begrenzten Platzkapazitäten verzichtet werden.

Der große Saal der Stadthalle Neuss bietet bei einer Bankettbestuhlung Platz für maximal 900 Personen. Um eine Überfüllung der Veranstaltung zu vermeiden und die gastronomische Versorgung der Teilnehmer planen zu können, können auch keine Karten mehr an der Tageskasse erworben werden. Der Kartenverkauf ist abgeschlossen und die Veranstaltung ausverkauft. Wenn auch in kleinerem Rahmen, erwartet die Teilnehmer doch auch bei diesem Treffen ein reichhaltiges Programm: Das Jahrestreffen beginnt am Sonnabendmorgen mit einer Kranzniederlegung am nur wenige Meter von der Stadthalle entfernten Gedenkstein „Vergesst den deutschen Osten nicht".

Anschließend folgt in der Stadthalle die Festveranstaltung mit Fahneneinmarsch und mit der Ansprache des Sprechers Stephan Grigat. Nach der Mittagspause mit kostenfreier Gulaschsuppe wird es ein kurzweiliges Kulturprogramm mit dem Sänger BernStein, dem Schauspieler Herbert Tennigkeit, der Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein und der DJO-Spielschar „Klingende Windrose" geben.

Die Festveranstaltung der Ostpreußen wird musikalisch vom Musikverein Holzheim umrahmt (siehe nebenstehendes Programm).

So wird am Ende des Tages sicher so mancher wieder wehmütig sagen: „Bis zum nächsten Mal".

PAZ/LO

Informationen bei: Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Sebastian Husen, Telefon (040) 414008-23, husen@ostpreussen.de.

Programm
Sonnabend, 13. Mai 2017

09.00 Uhr Kranzniederlegung am Gedenkstein
„Vergesst den Deutschen Osten nicht!"
Platz der Deutschen Einheit, Oberstraße 33

Öffnung der Halle
Stände der Kreisgemeinschaften und Kulturausstellungen im Foyer

10.00 Uhr Musikalisches Vorprogramm
Musikverein Holzheim 1956 e.V.

10.30 Uhr Festveranstaltung
Glockengeläut des Königsberger Doms
Einmarsch der Fahnenstaffel
Geistliches Wort: Domherr André Schmeier
Totenehrung: Dr. Wolfgang Thüne, Bundesvorstand
Grußworte
Ansprache: Stephan Grigat, Sprecher
Ostpreußenlied, Deutschlandlied (3. Strophe)

Musikalische Umrahmung
Musikverein Holzheim e.V.,
Leitung: Franz-Josef Backes

12.00 Uhr Mittagspause
Kostenfreie Gulaschsuppe im Foyer

13.30 Uhr Kulturprogramm
Moderation: BernStein

Tanzgruppe Saga aus Bartenstein: Ostpreußische Volkstänze

Lesung Herbert Tennigkeit: Woher kommen die Marjellchens

Tanzgruppe Saga aus Bartenstein: Ostpreußische Volkstänze

DJO Sing- und Spielschar Klingende Windrose: Volkstänze und Lieder von Ostpreußen bis Nordrhein-Westfalen

Konzert BernStein: Reise nach Ostpreußen

17.00 Uhr Ende der Veranstaltung



Wird in Neuss alle Ostpreußen willkommen heißen: LO-Sprecher Stephan Grigat

Foto: tws

Spende für die Bruderhilfe

Die Not der bedürftigen deutschen Landsleute in Ostpreußen geht uns alle an – helfen Sie jetzt!

Liebe Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*,
Liebe Landsleute und Freunde Ostpreußens,

in einer Zeit, in der die Flüchtlingsströme aus Nordafrika und dem Nahen Osten die Berichterstattung unserer Medien beherrschen und sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr öffnet, besinnt sich die ostpreußische Bruderhilfe auf eine ganz wesentliche Aufgabe: die Hilfe am Mitmenschen. Auch im achten Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es zwischen Weichsel und Memel noch immer viele hilfsbedürftige deutsche Landsleute, denen es am Notwendigsten mangelt. Das heute dreigeteilte Ostpreußen ist von hoher Arbeitslosigkeit und Altersarmut geprägt und die medizinische Versorgung für viele Menschen kaum noch erschwinglich. Vielfach fehlt es an grundlegenden Dingen wie Heizmaterial, Medikamenten und Kleidung.

Für uns Ostpreußen ist es wichtig, direkt dort anzusetzen, wo die Not offensichtlich ist. Dieser Aufgabe stellen wir uns mit der Bruderhilfe Jahr für Jahr – mit Hilfe Ihrer Spenden. Aus diesem Grund wende ich mich auch heute wieder mit der Bitte an Sie, unser humanitäres Hilfswerk zu unterstützen.

Die Bruderhilfe der Landsmannschaft Ostpreußen blickt inzwischen auf eine lange und erfolgreiche Arbeit zurück: Bereits 1951 wurden die ersten Päckcken und Pakete in das südliche Ostpreußen versandt. Heute bewegen sich dort die Renten in Zeiten stark ansteigender Preise nahezu unverändert auf einem sehr niedrigen Niveau, vielfach unterhalb des Existenzminimums. Immer wieder gehen daher Hilferufe von in Not geratenen Landsleuten bei uns ein. Viel dramatischer ist die Lage der russlanddeutschen Bevölkerung im Königsberger Gebiet, der es oft an einfachsten Dingen fehlt, die für uns selbstverständlich sind. Aufgrund mangelnder Perspektiven sind schon viele Russlanddeutsche in die Bundesrepublik Deutschland ausgewandert. Unter besonderer Obhut der Landsmannschaft Ostpreußen stehen die „Wolfskinder", die am Ende des Zweiten Weltkrieges von ihren Familien getrennt worden sind. Viele von ihnen wurden von Litauern aufgenommen; etliche verloren ihre deutsche Identität. Erst 1990 konnten sie sich im Verein „Edelweiß-Wolfskinder" zusammenfinden. Materielle Hilfe und ideeller Beistand haben hier einen ganz besonderen Stellenwert.

Unser Ziel ist es, allen diesen in der Heimat lebenden Landsleuten eine Perspektive zu geben. Deshalb ist jeder Einzelne von uns gefragt, durch die Betreuung vor Ort oder durch seine Spenden einen Beitrag zur Linderung der Not zu leisten. Wir freuen uns über kleine und große Zuwendungen. Jeder Euro hilft und ist eine Brücke der Menschlichkeit zu unseren armen deutschen Landsleuten in der Heimat.

Bitte unterstützen Sie die Fortsetzung unserer humanitären und friedensstiftenden Arbeit und helfen Sie mit, bedürftigen Ostpreußen mit einer Spende zu mehr Lebensqualität zu verhelfen. Geben Sie ihnen das Gefühl, dass wir sie nicht vergessen haben. Die Heimatkreisgemeinschaften der Landsmannschaft Ostpreußen und ihre ehrenamtlichen Helfer gewährleisten, dass jede Spende direkt und ohne bürokratischen Aufwand bei den Arbeitslosen, den Alten, Kranken und Behinderten, den Notleidenden und den kinderreichen Familien ankommt. Deutsche helfen Deutschen, Ostpreußen unterstützen heimatverbliebene Ostpreußen.

Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Wir geben Ostpreußen Zukunft!



Stephan Grigat
Rechtsanwalt und Notar
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen

Wenn Sie helfen möchten, überweisen Sie Ihre Zuwendung auf das Konto der Landsmannschaft Ostpreußen bei der HSH Nordbank-Bruderhilfe e.V., IBAN: DE 93 2105 0000 0600 5020 00, BIC: HSHNDEHH, Kontakt: Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e.V., Peter Wenzel, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel. (040) 414008–25; Fax: (040) 414008–19; wenzel@Ostpreussen.de



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

da hat sich wieder so allerhand an Familienpost angesammelt, und es sind nicht immer die großen Fragen, die unsere Leserinnen und Leser bewegen, sich an uns zu wenden. Manchmal genügen einige Zeilen in unserer Kolumne, um Erinnerungen zu wecken und uns diese mitzuteilen. So bei Frau **Eva Schulz** aus Bremerhaven, denn als sie den Vers in Folge 12 las, von dem ich meinte, dass er als Leitspruch über unserer Familie stehen könnte, fiel ihr sofort ein, dass dies die ersten Zeilen eines alten Liedes sind, das sie uns dann auch sofort übermittelte. In voller Länge – und immerhin weist der von Karl August Förster geschriebene Liedtext sieben Strophen auf. Deshalb kann ich ihn nicht in unserer Kolumne bringen, nur den ersten sechszeiligen Vers aus Folge 12 ergänzen: „In der Abendröte Strahlen, die dir deinen Himmel malen, lächelt dir ein neues Glück.“ Na, und wenn man schon mal an die Ostpreußische Familie schreibt, dann berichtet man auch etwas mehr über das, was einen in der Erinnerung bewegt und nicht loslässt. Für die heute 83-jährige Eva Schulz sind es die Ereignisse, die sie als Kind auf der Flucht aus ihrer Heimatstadt Königsberg erleben musste. Ihr Vater **Friedrich Reh** war bei der Schichau Werft beschäftigt. Auf der Flucht über See erlebten sie, wie von ihrem Schiff aus Überlebende der „Wilhelm Gustloff“ geborgen wurden. „Das Geschehen ist noch heute eine belastende Erinnerung“, schreibt Frau Schulz. Vielleicht tut es gut, wenn man sich das von der Seele schreibt, auch nur mit wenigen Worten.

Auch für unseren Mithelfer **Bernd Brandes** aus Hann.-Münden war unsere Kolumne mal wieder erinnerungsträchtig. „Eigentlich bin ich ziemlich standfest, aber der Bericht über das Remonteamt Neuhof-Ragnit in Folge 14 hat mich ins Wanken gebracht,“ schreibt Herr Brandes und erklärt auch gleich warum: „Und zwar deshalb, weil ich viele Jahre bis zu seinem Ableben mit dem Remonteamts-Inspektor **Joachim Goldmann** intensiv befreundet war. Er war ein Schöngeist, sehr gebildet, ein feiner nobler Herr, der mir und unseren damals kleinen Kindern sehr schöne Pferdebücher schenkte. Goldmann diente beim Preußischen Reiterregiment 4 in Potsdam, seine praktische landwirtschaftliche Ausbildung absolvierte er auf Bismarckschen Gütern in Pommern, um dann über die Höhere Landbauschule als Remonte-Amtsinspektor nach Neuhof-Ragnit versetzt zu werden. Wir fuhren sehr viel zu Veranstaltungen wie Hengstparaden oder besuchten ostpreußische Züchter, um uns über deren Material zu orientieren.“ Herr Brandes hatte auch nach dem Krieg die Verbindung zu Inspektor Goldmann nicht abreißen lassen, der mit seiner Frau in einem der damals erbauten typischen Siedlungshäuser mit Stall und Garten wohnte.“ Herr Brandes wird also reichlich Gesprächsstoff haben, wenn er sich mit Herrn **Bretschat** aus Konstanz in Verbindung setzt, der uns – und vor allem Herrn **Manfred Höhne**, der ja das Thema „Remontezucht“ in die Familie eingebracht hatte – zu diesem Fragekomplex so wichtige Informationen übermitteln konnte.

Unsere heitere Ostergeschichte in Folge 15 über den alten ostpreußischen Brauch des Schmackosterns hat manchen trübgrauen Ostertag erhellt, und es gibt im Kreis unserer Leserschaft ähnliche Erinnerungen wie die der Schriftstellerin **Margarete Kudnig** an ihr ersten Osterfest, das sie in Ostpreußen erlebte. Aber weitere Berichte können wir jetzt nicht mehr bringen, Ostern ist vorbei, nur eine kleine Frage zu dieser Ostergeschichte steht noch im Raum, nämlich die nach dem letzten Lebensabschnitt von Margarete Kudnig. Die Daten ihres Mannes, des Lyrikers **Fritz Kudnig**, hatten wir genannt, aber nicht die der Verfasserin der Schmackostergeschichte. Hier sind sie: Margarete Kudnig, verstarb 91jährig - im gleichen Alter wie ihr Mann - am 5. Januar 1990 in ihrer Heimat Dithmarschen.



Baut sein Nest in der alten Heimat, der Adebar Bild: Pekrul

Es gibt Themen, die ziehen sich wie ein roter Faden durch unsere Kolumne, weil sie trotz einer oder mehrerer Veröffentlichungen noch immer offene Fragen beinhalten oder lediglich auf Teilerfolge hinweisen. Dazu gehört auch die in Königsberg stattfindende Gedenkfeier für den Wissenschaftler **Karl Ernst von Baer**, die für den 13. November in Königsberg terminiert ist. Veranstaltet von der gleichnamigen Stiftung und lange geplant, denn bereits im März 2015 berichteten wir über das Vorhaben der Stiftung, über das uns einer ihrer Gründer, Herr **Karl-Heinz Gast** aus Geilenkirchen, in Kenntnis setzte und um Unterstützung für die Gedenkfeier durch Berichte in unserer Kolumne bat. Es ging vor allem Spuren aus der Königsberger Zeit von Karl Heinz Baer, der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts an der Albertina tätig war und als einer der hervorragendsten Medizin- und Naturforscher seiner Zeit gilt. Zu dem dokumentarischen Material, das die Veranstalter für die Ausstellung benötigen, gehören Text-und Bildbelege über von Baer sowie über zwei weitere Wissenschaftler, die mit ihm zusammen wirkten, den Anatom **Karl-Friedrich Burdach** und den Zellforscher **Karl Bogislaus** Reichert. Für diese bedeutenden Mediziner soll ein „3-B-Denkmal in Königsberg errichtet werden – so jedenfalls das Vorhaben der Stiftung. Dieses Monument soll auf dem Gelände der ehemaligen Medizinischen Universitätsklinik in der Drummstraße entstehen, der einstigen Wirkungsstätte von Baers in Königsberg. Leider gab es keine Abbildung dieses Gebäudes, und deshalb reichten wir seinen Wunsch nach einer bildlichen Dokumentation an unsere Leserschaft weiter. Und siehe da: Wie wir vor einem Jahr berichten konnten, hatte sich ein Privatfoto eingefunden, auf dem ein Teil des Klinikgebäudes zu sehen ist. Es bildet den Hintergrund für eine Aufnahme, die ein blondbezopftes Mädchen mit einer großen Schultüte zeigt. Nie hätte es sich wohl die Abgebildete träumen lassen, dass ihr durch Krieg und Vertreibung gerettetes Einschulungsbild einmal dokumentarischen Wert bekommen würde, aber es war die einzige Abbildung des gesuchten Geländes, die wir aufgrund unserer Veröffentlichung erhielten. Frau **Renate Koch geb. Schlesinger** aus Landsberg beschrieb dazu eingehend auch das Umfeld, weil sie gegenüber dem Medizinischen Institut wohnte – Erinnerungen, die sich tief in das Gedächtnis der heute 80-jährigen Königsbergerin eingeprägt haben. Für die Stiftung sind Foto und Bericht von großer Wichtigkeit, wie er uns jetzt in einem kurzen Schreiben bestätigt, das auch Frau Koch gilt:

„Habe Ihnen und Frau Renate Koch viel zu verdanken. Das Foto vom Klinikum in Königsberg hat bei der Karl-Ernst von Baer-Stiftung für Aufsehen gesorgt. Auch an Frau Koch ein großes Dankeschön. Am 13. November fahre ich mit einigen Mitgliedern meiner Familie nach Königsberg, um an der Gedenkfeier teilzunehmen“. Aber vorher werden wir sicherlich noch einige genauere Angaben über den Stand der Dinge erhalten, denn der rote Faden ist noch längst nicht abgespult. (Karl-Heinz Gast, Maarstr. 29 in 52511 Geilenkirchen, Telefon: 02462/6670.)

Für Renate Koch sind ihre Kindheitserinnerungen noch abrufbar, obgleich die Königsbergerin ja nur ihr erstes Lebensjahrzehnt in der Heimatstadt verbrachte – für die zwei Jahre ältere Gumbinnerin **Christel Friedrich** sind sie es leider nicht. Und deshalb wendet sich eine Verwandte, Frau **Christel Dux** aus Berlin an uns, denn Frau Friedrich möchte so gerne Klarheit in einen Abschnitt ihrer Jugendzeit bringen, der für sie absolut im Dunkel liegt. Es ist schon denkbar, dass wir ihr dabei helfen können, denn es werden in dem Fragenkomplex, der uns von Frau Dux vorgelegt wird, vor allem die Kinder aus den Vertreibungsgebieten angesprochen, die ohne Eltern oder andere Verwandte in einem Berliner Heim Aufnahme fanden, als sie in den ersten Jahren nach Kriegsende aus dem Königsberger Gebiet ausgewiesen wurden. Frau Dux beschäftigt sich schon seit einigen Jahren mit der Ahnen- und Familienforschung und sucht jetzt gerade eine jüdische Familie, die aus Gumbinnen stammt – aber darum geht es nicht hier und heute, sondern um den Fall ihrer Verwandten Christel Friedrich *22.12.1933 in Gumbinnen. Die Waise war 13 Jahre alt, als sie mit einem Transport von elternlosen Kindern aus dem russisch okkupierten Gebiet nach Berlin kam. Sie soll dort in der Grabeallee 1-6 untergekommen sein. Über dieses Haus ist nichts bekannt – war es ein Heim für Waisenkinder oder auch für andere Vertriebene oder nur ein Durchgangsheim für Ausgewiesene, die lediglich eine kurze Zeit dort blieben, ehe sie in eine feste Unterkunft kamen? Das dürfte eine Erklärung dafür sein, dass sich Christel Friedrich nur zwischen dem 19.03. und dem 21.04 in dem Haus befand und dann anschließend nach Rüdersdorf kam. Da setzt ihre Erinnerung wieder ein, aber die Zeit in der Berliner Grabestraße liegt für sie völlig im Dunkel Die 13-Jährige dürfte damals auch kaum aufnahmefähig gewesen sein, denn wer das erste Nachkriegsjahr in Ostpreußen erlebt hat, ein Waisenkind hatte da die geringste Chance, einigermaßen erträglich zu überleben. Aber vielleicht andere Landsleute, die ebenfalls als Kind oder Jugendliche dort eingewiesen wurden, auch Vertriebene aus anderen Ostgebieten oder Berliner, die das Haus gekannt haben. Gab es damals auch noch andere Unterkünfte in Berlin für Waisenkinder aus Ostpreußen? Für Christel Friedrich ist jede Mitteilung wichtig, die ihr helfen könnte, ein wenig Klarheit in diese kurze Spanne ihres Lebens zu bringen, die für sie absolut im Dunkeln liegt. Frau Dux will gerne die Vermittlung übernehmen, deshalb sind alle Zuschriften und Anrufe an ihre Adresse zu richten: Christel Dux, Finkeldeweg 112 in 12557 Berlin, Telefon: 030/6515291, E-Mail: dorkas975@tonline.de.

Eure

Ruth Geede



Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.



Bild: Pawlik

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Unsere germanischen Nachbarn im Osten

Untersuchungen belegen die nichtslawische Herkunft der Piasten

Nur wenige polnische Medien berichten dieser Tage über die neusten Untersuchungen des Y-Chromosoms in der Piastendynastie. Untersuchungen haben bewiesen, dass Miseko I. (Mieszko), der erste polnische Herrscher, Vorfahre von Janusz III., Herzog von Masowien, und seinem Bruder Stanislaus ist. Damit haben sie letztlich auch die gleiche Urherkunft. Die Überreste der masowischen Piastenbrüder ruhen in der Basilika Johannes des Täufers in Warschau. Dort forschte ein Wissenschaftlerteam der Fakultät für Anthropologie der Universität Thorn unter der Leitung von Tomasz Kozlowski. Ihre Arbeit hat nun bewiesen, dass die letzten Vertreter dieser Linie die Haplogruppe R1b auf dem Y-Chromosom aufweisen und damit eine keltisch-germanische Herkunft belegt.

Dieses Ergebnis erschüttert damit den Mythos von den Piasten als urslawische Herrscher, räumt die Thorner Tageszeitung „Nowosci. Dziennik Torunski“ ein.

Dass die piastischen Herrscher keine Slawen waren, hatte vor einem Jahr bereits Marek Figlerowicz, Direktor des Institutes für Biochemie der Polnischen Wissenschaftsakademie in Warschau, in der Oppelner Tageszeitung „Nowa Trybuna Opolska“ (NTO) den Lesern vermittelt. Er bemängelte damals, dass in Polen kaum Forschungen in dieser Richtung unternommen wurden. Deshalb, so Figlerowicz in der NTO, würden Historiker weiterhin Legenden verbreiten. „Zuerst hieß es, die Piasten wären eine Elite der einheimischen Bevölkerung gewesen, dann kamen Hypothesen auf, dass es Wikinger gewesen seien, die das Land an der Warthe eingenommen haben und den Platz an der Spitze der Slawen besetzten. Noch andere habe die attraktive Theorie aufgeworfen, die Vorfahren von Miseko kämen aus Großmähren, das als Staatswesen damals bereits untergegangen war.

> DNA-Untersuchungen der Piasten rütteln am nationalen Selbstverständnis der Polen

Und so wie Flüchtlinge aus Troja Rom gegründet hätten, so hätten die Flüchtlinge aus Neutra in der heutigen Slowakei Posen und Gnesen und damit den polnischen Staat geschaffen“, fasst Figlerowicz die Hypothesen zusammen. Seine Mitarbeiter untersuchten jedoch nicht nur die DNA der Piasten, sondern auch die der Einwohner des Posener Landes und anderer westlicher Gebiete des Landes. Figlerowicz erläuterte damals in der NTO die bisherigen wissenschaftlichen Annahmen. Eine, nach der das heutige Zentralpolen bis zur Weichsel, Schlesien und Pommern vor etwa 2000 Jahren von Germanen bewohnt worden sei, die während der Völkerwanderung gen Westen gezogen seien und deren Stelle slawische Siedler einnahmen. Eine weitere Theorie, so Figlerowicz, besagt, dass es keinen Austausch gab und die gleichen Volksgruppen, die zu römischer Zeit dort lebten, bis ins 10. Jahrhundert geblieben seien – lediglich die Benennung der Einwohner sei einem Wandel unterworfen gewesen.

Und so stellt der Biochemiker letztlich die Gültigkeit der zweiten Annahme fest: „Die germanischen Herrscher behaupteten, dass das Land durch Germanen besiedelt gewesen sei, die slawischen Herrscher sagten, dass dort Slawen lebten. In Wirklichkeit hat sich der Großteil der Bevölkerung gar nicht geändert“, so Figlerowicz, der sowohl die DNA der „einfachen“ Menschen wie auch der Eliten untersuchte.

Die größte Konzentration von Trägern der Haplogruppe R1b weisen heute übrigens der Nordwesten Englands, Schottland, Irland und Wales auf. In den letzten Jahren hat sich die Kenntnis über die Verbreitung der Haplogruppen insbesondere durch einen schweizerischen Anbieter erweitert, der entgeltlich die Haplogruppe von Privatpersonen bestimmt und auf dieser Basis einen breiten Datenbestand für Europa aufgebaut hat. Schon dieser Querschnitt hat dazu beigetragen, Deutschland kaum mehr als germanisch oder Polen als slawisch zu betrachten. Vermutlich dürfte der germanische Anteil im slawischsprachigen Polen höher sein als im stärker keltisch geprägten und germanischsprachigen Deutschland. Während in Russland die Wikingerherkunft der ersten Herrscher lange wissenschaftliche Mehrheitsmeinung ist, rütteln Koslowskis DNA-Untersuchungen der Piasten in Polen am bisherigen nationalen Selbstverständnis.

Chris W. Wagner





ZUM 101. GEBURTSTAG

Geruschkat, Grete, geb. **Widdrat**, aus Tilsit und Mohrungen, am 28. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kallweit, Heinz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Hohmann, Irma, geb. **Bondzio**, aus Lyck, am 4. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Wilken, Elfriede, geb. **Mazeyzik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bartel, Horst, aus Treuburg, am 4. Mai
Kukulies, Willi, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 29. April
Seckner, Hildegard, geb. **Laabs**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am3. Mai
Tatzko, Babeth, aus Vorbergen, Kreis Treuburg, am 3. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dziomba, Heinrich, aus Neidenburg, am 29. April
Enskat, Hedwig, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 29. April
Hoffmann, Günter, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 3. Mai
Ratzmann, Lydia, geb. **Ludwanowski**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, am 3. Mai
Salzmann, Martha, geb. **Komusin**, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 3. Mai
Simniok. Edelgard, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 3. Mai
Sonntag, Günter, aus Lyck, am 1. Mai
Stiegler, Eva, geb. **Rossbach**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 3. Mai
Turowski, Hans-Georg, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 4. Mai
Walther, Ursula, geb. **Elfert**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 1. Mai
Wieser, Alice, geb. **Enseleit**, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 2. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Herbstreit, Erwin, aus Königsberg-Tannenwalde, am 21. April
Petereit, Franz, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Verch, Horst, aus Neidenburg, am 29. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bartels, Anneliese, geb. **Lask**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 4. Mai
Böhm, Wilfried, aus Adlershorst, Kreis Neidenburg, am 3. Mai
Fritz, Christian, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 4. Mai
Lendzian, Ingeborg, aus Lyck, am 1. Mai
Pradler, Erwin, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 30. April
Rohde, Waltraud, geb. **Stabaginski**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 28. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Birkholz, Lilli, geb. **Krieger**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 1. Mai
Blome, Irmgard, geb. **Kelbassa**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Diestel, Inge, geb. **Wittke**, aus Wehlau, am 28. April
Geyer, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Mai
Haberstroh, Irmgard, geb. **Warnat**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 1. Mai
Herbstreit, Horst, aus Königsberg-Tannenwalde, am 12. April
Hofmann, Gisela, geb. **Wisniewski**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 4. Mai
Raschke, Herbert, aus Lötzen, am 29. April
Werner, Kurt, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 3. Mai
Wiezorrek, Erwin, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 29. April
Wüsthoff, Erna, geb. **Lepenies**, aus Germingen, Kreis Ebenrode, am 30. April
Züfle, Erika, geb. **Wedler**, aus Bolzhagen, Kreis Elchniederung, am 3. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Hilpert, Lore, geb. **Kutzmut**, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 30. April
John, Gotthard, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg am 29. April
Jordan, Gisela, geb. **Menck**, aus Wehlau, am 3. Mai
Jürgen, Gisela, geb. **Lukat**, aus Plein, Kreis Elchniederung, am 4. Mai
Kaßmekat, Paul, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 2. Mai
Neumann, Ruth, geb. **Schiller**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. April
Ollech, Werner, aus Ortelsburg, am 3. Mai
Pankler, Ernst, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 4. Mai
Rosehalm, Helga, geb. **Nowak**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Sobotta, Ruth, geb. **Bittins**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 30. April

Stehling, Else, geb. **Trussat**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. April
Szameit, Horst, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Vanselow, Eva, geb. **Rudat**, aus Altmühle, Kreis Elchniederung, am 29. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ebsen, Erna, geb. **Schmidtke**, Erna, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 30. April
Hartmann, Walter, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 4. Mai
Kluth, Eleonore, geb. **Gasche**, aus Monken, Kreis Lyck, am 4. Mai
Krüger, Ilse, geb. **Knaack**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 2. Mai
Lask, Ruth, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 30. April
Liebig, Elisabeth, geb. **Rilka**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 29. April
Locke, geb. Hensel, **Gerda**, aus Friedrichshof, Kreis Preußisch Eylau, am 29. April
Schmidt, Gerda, geb. **Rohmann**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. Mai
Schrull, Martha, geb. **Roseneck**, aus Zinschen, Kreis Lyck, am 4. Mai
Wehle, Esther, geb. **Napiwotzki**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 29. April
Westphal, Bruno, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, und aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. April
Winter, Helga, geb. **Kerschowski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 4. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Buddras, Dr. Joachim, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 2. Mai
Ensthaler, Anneliese, geb. **Borkmann**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. Mai
Gorlo, Winfried, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 2. Mai
Groß, Lucie, geb. **Ostwald**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 3. Mai
Hackel, Ursula, geb. **Wittösch**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 29. April
Kempa, Horst, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 30. April
Knuth, Helga, geb. **Poeck**, aus Wehlau, am 30. April
Kobus, Fritz, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 28. April
Loipfinger, Helga, geb. **Herbstreit**, aus Königsberg-Tannenwalde, am 30. April
Ludwig, Erwin, aus Bolbitten, Kreis Heiligenbeil, am 30. April
Pulla, Fritz, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 29. April
Reimer, Irene, geb. **Saloga**, aus Lyck, Mackensen Straße 10, am 3. Mai
Ritsche, Waltraut, geb. **Starrat**, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 4. Mai
Sack, Heinrich, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 28. April
Schikanski, Trude, geb. **Schlittke**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 30. April
Sylla, Helmut, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 2. Mai
Tensfeldt, Rita, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 28. April
Smiejkowski, Wanda, geb. **Pamiak**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 29. April
Wekeiser, Erwin, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 4. Mai
Wiese, Hildegard, geb. **Kopetsch**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 1. Mai

Wollowski, Horst Günter, aus Balden, Kreis Neidenburg, am 2. Mai
Ziemer, Artur, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 30. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Abroszat, Siegfried, aus Groß Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 1. Mai
Becker, Waltraut, geb. **Kitzmann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. April
Duddeck, Horst, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 1. Mai
Dulkies, Klaus, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 4. Mai
Gorgos, Margot, geb. **Wißemborski**, aus Steinwalde, Kreis Lötzen, am 2. Mai
Hellenkemper, Hildegard, geb. **Piwek**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 30. April
Herzberg, Baldur, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Kurtz, Gottfried, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 30. April
Landau, Werner, aus Kassel, am 28. April
Mikat, Siegfried, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Naujoks, Renate, geb. **Gehrmann**, aus Lyck, am 2. Mai
Neumann, Christel, geb. **Sawitzki**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 29. April

Neumann, Werner, aus Wellheim, Kreis Lyck, am 4. Mai
Nikulski, Ernst, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 3. Mai
Puchert, Helmut, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 1. Mai
Ruchatz, Hildegard, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 1. Mai
Schönsee, Alfred, aus Kahlau, Kreis Mohrungen, am 30. April
Waas, Waltraut, geb. **Stepputtis**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 3. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bosch, Marianne, geb. **Nohle**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 3. Mai
Friedrichs, Margit, geb. **Krüger**, aus Treuburg, am 3. Mai
Klassen, Renate, geb. **Timmler**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. April
Krupke, Siegfried, aus Wehlau, am 28. April
Müller, Angelika, geb. **Wulf**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Mai
Schlomski, Ingrid, geb. **Sadowski**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg am 1. Mai
Ursinus, Erika, geb. **Karpa**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 28. April
Weiß, Elsbeth, geb. **Mordas**, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 3. Mai
Wiegratz, Winfried, Kreisgemeinschaft Elchniederung, am 30. April

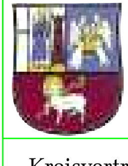
TERMINE DER LO

2017
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Kirchspieltreffen

29. April, 14.30 Uhr, Hotel-Restaurant Eynck, Petronilla-Platz 9, **48157 Münster:** Kirchspieltreffen Braunwalde. Informationen: Julius Wermter, Ginsterweg 48, 45149 Essen, Telefon 0177/5515972.



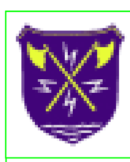
ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.com

Kreistagssitzung

20. Mai. 11 Uhr, Rathaus, Neanderstraße 85, 40822 Mettmann: Jahreshaupttreffen.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

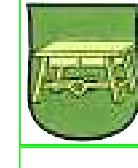


BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Jubiläum

20. Mai, Bartenstein (Württemberg): 65. Wiederkehr der Namenspatenschaft.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Eydtkuhnen

1. bis 8. Mai, Hotel Augustin, Schwabthal 3, **96231 Bad Staffelstein:** 48. Eydtkuhner Treffen. Anmeldung und Informationen bei Wolfgang und Gisela Raeder, Telefon (2302) 800931.

FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Neukuhren

6. Mai, Hotel Gorch Fock (Telefon 04503/8990), Strandallee 152, **23669 Timmendorfer Strand:** 24. Ortstreffen Neukuhren. Informationen: Dieter Weiß, Telefon/Fax (04763) 7275.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Stadttreffen

28. April bis 2. Mai, DRK-Landesschule, Jägerweg 1, **Bad Pyrmont:** Stadttreffen Gerdauen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

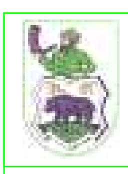


GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Treffen der Texelner

12. bis 15. Mai, Landhotel Rhönblick, Hauptstraße 24, **36100 Petersberg-Steinau:** Treffen der Texelner und Heimatfreunde.



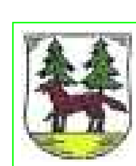
INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Heimatgruppe Hamburg: Monatstreffen mit buntem Programm am 3. Mai. Beginn ist um 12 Uhr. Ort: Veranstaltungsraum Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg, Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.

Heimatgruppe Kiel: Frühjahrsveranstaltung im Mai/Juni (Einladung erfolgt schriftlich), Veranstaltungsort: Matthias-Claudius-Kirche, Alte Dorfstraße 53, Kiel-Suchsdorf. Im September oder Oktober Neuauflage des „Ostpreußischen Nachmittags“. Weitere Monatstreffen finden bei Bedarf nach Ankündigung in der Kieler Presse statt. Nähere Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Kreistagssitzung

1. Mai, 11.15 Uhr (Einlass), Gasthof Goldener Ring, Burgplatz 21, **Düsseldorf:** Kreistreffen. Anmeldung bei Paul Sobotta, An der Wardtpumpe 22, 46562 Voerde, Telefon (0281) 45657.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Morgengrund und Baitenberg

9. bis 11. Mai, Bad Pyrmont: Treffen Morgengrund und Baitenberg.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Stellvertretender Vorsitzender: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau. Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Treffen der Amtsbezirke

6. Mai, Kulturzentrum, **Herne:** Heimattreffen der Amtsbezirke Kobulten, Steinhöhe, Mensguth und Willenberg.

PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Inschrift erneuert

Der Gedenkstein, ein fast zwei Meter hoher Findling, vor der alten Pfarrkirche in Preußisch Eylau an der Stelle des früheren Ehrenmals für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs, trägt folgende Inschrift in Deutsch und Russisch: „Den Einwohnern von Preußisch Eylau, die durch den Zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren haben, zum Gedenken – Errichtet von den Überlebenden und ihren Nachkommen 2008“. Die Inschrift, lediglich in die Granitplatte graviert und inzwischen teilweise verwaschen, wurde jetzt mit speziellem Material wieder lesbar gemacht.

Der Stein war auf Veranlassung der Kreisgemeinschaft und der Preußisch Eylauer Obleute (Elke Elbe, Robert Hecht, Werner Huhn) im Einvernehmen mit der örtlichen Verwaltung errichtet und ausschließlich durch Sonderspenden finanziert worden. Ein entsprechender Gedenkstein steht in Landsberg auf dem Kirchhof der ehemaligen evangelischen Pfarrkirche, weitere in Canditten und Mühlhausen. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft wäre für Hinweise dankbar, an welchen



Endlich wieder lesbar: Die Inschrift des Gedenksteines vor der alten Pfarrkirche in Preußisch Eylau Bild: privat

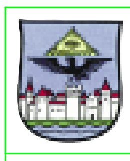
Orten weitere Gedenkstätten unter Mitwirkung der betreffenden Obleute geschaffen werden könnten. *Martin Lehmann*

Zum Vormerken

Das Preußisch Eylauer Kreistreffen in Verden findet in diesem Jahr nicht wie sonst am dritten Septemberwochenende, sondern am 30. September und 1. Oktober statt. Auch der Ort ist ein anderer: Wir treffen uns nicht im Hotel Niedersachsenhof, sondern in der Niedersachsenhalle, Lindhooper Straße 92.

Das Programm erhalten Sie wieder mit der nächsten Ausgabe unseres Kreisblatts und auch an dieser Stelle des *Ostpreußenblatts*.

Sichern Sie sich schon jetzt Ihr Quartier über die Tourist-Info Verden, Telefon (04231) 12345, www.verden.de.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Treffen in Neuss

Alle Tilsit-Ragniter, die am Regionaltreffen der Landsmannschaft Ostpreußen, am Sonnabend, 13. Mai in Neuss teilnehmen werden und bereits einen Tag vorher dort eintreffen, sind herzlich eingeladen, an einem gemütlichen Beisammensein am Freitag 12. Mai, ab 19 Uhr im Restaurant Essenz teilzunehmen. Das Restaurant Essenz, Mühlenstraße 27, 41460 Neuss, liegt nur einige hundert Meter von der Stadthalle und vom Dorint-Hotel entfernt. Es soll dort auch ein gemeinsames Abendessen eingenommen werden. Hierzu ist eine vorherige Anmeldung beim Schatzmeister Helmut Subroweit, Telefon (02921) 82286, E-Mail: helmutsubroweit@web.de, zweckmäßig. Der Vorstand bittet um zahlreiche Teilnahme. Auf diese Weise kann auch 2017 ein Wiedersehen der Tilsit-Ragniter stattfinden.

Winfried Knocks

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Zwei Reisen

Die Kreisgemeinschaft bietet im Juni/Juli 2017 wieder zwei Reisen nach Ostpreußen an. **Die erste Reise** beginnt am 29. Juni und endet am 8. Juli. Sie führt mit der Fähruberfahrt über die Ostsee zunächst nach Memel (Klaipeda) und dauert insgesamt zehn Tage. Reiseleiterin ist Eva Lüders, die nach vielen Reisen in die ostpreußische Heimat und als langjährige Leiterin der Heimatstube in Preetz zahlreichen Freunden und Freundinnen Ostpreußens gut bekannt ist.

Nach der Übernachtung in Klaipeda und einer Führung durch die Altstadt am nächsten Tag stehen nach einer Fahrt über die Kurische Nehrung Besuche von Nidden und anschließend der Vogelwarte Rossitten an. Mit der Übernachtung in Königsberg ist das alte Zentrum Ostpreußens erreicht und der Eindruck dort wird noch abgerundet durch eine Stadtführung am nächsten Tag. Eine Schiffsfahrt Königsberg-Pillau bringt die Reisegruppe dann schließlich nach Tilsit, das mit drei Übernachtungen den Ausgangspunkt für zahlreiche Aktivitäten bildet, wie zum Beispiel individuell gewünschte Besuche der früheren Heimatorte, und natürlich Besuche des Heimatmuseums in Breitenstein sowie ein Mittagsessen bei Alla im „Haus Schillen“.

Lötzen, Nikolaiken, Angerburg, Rastenburg, Heilige Linde und Allenstein sind dann die Ziele im Ermland beziehungsweise im masurischen Teil Ostpreußens. Dieser Teil der Reise wird perfekt abgerundet durch eine Fahrt auf dem Oberländer Kanal. Bei der letzten Übernachtung in Schneidemühl findet sich die Gelegenheit, die vielen Eindrücke dieser schönen Reise auszutauschen.

Auskünfte bei: Partner-Reisen Grund-Touristik, Everner Straße 41, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 588940, E-Mail: info@Partner-Reisen.com oder bei Eva Lüders, Kührener Straße 1B, 24211 Preetz, Telefon (04342) 5335.

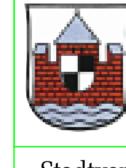
Die zweite Reise der Kreisgemeinschaft dauert ebenfalls zehn Tage. Vom 27. Juli bis zum 5. August führt sie auch zunächst über die Ostsee nach Memel. Reiseleiter ist Heiner J. Coenen, Schriftleiter von „Land an der Memel – Tilsiter Rundbrief“, jetzt als Nachfolger von Klaus-Dieter Metschulat auch schon zum achten Mal in Richtung Tilsit/Königsberg unterwegs.

Die Fahrt beginnt in Mönchengladbach-Rheydt mit Zusteigemöglichkeiten in Dortmund, Osnabrück, Hamburg und Kiel. Nach der Übernachtung in Memel am dritten Reisetag wird diese schöne Stadt mit einer Führung durch die Altstadt noch vertrauter, wobei der Simon-Dach-Brunnen mit „Ännchen von Tharau“ auf dem Theaterplatz ein Muss ist. Dann führt die Reise weiter über Heydekrug nach Tilsit. Der vierte Reisetag bietet mit individuell möglichen Besuchen von Heimatdörfern den Besuch des Heimatmuseums in Kraupischken/Breitenstein, dem Gestüt Georgenburg, und eine Fahrt nach Insterburg und Gumbinnen mit Besuch der Salzburger Kirche dort.

Über Memel geht es am darauffolgenden Tag auf die Kurische Nehrung, nach Nidden, wo unter anderem das Thomas-Mann-Haus besichtigt wird. Der sechste Reisetag steht zur freien Verfügung, was auf der Nehrung vielfache Möglichkeiten bedeutet: von der Erholung am Haff bis zum Aufsuchen der Ostsee, die fußläufig zu erreichen ist. Nach einem Besuch der Vogelwarte Rossitten wird Königsberg erreicht, wo der Besuch des Königsberger Doms mit dem Grab von Emanuel Kant einer der kulturellen Höhepunkte der Reise ist.

Die Weiterreise nach Danzig erfolgt über Frauenburg am Frischen Haff. Stadtführung und Übernachtung in Danzig runden die Reise ab. Die Weiterfahrt nach Posen wird für den Besuch eines Konzertes auf der berühmten Orgel in Olivia unterbrochen. Posen selbst kann am letzten Abend der Reise erkundet werden. Die Rückfahrt beginnt dann von dort aus.

Weitere Auskünfte bei Heiner J. Coenen, Maarstraße 15, 52511 Geilenkirchen, Telefon (02462) 3087 oder per E-Mail: info@schreibkontor-heinerjcoenen.de sowie Ostreisen, Paulinenstraße 29, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 2882600 oder E-Mail: info@ostreisen.de



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.



Irrtümlicherweise ist die Ankündigung für das Kreistreffen von TILSIT-RAGNIT in Neuss (siehe links) am 12. Mai in der letzten Ausgabe verrutscht. TILSIT-STADT veranstaltet KEIN Kreistreffen in Neuss.

Johann-Wolff-Schule

Das diesjährige Treffen der ehemaligen Johanna-Wolff-Schüler findet vom 9. bis 13. August im Balance-Hotel Alte Messe Leipzig, Breslauer Straße 33, 04299 Leipzig statt. Der Preis für eine Einzelzimmer beträgt 60 Euro und für ein Doppelzimmer 75 Euro mit Frühstück und einem Ticket der Mitteldeutschen Verkehrsbetriebe für Fahrten in Leipzig mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Geplante Unternehmungen beim Treffen: Stadtrundfahrt mit Begleitung, Besuch des Völkerschlachtdenkmals, Schiffsrundfahrt und Besuch der Thomaskirche mit Kantaten oder Motetten. Anmeldungen zum Treffen nimmt die Schulsprecherin Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938, gerne entgegen.

Königin-Luisen-Schule

Das Schultreffen 2017 findet vom 11. bis 14. Juni statt. Austragungsort ist das Hotel „Berlin“ in 29549 Bad Bevensen, Alter Wiesenweg 11. Es beginnt am 11. Juni mit einem gemeinsamen Kaffeetrinken. Am 12. Juni zirka 10 Uhr Treffen im kleinen Salon des Hotels. Die weitere Gestaltung der beiden Tage, 12. und 13. Juni, soll dann besprochen werden. Anmeldung im Hotel Berlin unter dem Stichwort KLS. Telefon (05821) 5060. Zimmerpreise pro Nacht: Doppelzimmer im Hochparterre mit Nordbalkon 99 Euro, Einzelzimmer in der Ersten Etage ohne Balkon 61 Euro, Einzelzimmer mit Nordbalkon 61 Euro. Pro Übernachtung kommen 3 Euro Kurtaxe dazu. Auf Wunsch kann vom Hotel eine Reiserücktrittsversicherung vermittelt werden. Umsteigehilfe bei der Bahn unter Telefon 01805/512512. Das Hotel bietet außerdem einen Hol- beziehungsweise Bringservice an.

Vera Jawtusch (geb.Pilch), Schulsprecherin

Realgymnasium Tilsit

Unser nächstes Schultreffen findet vom 19. bis 22. Mai in Berlin statt. Dazu haben wir uns das Abacus-Tierpark-Hotel in Berlin-Friedrichsfelde ausgesucht. Wie gewohnt, beginnt das Treffen am Freitag um 15.30 Uhr mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken in dem für uns reservierten Salon Flora und endet am Montag nach dem Frühstück. Geplant sind eine Dampferfahrt durch Berlin, Besuch des Tierparks und viel gemeinsames Plachandern. Die genaue Adresse unseres Vier-Sterne-Hotels lautet: Abacus-Tierpark Hotel, Franz-Mett-Straße 3–9, 10319 Berlin. Reservierung unter Telefon (030) 5162333, Fax (030) 5162444, E_Mail: reservation@abacus-hotel.de.

Anmeldungen können mit dem Stichwort „SRT“ beim Hotel vorgenommen werden. Gebuchte Zimmer können bei Krankheit bis zu 48 Stunden vorher (also bis zum 17. Mai) kostenlos storniert werden. Die Zimmerpreise pro Nacht einschließlich Frühstück betragen für ein Doppelzimmer 102 Euro und für ein Einzelzimmer 79 Euro. Die Zimmer stehen ab 15 Uhr zur Verfügung, bei Abreise bis 12 Uhr. Die Hotelparkplätze sind kostenlos. Die Tagesplanung sieht so aus:

Freitag, 19. Mai: Ankunft in Berlin, um 15.30 Uhr Kaffeetrinken sowie später Abendessen in gemeinsamer Rund.

Sonnabend 20. Mai: Besichtigung des Tierparks. Abends gemeinsames Abendessen.

Sonntag 21. Mai: Dampferfahrt, abends gemeinsames Abendessen.

Montag 22. Mai: Heimreise. Wünsche können berücksichtigt werden. *Klaus-Jürgen Rausch, Gerhard Pfiel, Sprecher der Schulgemeinschaft*



TREUBURG

Kreisvertreterin: Ingrid Meyer-Huwe, Heinrich-Heine-Straße 51, 30173 Hannover, Telefon/Fax (0511) 884928, E-Mail: eusebius@kabelmail.de. Geschäftsführerin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984 (Fax: 3970), iklink@gmx.de. www.treuburg.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Hauptkreistreffen

20. Mai, 10 Uhr (Einlass), Gerhart-Hauptmann-Haus, **Düsseldorf:** Hauptkreistreffen.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



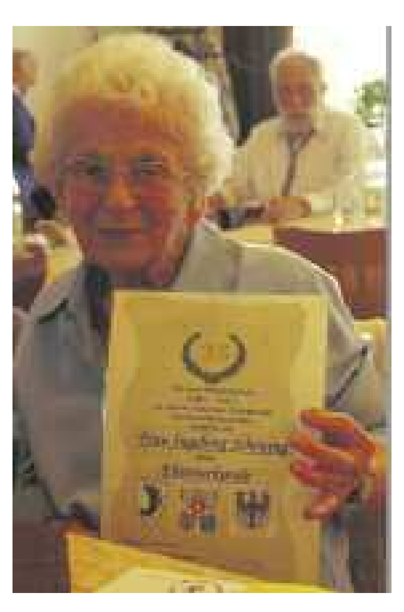
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Freitag, 5., bis Sonntag, 7. Mai: Fahrt der Kreisgruppe zur Heinz-Sielmann-Stiftung auf Gut Herbigshagen bei Göttingen. Besucht werden auch Duderstadt, das Europäische Brotmuseum, die Wilhelm-Busch-Mühle und ein Handweberei-Museum. Weitere Informationen: Telefon (06281) 8137.

Göppingen – Die Kreisgruppe hatte ihre erste große Zusammenkunft in diesem Jahr am Sonnabend, 8. April, wie immer in der Frisch-Auf-Gaststätte in Göppingen. 26 treue Landsleute hatten den Weg zum Treffen gefunden.

Bei Kaffee und Kuchen entwikkelten sich erste lebhafte Gespräche. Das offizielle Programm eröffnete dann im Namen der Vorstandsgruppe Ina Meister. Sie begrüßte die Anwesenden zu dieser Hauptversammlung und ließ das vergangene Jahr mit seinen drei Gesamtkreisgruppentreffen kurz Revue passieren. Als besonderer Ehrengast wurde die Baden-Württembergische Kulturreferentin Ursula Gehm aus Schwäbisch Hall begrüßt, ebenso die Vorsitzende des Göppinger Kreisverbandes des BdV, Marianne Bayreuther, mit ihrem Mann Rudolf.


Göppingen: Ingeborg Scheuing bekam eine Ehrenurkunde für ihr Engagement Bild: Bolweg

Es folgte ein Bericht über das kommende Osterfest. Österliche Bräuche wurden erwähnt, speziell natürlich aus Ostpreußen. Da sie langsam in Vergessenheit zu geraten drohen, sollten die Älteren, die sie noch in der Heimat kennengelernt haben, ihr Wissen an ihre Enkel weitergeben.

Weiter wurde dann über die leider rückläufigen Zahlen der Mitglieder gesprochen, und auch darauf hingewiesen, wie oft der Tod wieder einige von uns im letzten Jahr ereilt hatte. Mit einem besinnlichen Vers über den Tod und die Ängste, die oft daraus entstehen, rief Ina Meister zu einer Schweigeminute für die Toten auf. Die Anwesenden erhoben sich. Dann wurden der Sterbetag, der Name, sowie das jeweilig erreichte Alter der verstorbenen Landsleute vorgelesen. Nach der Totenehrung folgte der Bericht der Kassiererin, Margit Korn. Anschließend las Magda Lutz den Bericht der Kassenprüfer vor. Unser Ehrengast, Ursula Gehm, rief nun die anwesenden Mitglieder zum Handzeichen auf, zu Vorstand und Kassiererin zu entlasten. Dies wurde einstimmig beschlossen.

Nun hatte Vera Pallas das Wort, um über die Göppinger Frauengruppe, als die zur Zeit größte noch bestehende Gruppe in Baden-Württemberg, zu berichten. Ausführlich schilderte sie das Programm und die Aktivitäten aus dem letzten Jahr, und vor allem den gelungenen Ablauf der Jubiläumsfeier. Auch berichtete sie über das in diesem Jahr noch anstehende Ostpreußentreffen in Schwerin, zu dem auch Besucher aus dem Raum Stuttgart hinfahren würden. Es würde extra ein Bus eingesetzt.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten die Ehrungen. Frau Korn rief die sieben Frauen und zwei Männer namentlich nach vorne. Sie wurden in diesem Jahr für 10-, 15-, 25-, und 35-jährige Mitgliedschaft geehrt. Als Zeichen des Dankes übergab sie jedem eine Urkunde und überreichte einen Frühlingsgruß.

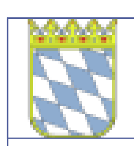
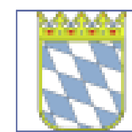
Als besondere Überraschung, zusätzlich zur 35-jährigen Zugehörigkeit zur Göppinger Landsmannschaft, erhielt die 92-jährige Ingeborg Scheuing vom Hauptverband der Ost & Westpreußen eine Ehrenurkunde für ihr jahrelanges kulturelles und mundartliches Engagement zur Erhaltung unserer ostpreußischen Kultur verliehen. Vera Pallas überreichte ihr diese Urkunde und durfte ihr die Ehrennadel anstecken. Voller Freude und als Abschluss des offiziellen Programms sangen wir gemeinsam unser Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“.

Nach einer kurzen Pause folgte ein Vortrag von Ursula Gehm über „Herzog Albrecht und Martin Luther“. Mit vielen Bildern und Karten, die sie aus Wittenberg und Ostpreußen vorlegen konnte, brachte sie uns das Verhältnis zwischen Luther und Herzog Albrecht nahe. Auch die Abläufe der Reformation, das Verhalten der Bevölkerung, das Unverständnis mancher Priester und Pfarrer konnte sie uns sehr glaubhaft übermitteln. Ein großer Beifall am Schluss ihrer sehr interessanten und auch informativen Berichterstattung aus dem 16. Jahrhundert war ihr dann gewiss.

Jetzt war noch Zeit für mundartliche Frühlingsgedichte und Ostergeschichten. Auch das gemeinsame Singen aus unserem Ostpreußischen Liederbuch kam dabei nicht zu kurz. Abschließend wurde gemeinsam gespeist. In diesem Jahr hatten wir uns für Schmandheringe in Sahnesoße mit Salzkartoffeln entschieden. Mit dem Wunsch nach einem baldigen Wiedersehen bei den nächsten Veranstaltungen verabschiedete Frau Korn die Besucher. .

Ludwigsburg – Dienstag 16. Mai, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Stammtisch.

Reutlingen – Sonnabend, 6. Mai, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Frühlingsfest mit Kaffee und Kuchen. Herr Proheim wird die Feiernden musikalisch unterhalten. Frühlings- und Heimatlieder, auch zum Mitsingen, stehen auf dem Programm. Ebenso geplant ist ein Filmvortrag; „Ostpreußen 1925–1945“. Alle Landsleute, Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen. Weitere Informationen: Ilse Hunger, Telefon (07121) 52541.

BAYERN

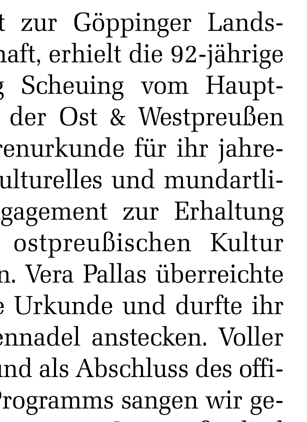
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 17. Mai, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Muttertagsfeier mit passenden lustigen Geschichten aus Ostpreußen.

Hof – Sonnabend, 13. Mai, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Muttertag.

Landshut – Dienstag, 2. Mai: Mai-Ausflug. – Dienstag, 16. Mai, 14 Uhr, Gasthof „Zur Insel“, Badstraße 16: Zusammenkunft mit einem Bericht über die Vertreibung der Salzburger.

München – Sonnabend, 29. April, 14.40 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5. 81669 München: Jahreshauptversammlung und Fortsetzung der Filmreihe „Schatzkästchen Ostpreußen“. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel. – Freitag, 12. Mai, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Zusammenkunft der Frauengruppe.

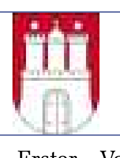


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsames Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Montag, 8. Mai, 11 bis 16 Uhr, Trachtensaal, Haus der Heimat: Im Rahmen der Europawoche lädt der Landesverband der vertriebenen Deutschen in zur Veranstaltung „Die Flagge der Europäischen Gemeinschaft ab 1985“ ein. Erster Teil: „Von der Wulfilabibel/Gotenbibel über Luthes Bibelübersetzung bis zur Idee des jüdischen Belgiers Paul Levi 1955“. Landeskulturreferent Peter Voß wird in seinem Referat die historischen Vorgänge erläutern. Danach Pause mit Imbiss. Im zweiten Teil referiert Willibald Piesch zum Thema „Die augenblickliche politische Lage in Europa – Ausblick auf die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September und die Zukunft Europas“. Diskussionsbeiträge mit Wahlprognose sollen diese Veranstaltung abschließen.

KREISGRUPPEN



Elchniederung – Dienstag, 16. Mai, 14 Uhr, Berenberg-Gosler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg: Treffen der Gruppe zum gemeinsamen Kaffeetrinken mit anschließendem Gesang, Gedichten und Erzählungen rund um den Wonnemonat Mai. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Auskunft: Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.

Terminänderung



Gumbinnen – Das Heimattreffen der Gruppe wird nicht am Mittwoch, 17. Mai, im Hotel Zeppelin (Hamburg-Schnelsen) stattfinden. Ein neuer Termin und ein neuer Veranstaltungsort werden noch rechtzeitig bekanntgegeben. Weitere Auskünfte erteilt Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784.



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Ein kulturelles Programm mit Bildvorträgen, Gedichten und gemeinsamem Singen erwartet Sie. Gäste sind herz-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

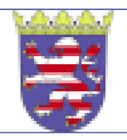
Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

lich willkommen. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon (040) 587585, Fax: (040) 52678519, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

STADTTEILGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 28. April, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Frühlingsfest der Frauengruppe, unter anderem auf dem Programm: „Emil von Behring – Retter der Kinder und Soldaten.“



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Am Sonnabend, 8. April, trafen wir uns wieder zu unserer monatlichen Begegnung im Luise-Büchner-Haus in Darmstadt-Kranichstein. Nette Spender hatten Kaffee und Kuchen bereitgestellt. Besonderen Anklang fanden die österlich geschmückten Tische, für deren Blumenschmuck Waltraud Barth gesorgt hatte. Zu erwähnen ist auch noch, dass unsere Gisela Keller den Küchendienst alleine übernehmen musste, da die fleißigen Helfer an diesem Tag wegen einer Familienfeier ausfielen.

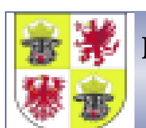
Der Vorsitzende Gerhard Schröder eröffnete den offiziellen Teil mit Grußworten an alle Besucher. Das geistliche Wort trug wie immer Herr Turowski vor. Anni Oest beglückwünschte alle Geburtstagskinder der letzten Wochen und hatte wie immer ein kleines Gedicht parat.

Nach einer kleinen Kaffeepause stand „Das trockene Auge“ als Vortrag, gehalten von „pro-senior“-Referentin Franziska Raschke auf dem Programm.

Die Versammlung hörte mit großer Aufmerksamkeit und Ruhe dem interessanten Vortrag zu. Man bedankte sich mit großem Applaus. Alle würden es wohl begrüßen, Franziska Raschke noch weitere Themen bei späteren Veranstaltungen vorträgt. Das nächste Treffen finden am 20. Mai statt. An diesem Tag wollen wir, mit musikalischer Begleitung, den Frühling willkommen heißen.

Wetzlar – Montag, 8. Mai, 19 Uhr, Restaurant Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Um das Leben Friedrichs, des Großen (1712–1786), geht es beim Treffen der Kreisgruppe. Über den „Alten Fritz“ spricht die Kulturbeauftragte der Landsmannschaft, Karla Weyland (Rauschenberg). Außerdem gibt es Gedichte zum Muttertag. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

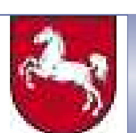
Wiesbaden – Dienstag, 2. Mai, 8.30 Uhr, Busbahnsteig 1, Hauptbahnhof: Die Frauengruppe ist „Mit dem Omnibus unterwegs“. An der Fahrt ins Ahrtal mit Besichtigung einer „Straußenfarm“ können auch Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft teilnehmen. Zu Mittag gegessen wird in Ahrweiler, Dort steht auch ein kurzer Stadtrundgang auf dem Programm. Die Fahrt kostet 20 Euro. Information und Anmeldung bei Helga Kukwa, Telefon, (0611) 373521. – Donnerstag, 11. Mai, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Maischolle Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte anmelden bis zum 5. Mai bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. Anfahrt: Mit der ESWE-Busverbindung Linie 16 bis zur Haltestelle Ostpreußenstraße.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 11. Mai, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen.

Osnabrück – Dienstag, 2. Mai, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 19. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Freitag, 28. April, 18 Uhr, Neanderkirche, Bolkestraße: Ökumenischer Gottesdienst zur Feier des 60-jährigen Jubiläums des GHH. – Sonnabend, 29. April, 10.45 Uhr, GHH: Festakt „60 Jahre Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus“. – Mittwoch, 3. Mai, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 4. Mai, 8.30 Uhr, Busbahnhof Worringer Straße: Tagesfahrt zum ehemaligen Kloster Dahlheim in Lichtenau. – Sonnabend, 6. Mai, 11 Uhr, Infostand, Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff. – Freitag, 12. Mai, 19 Uhr, GHH: Konzert mit dem rumänischen Trio Contraste. – Sonnabend 13. Mai, 8,30: Tagesexkursion zur ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang in der Eifel mit Führungen durch die Ausstellung und das Gelände. Kosten: 49,90 Euro. Rückkehr gegen 20 Uhr.



Düsseldorf: Die ehemalige NS-Ordensburg Vogelsang wird am 13. Mai besichtigt

Bild: VoWo/Wikipedia

Dortmund – Montag, 15. Mai, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1–3 (Eingang Märkische Straße): Monatliche Zusammenkunft.

Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Neuss – Sonntag, 30. April, 15 Uhr (Einlass: 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Frühlingsfest mit Tanz und Vorträgen. – Jeder zweite Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe.

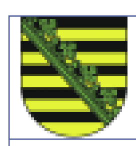
Witten – Montag, 15. Mai, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstarße 6–10: Lieder zur Jahreszeit und zum Wandern.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

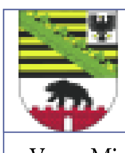
Mainz – Donnerstag, 18. Mai, 14 Uhr, Café Am Rosengarten, Am Stiftwingert 21: Spaziergang im Stadtpark Mainz mit Einkehr. Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16: Gelegenheit zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

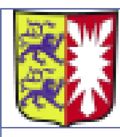
Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 13. Mai, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Landsmann Jürgen Scheffler spricht über bedeutende Persönlichkeiten Ostpreußens.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 12. Mai, 16 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singekreis. – Sonntag, 14. Mai, 14 Uhr, Sportgaststätte Post. Spielhagenstraße: Ein Dank an alle Mütter. – Dienstag, 16. Mai, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

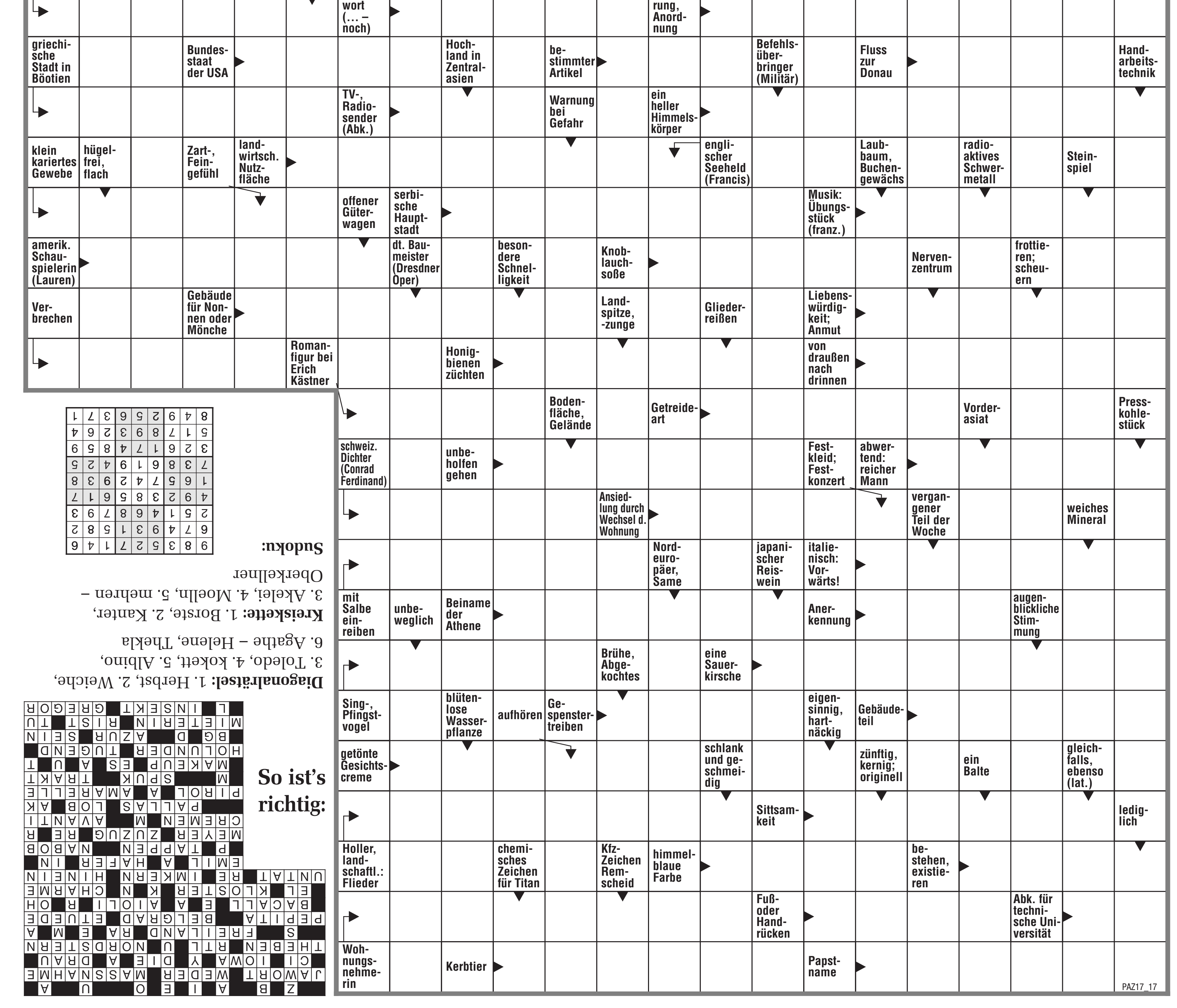
Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Nach Begrüßung der Osterrunde sprach die Vorsitzende über Osterbräuche in der Heimat. Eine besondere Zeit war die Karwoche, auch Stille Woche genannt. Der Gründonnerstag hat nichts mit der Farbe Grün zu tun. Grün bedeutet Greinen, Schreien vor Schmerzen. Trotzdem gab es Gründonnerstagskringel, ein Hefegebäck mit Zuckerguss. Junge Mädchen holten am frühen Ostermorgen Wasser aus einer Quelle. Das Waschen mit dem Wasser sollte Schönheit verleihen. Dabei durfte man nicht sprechen oder sich umdrehen. Dann war die Wirkung dahin! Schlafende Kinder oder junge Leute wurden mit Birkenreisern aus dem Bett geholt. Die „Geprügelten“ konnten sich nur mit Kuchen, Eiern oder Speck „freikaufen.“

Katharina Makarowski hatte eine kleine Geschichte mitgebracht, in der ein Stadtkind bei Verwandten auf dem Lande einen Ostermorgen mit den alten Osterbräuchen erleben konnte. Ulrich Klemens las einen Beitrag über Ostpreußen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und über die Familie Dohna auf Schlobitten. Die Osterrunde trennte sich nach lebhaften Gesprächen und mit guten Wünschen für die Osterfeiertage. *Gisela Brauer*

Malente – Dienstag, 9. Mai, 15 Uhr, Pflanzencenter, Rövkampallee 39: Treffen mit Besichtigung des Centers. Anmeldung bis Mittwoch, 3. Mai: Blumenhaus Franck, Bahnhofstraße 26.

Uetersen – Freitag, 12. Mai, 15 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Frühlingstreffen zum Muttertag mit gemeinsamem Singen. Sabine Mennerich begleitet am Flügel. Dazwischen lesen Teilnehmer passende Texte.



Sudoku

	8				7			6
6		4					8	
	5		4					3
			3		5		1	
		5	7	4	2	9		
	3		6		9			
3					4		5	
	1					2		4
8			2				7	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

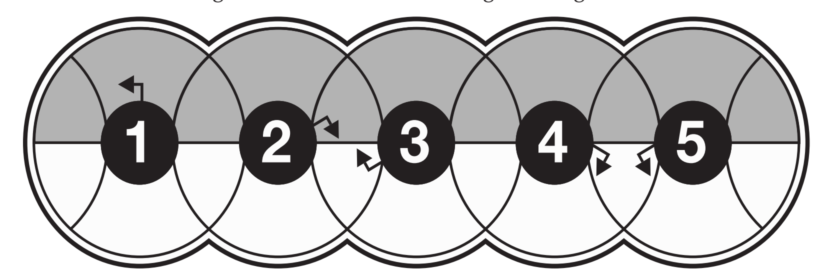
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei weibliche Vornamen.

1 Jahreszeit
2 Umstellvorrichtung bei Gleisen
3 spanische Stadt am Tajo
4 gefallsüchtig; aufreizend
5 Lebewesen ohne Farbstoffbildung
6 Frauengestalt im „Freischütz“

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Restaurantfachmann.

1 starkes Haar, 2 kurzer, leichter Galopp (Reiten), 3 Hahnenfußgewächs, 4 Stadt in Schleswig-Holstein, 5 erhöhen, steigern, vergrößern



Als erster Litauer!

Botschafter Deividas Matulionis erhielt das Goldene Ehrenzeichen

Anlässlich der Verabschiedung von Deividas Matulionis, dem außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Republik Litauen in der Bundesrepublik Deutschland, am 20. April, verlieh ihm die Landsmannschaft Ostpreußen in Würdigung der hervorragenden Verdienste das Goldene Ehrenzeichen. Mit der Verleihung wurden zudem die Verbundenheit und Wertschätzung zu Litauen zum Ausdruck gebracht, zu dem heutzutage der nördlichste Teil Ostpreußens gehört. Die Übergabe erfolgte in einem dem Anlass entsprechenden festlichen Rahmen in der Botschaft durch den stellvertretenden Sprecher der Landsmannschaft, Hans-Jörg Froese.

Matulionis war von Oktober 2012 bis April 2017 Amtsträger in Berlin. Er wird künftig neue Aufgaben in seiner Heimatstadt Vilnius wahrnehmen. Während seiner Abschiedsrede vor geladenen Gästen ließ er es sich nicht nehmen, das Goldene Ehrenzeichen am Revers zu tragen. Ausführlich ging er auf die „hohe Auszeichnung" der Landsmannschaft Ostpreußen ein. Er fühle sich sehr geehrt, nicht zuletzt deshalb, weil ihm als erstem Litauer diese Ehre zuteil wurde."

Mit diesen Worten sprach er auch anderen aus dem Herzen: Beim anschließenden Empfang wurde dem Entschluss der Landsmannschaft Ostpreußen zur Verleihung des Ehrenzeichens an Matulionis Respekt gezollt und als vorbildlich charakterisiert.



Mit Goldenem Ehrenzeichen am Revers: Botschafter Deividas Matulionis Bild: Litauische Botschaft



Hans-Jörg Fröse überreichte Matulionis Urkunde und Ehrenzeichen

Auszüge aus der Abschiedrede des Litauischen Botschafters am 20. April:

Liebe Freunde, liebe Kollegen, Exzellenzen,

meine Zeit als Botschafter nähert sich dem Ende. Diese 4,5 Jahre in Deutschland waren von wichtigen Ereignissen, Entdeckungen und positiven Entwicklungen geprägt. Einige sollen hier nicht verschwiegen werden: Das Ansehen Litauens in der deutschen Bevölkerung ist viel besser geworden. Ich habe das bei vielen Gelegenheiten gespürt zum Beispiel bei der Verleihung des europaweit renommierten Karlspreises für unsere Präsidentin in Aachen im Jahre 2013. Das war eine große Würdigung unserer Europa-Politik Wir waren auch Partnerland der Leipziger Buchmesse 2017. Ein wichtiger Schub für unsere Literatur in Deutschland. So viel Presse, so viel Aufmerksamkeit der Medien für Litauen, unsere Kultur und Geschichte habe ich nie erlebt.

Last but not least – vor weniger als einem Monat wurde im politischen Archiv des Auswärtigen Amts eine unerwartete Entdeckung gemacht: Ein Originalduplikat des verschollenen Unabhängigkeitsbeschlusses vom 16. Februar 1918. Wir hoffen sehr, dass es möglich sein wird, diese für uns beinahe heiligen Urkunde zum 100. Jubiläum der Litauischen Republik im nächsten Jahr übergeben zu bekommen.

Das war nur eine kurze Bilanz der Ereignisse, die in meinem Gedächtnis nicht zu löschen sind. Ich möchte mich von Herzen bei Ihnen allen für unsere enge Zusammenarbeit bedanken. Besonders danke ich meiner Gemahlin Rima und allen Mitarbeitern der Botschaft. Wir haben als ein Team, als Gefährten, zusammen gearbeitet für die Belange Litauens im wunderbaren Staat Deutschland.

Und jetzt auf Wiedersehen in Vilnius!

Begehrte Migranten

Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa – eine Ausstellung

Das Westpreußische Landesmuseum in Warendorf hat die Sonderausstellung „Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa" bis zum 21. Mai verlängert. Ein kluger Schritt, denn die Dokumentarschau der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen (ZgV) ist wirklich sehenswert. Anhand von Fotos, Karten und Texten wird die Migrationsgeschichte der Deutschen in einer Zeitspanne von 800 Jahren dargestellt. Geographisch gelangt halb Europa in den Blick: von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und vom Böhmerwald bis zum Kaukasus. Als Beispiele wurden Gebiete gewählt, in denen Deutsche gemeinsam mit anderen Bevölkerungsgruppen lebten und die nicht zum Deutschen Reich gehörten. Der Besucher erfährt viel Wissenswertes und Neues zu bedeutenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen, die vor allem in den strukturschwachen Gebieten von den deutschen Siedlern angestoßen oder verstärkt wurden.

Lothar Hyss, Direktor des Museums in Warendorf, ist überzeugt: „Bei einem Besuch wird es vielen Besuchern erst richtig bewusst, welche Bedeutung und welch hohen Stellenwert die Deutschen in Europa über Jahrhunderte hinweg inne hatten. Die Deutschen und ihr Wissen waren eine europabekannte und hochgeschätzte ‚Exportware'".

Erleuchtende Einsichten

Sie wurden von Herrschern und lokalen Grundherren gerufen und angeworben, weil man von ihrem Wissen, ihren Fähigkeiten sowie von ihren sozialen und kulturellen Werten überzeugt war. Als Anreiz wurden weitreichende Privilegien gewährt, wie etwa Steuerfreiheit, Militärdienstfreiheit und freie Religionsausübung.

Dabei begann die Ostsiedlung der Deutschen bereits im Mittelalter. Die großen Siedlungsschübe nach Südosteuropa und Russland ließen jedoch im 19. Jahrhundert nach, als eine millionenfache Auswanderung nach Übersee einsetzte. Zu den Pionieren der Migration in den Osten gehörten Mönchsorden, insbesondere die Zisterzienser. Im Osten gelangten sie bis in das Baltikum und nach Siebenbürgen. Ordensniederlassungen in Böhmen galten als Tochtergründungen von Mutterklöstern in Bayern, Filialen in Polen wurden von ostdeutschen Konventen begründet.

Die Ausstellung informiert mit Fotos, Karten und Texttafeln über die Siedlungsgebiete deutscher Auswanderer von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und vom Böhmerwald bis zum Kaukasus. Themenschwerpunkte widmen sich unter anderem der „Bäderkultur und Waldnutzung in Böhmen", der „Christlichen Religion und Grenzwehr in Siebenbürgen" sowie dem „Eisenbahnbau in Litauen" und dem „Weinanbau im Kaukasus".

Museumsdirektor Hyss hat beobachtet, dass für viele Ausstellungsbesucher bereits ein Blick auf die „Bevölkerungsstatistiken deutscher Einwohner in Vergangenheit und Gegenwart" „erleuchtend" wirkte. Schließlich weiß heutzutage kaum einer, dass im Jahr 1910 in Böhmen, Mähren und in Österreichisch-Schlesien 3 252 000 Deutsche gezählt wurden und dass 2001 in der Tschechischen Republik nur noch 38 321 Deutsche lebten.

Dieter Göllner



Oben: Bildtafel zur Region Zips in der heutigen Slowakei
Unten: Museumsdirekt Lothar Hyss Bilder (2): Göllner





Die Sonderausstellung ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr zu besichtigen. Der Eintritts beträgt vier Euro, ermäßigt 2,50 Euro. Weitere Informationen: Westpreußisches Landesmuseum, Klosterstraße 21, 48231 Warendorf, Telefon (02581) 927770, Fax: (02581) 9277714, E-Mail: info@westpreussisches-landesmuseum.de, Internet: westpreussisches-landesmuseum.de

Zucker-Boykott als Vorbild

Zu: In die Röhre schauen (Nr. 14)

Da schauen wir nun (nach dem Abschalten des alten DVB-T-Antennenfernsehens in Ballungsräumen, d. Red.) in die Röhre. Betroffen sind in der Tat Familien mit kleinen Kindern. Mama, warum gibt es kein Fernsehen? Hier dürfen wir den Kindern erklären, was ein Staat ist. Denn das Bundeskartellamt hat hier kräftig Beihilfe geleistet. Hoffentlich sind die neuen Empfangsgeräte, die man nun beschaffen muss, auch abhörsicher.

Zuvor hat man den Bürgern das Kabelfernsehen schmackhaft gemacht. Dieses natürlich mit Betreibergebühren. Dann kam die Zwangsabgabe auf alle Haushalte. Nun kommt das Qualitätsfernsehen – hochauflösend. Wer nun die Privaten sehen möchte, muss künftig pro Gerät und Jahr 69 Euro berappen. Wer glaubt, die TV-Anstalten hätten mit dem bisherigen Milliardengeschäft ausreichend genug Einnahmen, ist auf dem Holzweg.

Beim DVB-T2 wird das Handaufhalten schon geübt. Hunderttausende Euros sind für den gierigen Rachen zu wenig. Ja, sogar die großen Fußballspiele sind den Herren zu teuer. Na, was wird hier noch alles geübt, welche Qualitäten sind noch anzupreisen? Aber wie wäre das denn, wenn die Fernsehzuschauer es machten wie die Hausfrauen in Kanada, als die Zuckerfabriken den Zucker verteuerten? Sie lehnten ab und kauften keinen Zucker mehr. Nach 14 Tagen waren die alten Preise wieder eingeführt.

Bei uns könnte man der Zwangsabgabe einen Streich spielen. Alle geben den Banken den Auftrag, die monatliche Überweisung zu unterlassen. Die TV-Anstalten wären aufs Erste gezwungen, eine Rechnung für jeden nach Hause zu schicken oder eine Mahnung zu senden. Mit der Einzahlung von fünf bis 20 Euro kann sich der Bürger entschuldigen und um eine Rechnung bitten. Zwar wird das Bundeskartellamt bald einen Ausweg vorschlagen und bestimmt auch finden, aber es würde Wirkung zeigen, vor allem bei den anstehenden Wahlen.

Dietbald Lindenblatt, Neuss



Für römische Geschichte bleibt im Schulunterricht oft kaum Zeit. Auf den Lehrplänen dominiert meist Zeitgeschichte mit Schwerpunkt Nationalsozialismus Bild: pa

Gar nicht so dumm

Zu: Dumme Jungen, schlaue Mädchen? (Nr. 15)

Wenn Jungen achtmal häufiger als Mädchen Selbstmord begehen, spricht das nicht unbedingt für schlaue Jungen. Eine Studie der Nordakademie Elmshorn belegte schon 2011, dass Mädchen intelligenter und vor allem fleißiger als Jungen sind. Über Intelligenz lässt sich streiten – Fleiß ist sichtbar. So ist es in den meisten Fällen der Fleiß, der den Mädels die besseren Abiturnoten und damit einen Studienplatz ihrer Wahl beschert. Das deckt sich jedenfalls mit meinen Erfahrungen.

Männliche Schüler haben es zudem gar nicht nötig, von Lehrern „benachteiligt“ zu werden. Desinteressiert und oftmals stinkend faul besorgen sie das locker selbst. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich war mal so einer. Doch selbst mir wäre es nicht im Traum eingefallen, zum Beispiel meine Französischlehrerin für meine schlechten Noten in diesem Fach verantwortlich zu machen. Da rächten sich allein meine Faulheit und mein ständiges Schwänzen – und keineswegs meine Lehrerin, wie Meister Eder, der Pädagogik-Professor, es unterstellt hätte.

Warum eine Abiturquote, die sich (verdientermaßen) immer mehr zugunsten der Mädchen verschiebt, zu einem Fachkräftemangel führen soll, erschließt sich mir nun rein gar nicht. Auch Frauen können durchaus Fachkräfte in der Wirtschaft sein – meiner Meinung nach sogar die weitaus besseren, weil ihre Gedanken nicht ständig um Sex und Saufen nach der Arbeit kreisen.

Der Hammer jedoch ist das folgende wirre Konstrukt: Männer, die im Niedriglohnsektor oder gleich in der Arbeitslosigkeit landen, also nachgewiesenermaßen nicht die Hellsten sind, sollen angeblich klug genug sein zu erkennen, dass kein „Kindermachen“ in dieser Situation doch eher kontraproduktiv wäre. Stirbt die Intelligenz hierzulande nicht deshalb aus, weil Akademiker viel weniger Kinder bekommen als Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen? **Gerhard Hoffmann, Nidderau-Heldenbergen**

Wann entsagen wir dem Grabredenton zur deutschen Geschichte?

Zu: Wir machen uns erbärmlich (Nr. 14)

Mit dem Hinweis auf den unsäglichen Schuldkult hat die *PAZ* den Finger auf den Knackpunkt deutscher Politik gelegt. „Wer Auschwitz zur Grundlage staatlichen Handelns macht, kann die Menschen nicht dazu bewegen, dieses Land zu lieben.“ So hatte der stellvertretende Bundesvorsitzende der AfD, Alexander Gauland, im *PAZ*-Gespräch gesagt. Die Deutschen müssten folglich erst einmal zu sich selbst finden, wenn sie von Zuwanderern erwarten, sich einzugliedern.

Meine Erfahrung ist eher die: Die meisten Ausländer beurteilen das Dritte Reich viel unverkrampfter als viele Deutsche. Das liegt wahrscheinlich daran, dass ihnen die ewigen Prügel der Medien mit der Nazikeule erspart geblieben sind.

Besonders schlimm daran finde ich, dass weder die moralisierenden Journalisten noch die Opfer ihrer Behämmerung jemals überprüfen konnten oder dies wagten, ob an der einzig geduldeten Form Geschichtsschreibung alles stimmt. Das ist kein Wunder, solange die Behörden die Leugnung des sogenannten Holocaust fast so unnachsichtig verfolgen wie Mord und Totschlag. Kaum ein Historiker traut sich deshalb wenigstens den Teil klar zu kennzeichnen, der auf Kriegspropaganda der Alliierten beruht.

Aber nur eine offene Aussprache, frei von jeder Strafandrohung, verspricht Heilung dieser grässlichen Wunde der Volksseele. Einer der wenigen deutschen Politiker, der das klar erkannt hat, ist Björn Höcke. Die Landesvorsitzende der AfD in Thüringen berührte unlängst in einer Rede die schmerzende Stelle. Der kreischende Aufschrei von Presse und Fernsehen klingt ihm bestimmt immer noch in den Ohren.

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

So schmerzlich es für manchen auch sein mag: Wir sollten uns den fraglichen zwölf Jahren der Geschichte endlich stellen. Dazu könnte eine Regierung, die den Namen „deutsch“ verdient, eine Versammlung möglichst ausländischer, unabhängiger Geschichts-Wissenschaftler einberufen. Der Ausschuss sollte eine ausführliche Beschreibung der NS-Zeit anfertigen und nach Art der Gauck-Behörde für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Eine solche Unterlage würde die aufflammende Aussprache versachlichen. Jedermann könnte sich dann im Zweifel zu einem Ereignis schlau machen, wenn die „Tagesschau“ des ersten Fernsehens wieder einmal über eine Gedenkveranstaltung berichtet und damit zu allgemeiner Bußfertigkeit aufruft. Vielleicht würden die Herren Journalisten alsbald dem gedämpften Grabredenton entsagen und mit dem nötigen Abstand berichten, statt zu predigen.

Auch künftigen Nazi-Vergleichen wie aus dem Mund von Sultan Erdogan vom Bosporus würde man gelassener entgegensehen. Man könnte ihm bei solchen Gelegenheiten einen vergleichbaren Untersuchungs-Ausschuss zur Armenien-Frage empfehlen. Ferner brauchte der Bundestag seine Nase nicht mehr in Verfehlungen anderer Länder zu stecken, sondern könnte sich den unbewältigten Aufgaben der Zukunft im eigenen Land widmen.

Ich denke etwa daran, der Jugend die sehenswerten Verdienste von mehr als 1000 Jahren deutscher Kultur näherzubringen, statt sie wie hypnotisierte Kaninchen immer nur auf ein lächerliches Dutzend von Jahren starren zu lassen. **Volker Wittmann, Philippsburg**

Andere Nationen haben viel mehr Leichen im Keller

Zu: „Ja, wir sind populistisch“ (Nr. 12)

Die Bemerkung von Herrn Gauland: „Es ist leider so, dass diese zwölf Jahre viel von unserer Vergangenheit zerstört haben, dass sie vieles schwer belastet haben“, halte ich für unangebracht, da sie unsere Geschichte völlig einseitig darstellt.

Durch Verfügung der Alliierten wird in unseren Schulen den Nachkriegsgenerationen ein völlig einseitiges Geschichtsbild vermittelt, indem die Schüler nur über die NS-Zeit unterrichtet werden und ihnen die übrige Geschichte weitgehend unbekannt ist. Das gilt auch für Kinder, die eine Diskussion über Politik trotz eines sonst guten Verhältnisses strikt ablehnen. Nach eigener Aussage haben sie außer vom Holocaust keine Ahnung von Geschichte.

Von allgemeiner, das heißt auch internationaler Geschichte, haben sie oft wenig Kenntnisse und wissen daher auch nicht, dass andere Nationen zum Teil viel mehr Leichen im Keller haben. Als Beispiel sei die Vernichtung der Indianer in den USA genannt.

Ich würde daher auf die NS-Zeit nur im Zusammenhang mit der umgebenden Situation eingehen und sie nicht ständig so herausheben. **Uwe Schmidt, Rudersdorf**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Binzer Strandmode

Zum Start in die Sommersaison werfen sich Rüganer in die noch eiskalte Ostsee – Ein Badespaß in historischer Kostümierung

Badegäste in Schwimmanzügen mit geringelten Mustern am Körper und mit preußischen Pickelhauben auf dem Kopf – das gibt es nur in Binz. Zum Saisonauftakt im Mai geht man in dem Rügener Kurort ganz altertümlich baden.

Damen mit Hut und Herren im Gehrock, wärmende Frühlingssonne, Vogelzwitschern und ein romantisches Picknick auf dem Königsstuhl. So sah die Sommerfrische im Ostseebad Binz auf Rügen um die Jahrhundertwende aus. Eine Zeit, die prägend für die Gemeinde war, die 1884 die Anerkennung als Badeort erhielt. Das Kurhaus, die Strandpromenade, die Seebrücke sowie imposante Villen im Stil der Bäderarchitektur entstanden in dieser Zeit. Das Badeleben entwickelte sich mit Strandkörben, Damen- sowie Herrenbädern und später Familienbädern. Die damaligen Gäste logierten, lustwandelten und suchten nach Zerstreuung. Dabei trugen die Herren Gehrock und Zylinder, die Damen trotzten Sonne und Wind im hochgeschlossenen Kleid und bewahrten mit Hut und Sonnenschirm ihre vornehme Blässe.

Seit 2009, dem 125. Jubiläum des Seebades Binz, lassen die Rüganer diese Zeit wieder aufleben und eröffnen die Sommersaison jedes Jahr zum 1. Mai mit der Binzer Sommerfrische. Mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen wird die Gründerzeit des Bades gewürdigt und der Urlauber in längst vergangene Zeiten zurückversetzt. Sie führt zurück in die Belle Époque, jener „schönen Epoche" zwischen 1884 und 1914, in der gutbetuchte Reisende ihre Sehnsucht nach kräftiger Seeluft und einem Bad im Meer an der Ostküste Rügens auslebten. Innerhalb weniger Jahre schnellte damals die Gästezahl von 1200 auf 16 500 im Jahr empor. Und alle mussten verwöhnt und untergebracht werden.

Die Binzer enttäuschten die Herrschaften nicht und boten ständig etwas Neues. Sie bauten eine feste Landungsbrücke, an der Schiffe die Urlauber direkt entladen konnten. Sie errichteten ein Kurhaus für allerlei Lustbarkeiten, legten die Strandpromenade an, bauten Badeanstalten und immer mehr Logierhäuser. Diese Pensionen im Villenstil der sogenannten Bäderarchitektur stehen heute noch in großer Zahl an der mehr als drei Kilometer langen Promenade sowie in den hinteren Reihen des historischen Ortskerns und bieten einen besonderen Anblick: weiße Fassaden, Fachwerk, Türmchen und Erker, Balkone und Veranden, Bögen und Giebel, Säulen und Ornamente – ein eigenwilliger Stilmix, der sich je nach Gusto des Erbauers bei allen Epochen bediente.



Ein Bild wie vor 100 Jahren: Vorm Kurhaus von Binz hat sich eine besonders schicke Strandgesellschaft versammelt Bild: Guballa

Wie die Erfolgsgeschichte vom abgelegenen Fischerort zum eleganten Seebad verlief, erzählt mit viel Humor Gästeführerin Marita Boy bei einer historischen Ortsführung. Ihre plattdeutschen „Riemels" blicken auch hinter die weißen Fassaden, die einmal im Jahr mit Rügener Kreide getüncht wurden. So erfahren die Zeitreisenden, dass nur die Schauseiten der Villen aufwendig gestaltet sind, denn sie dienten als Aushängeschild und sollten Gäste anlocken. Die offenen Veranden und Balkone gingen zur Straße und in den Schatten hinaus, um die gepflegte Blässe nicht zu gefährden, aber vor allem zum Sehen und Gesehenwerden. Die Herrschaften wohnten einst in Zimmern ohne Bad, weshalb die Kurdirektion das „Warmbad" mit Badewannen errichten ließ.

Auch die große Zahl an Restaurants, die in Binz von der Sterneküche bis zum rustikalen Räucherfisch jedes Genussniveau ermöglichen, haben Tradition: Weil die Logierhäuser in der Regel keine Küchen hatten, gingen die Gäste auswärts essen.

Als einer der Höhepunkte der Binzer Sommerfrische versammeln sich am 1. Mai am Strand neben der Seebrücke ein paar Dutzend Unerschrockene zum „Anbaden". Bei jedem Wetter warten die mutigsten Binzer inklusive Bürgermeister in nostalgisch-geringelten Badeanzügen auf den Startschuss. Bibbernd und johlend stürzen sie sich dann in die kalten Fluten der Ostsee, die um diese Jahreszeit selten mehr als zehn Grad Wassertemperatur bietet. Unter großem Applaus der warm eingepackten Zuschauer ist damit die offizielle Badesaison eröffnet. Nun kann der Sommer kommen.

Das Anbaden ist auch Auftakt für die anschließende „Woche der Bäderarchitektur". Vom 1. bis 7. Mai stehen die berühmten weißen Villen und ihre Geschichte im Mittelpunkt besonderer Führungen, Aktionen, Vorträge und Ausstellungen. Einer der Höhepunkte ist dabei die die Aktion „Hereinspaziert in die Villen", die vom 3. bis 5. Mai einen Blick hinter die weißen Bäderstil-Fassaden gewährt. 13 Häuser öffnen dann ihre Türen für die Besucher, die sich im Rahmen geführter Rundgänge ein Bild von der Geschichte der Häuser und ihrer Besitzer machen können.

In Prora, wo ein gigantisches KdF-Seebad errichtet werden sollte, stellt das Dokumentationszentrum in einem Vortrag am 4. Mai um 20 Uhr im Haus des Gastes den „Koloss von Rügen" vor. Weiter auf den Spuren der Bäderarchitektur können Besucher auf drei Ortsrundgängen durch Binz wandeln, die am 3., 6. und 7. Mai am Haus des Gastes starten. Unter dem Motto „Licht. Kunst.Klang" erlebt Binz am 5. und 6. Mai erstmalig eine Licht- und Akustikinstallation, bei der das historische Kurplatzensemble mit moderner Laser-, Projektions- und Tontechnik inszeniert wird, am 6. Mai zusätzlich unterlegt mit Musik vom Plattenteller. Das Programm zur Woche der Bäderarchitektur ist im Internet unter www.ostseebad-binz.de nachzulesen. *Andreas Guballa*

Weitere Informationen: Gemeinde Ostseebad Binz – Kurverwaltung, Heinrich-Heine-Str. 7, 18609 Ostseebad Binz, Telefon (038393) 148148, Infos im Internet: *www.binzer-sommerfrische.de*

Atlantische Blütenoase

Madeira lädt im Mai zum Blumenfest – Die ganze Insel blüht auf

Ein freundliches „Hola!" ist hier fehl am Platz. Das merkt der deutsche Reisende sofort, nachdem er den Taxifahrer am Flughafen von Funchal mit seinem Spanisch beeindrucken will. Der Chauffeur erwidert den Gruß mit einem vielsagenden Lächeln und antwortet „Bom dia!", wobei er jede Silbe einzeln und deutlich betont. Er kennt das



„Bom dia!" Frühling: Blumenkinder beim Fest auf Madeira

Foto: Madeira Tourismus

schon – die Gäste aus Deutschland sind so sehr auf „España" fixiert, dass sie, sobald sie eine Insel betreten, reflexartig in ihr Urlaubsspanisch verfallen. Aber das hier ist Madeira, ein Teil Portugals, obwohl die Insel beinahe 1000 Kilometer von der heimatlichen Küste entfernt im Atlantik liegt. Und hier heißt es nicht „Hola", sondern „Bom dia".

Mallorca zieht zehnmal so viele Touristen an, aber das ärgert die Madeirenser nicht. Im Gegenteil, der Massentourismus ist nicht ihr Ziel, denn die ökologischen Folgen der jährlichen Invasion auf der rund 2000 Kilometer östlich gelegenen Baleareninsel sind hier wohlbekannt. Und: Die Inselbewohner schätzen die Ruhe ihres beschaulichen Eilands. Zudem gäbe es hier keinen Platz für Strandrummel à la Ballermann, denn Madeira hat keine Strände.

Stattdessen prägen spektakuläre Steilküsten die Silhouette. Die Insel gleicht einem riesigen Garten – der „Garten Gottes" sagen die Menschen hier. Und so wird sie auch behandelt: 75 Prozent der Fläche dürfen nicht bebaut werden. Mitten hindurch führen kleine, offene Kanäle, die das Wasser aus den Bergen oft über viele Kilometer zu den Feldern im Vorland leiten. Sie werden „levadas" genannt. Früher gingen die Bauern diese „levadas" regelmäßig ab, um sie sauber zu halten – und wanderten dabei stundenlang durch die verschiedensten Vegetationszonen bis hinauf zu den Gipfeln. Heute sind die Wanderungen längs den „levadas" das beliebteste Vergnügen für die ausländischen Gäste.

Auf einer der östlichen Anhöhen über Funchal liegt ein blühendes Kleinod voller exotischer Bäume, Blumen, Gräser und Sträucher: das Landgut und die Gärten der Quinta do Palheiro, besser bekannt unter dem Namen Blandy's Garden. Die Blütenpracht aus Kamelien, üppigen Strelitzienbüschen und mächtigen Farnbäumen sowie der Blick von der hochgelegenen Anlage über den Hafen und die Lichter der Stadt Funchal hinaus auf den Atlantik ist selbst für verwöhnte Reisende ein Erlebnis.

Die Vielfalt der auf der Insel gedeihenden Blumenarten wird alljährlich im Frühjahr mit der „Festa da Flor" gefeiert. Der prachtvolle Umzug der allegorischen Wagen – der große Blumenkorso geschmückt mit Tausenden von Blüten – zieht durch die Straßen Funchals und gehört zu den zahlreichen Traditionen der Insel. Verschwenderische Blumenarrangements, die Schönheit der Blüten und die ausgelassen feiernden Menschen verbreiten eine ganz besondere Atmosphäre in der Stadt. Das Blumenfest findet in diesem Jahr vom 4. bis 21. Mai statt. *Andreas Guballa*

Internet: www.visitmadeira.pt

Alles »bluescht«

Zur Obstbaumblüte ins Thurgau

Das größte Schweizer Obstanbaugebiet, das am Bodensee gelegene Thurgau, verwandelt sich in diesen Tagen in ein rosa getupftes Blütenmeer. Bereits jetzt blühen Kirschbäume, in den nächsten Tagen kommen Birnen- und zum krönenden Abschluss die Apfelbäume hinzu.

Die Apfelblüte ist ein besonderes Erlebnis im Thurgauer Frühling. Sie hält sich allerdings an keinen Terminkalender: Je nach Region und Höhenlage öffnen sich die dicken rosafarbenen Blütenkränze zu unterschiedlichen Zeiten. Der zuletzt kühle Frühling sorgt dieses Jahr für eine leichte Verzögerung der Knospenentfaltung. Im Thurgau aber hat man besonders für Tagestouristen das Blütenbarometer genau im Blick, das Auskunft gibt für den idealen Reisezeitpunkt. Am sogenannten Bluescht-Telefon erfahren Anrufer unter der Schweizer Nummer (0041) 071-4141146 den aktuellen Stand der Obstbaumblüte. Außerdem bekommt man dort von montags bis freitags von Madame Bluescht individuelle Tipps für Rad- und Wandertouren sowie Übernachtungsangebote.

Wer sich gerne einer Gruppe anschließt, kann im Mai beispielsweise bei geführten eintägigen oder mehrtägigen Touren mitwandern. Abenteurer und Naturliebhaber können ab sofort auf drei Thurgauer Bauernhöfen eine Nacht unter 1000 Blüten buchen. Die Übernachtung unter freiem Himmel auf einem schön eingerichteten Strohbett kostet für Schweizer Verhältnisse günstige 45 Franken pro Person inklusive Frühstück und ist online beim Thurgau Tourismus buchbar. Wer es etwas gemütlicher mag, kann

Bild: Thurgau Tourismus

Ein Genuss fürs Auge: Blütenpracht in Altnau

am Sonntag, 1. Mai, eine genüssliche Bluescht-Fahrt mit dem Saurer Oldtimer-Postauto unternehmen. Die Ausflugsfahrt startet in St. Gallen und führt zu verschiedenen Sehenswürdigkeiten während der Obstbaumblüte: Ein Stopp beim Altnauer Bluescht-Fäscht gehört genauso zum Programm wie ein Apfelmenü zum „Zmittag" im historischen Wasserschloss in Hagenwil. *H. Tews*

Angebote und Buchungen im Internet unter: www.thurgau-bodensee.ch/bluescht

Mit der Post zu Harry Potter

Vor 20 Jahren erschien mit „Der Stein der Weisen" der erste „Harry Potter"-Band der englischen Autorin Joanne K. Rowling. Er setzte unter jungen Lesern und Kinogängern eine beispiellose Erfolgsgeschichte in Gang, die nun auch touristisch vermarktet wird. Rechtzeitig zum Jubiläum der „Harry Potter"-Buchserie hat England 2017 zum „Jahr der Romanhelden" erklärt. Am neu entfachten Potter-Fieber in England können Deutschlands „Potterheads" – wie sich die Fans nennen – auch teilhaben. Die Reisemarke der Deutschen Post, Post-Reisen, bietet ab 8. Juli (buchbar bis 8. Mai) für Groß und Klein eine deutschsprachige Rundreise „Auf den Spuren von Harry Potter" auf der Insel an. Gereist wird zwar nicht mit „Flohpulver" oder dem Zauberzug „Hogwarts Express", dafür aber bequem – wie es sich für nicht-magische Muggels gehört – mit Linienflug und Reisebus. Magisch sind dafür die angesteuerten Ziele: Neben der mittlerweile ikonischen King's Cross Station mit dem Bahngleis 9¾ und Drehorten wie der Kathedrale von Gloucester bietet die siebentägige Tour ein weiteres absolutes Highlight an: den Besuch der Warner Brothers Harry Potter Studios in Leavesden. Die Rundreise mit Linienflug ab München, Düsseldorf, Hamburg oder Berlin kostet mit sechs Hotel-Übernachtungen pro Person 899 Euro. Buchen kann man bis 8. Mai unter: http://bit.ly/PostReisenHarryPotter. Weitere Informationen unter: www.post-reisen.de *tws*

Tiefer Blick in den Abgrund

Jürgen Oelkers fördert unbekannte Fakten der Vorgänge an der Odenwaldschule zutage

Als im Sommer 2015 die legendäre Odenwaldschule (OSO) geschlossen wurde, war das der Schlusspunkt unter einem Skandal, der noch lange nicht voll aufgearbeitet ist. Das einst gefeierte Mekka der linken Reformpädagogik, an dem Kinder der Familien Porsche, Dohnanyi und v. Weizsäcker lernten, war ein Ort des sexuellen Kindesmissbrauchs – und zwar jahrzehntelang und massenhaft.

Eine Schlüsselfigur dabei war Gerold Becker (1936–2010), von 1972 bis 1985 Leiter der Odenwaldschule. Über ihn hat der Erziehungswissenschaftler Jürgen Oelkers eine Forschungsarbeit vorgelegt, die einen maßgeblichen Beitrag zur Aufklärung leistet. Auf mehr als 600 Seiten zeichnet er minutiös den von ganz weit oben durchgesetzten und protegierten Aufstieg des evangelischen Theologen Becker nach. Becker wurde Schulleiter, obwohl ihm jede pädagogische Ausbildung fehlte und obwohl seine Förderer schon früh über seine pädosexuelle Neigung Bescheid wussten. An der „OSO“ hat Becker Hunderte Jungen mit Verlockungen und Erpressungen sexuell missbraucht, skrupellos ging er gegen alle vor, die ihn zu enttarnen drohten. Dabei waren seine prominenten Förderer, namentlich der Bildungspolitiker Hellmut Becker, im Prinzip durchaus über die Zustände an der OSO im Bilde, wie Oelkers nachweisen kann.

Zu Recht nennt er Becker einen Kriminellen, die massenhaften, schweren Straftaten sind eindeutig belegt. Man darf nicht vergessen, dass der Missbrauch an der OSO auch Menschenleben gefordert hat, mindestens elf ehemalige Schüler haben sich das Leben genommen. Dass Gerold Becker sich nie vor einem Gericht verantworten musste, entlastet ihn nicht. Es ist angesichts der Umstände, die das verhindert haben, nur ein besonderer Tiefpunkt dieses Skandals, wie Oelkers treffend herausarbeitet.

Der emeritierte Professor für Pädagogik an der Universität Zürich fördert in seinem Buch viele bislang unbekannte Fakten zutage: Da sind etwa mehrere fluchtartige Orts- und Stellenwechsel Beckers in seinen jungen Jahren, die zusammen mit weiteren Indizien weitere, frühe Missbrauchsstraftaten in der Tat sehr wahrscheinlich machen. Hier schießt der sonst stets vorsichtig urteilende Autor aber über das Ziel hinaus, wenn er schreibt: „Gerold Becker war mehr als 40 Jahre lang als Päderast unterwegs, musste mehrfach fliehen.“ Denn der letzte Nachweis für diese steile Aussage fehlt. Bis in die 1960er Jahre wurden solche Taten noch ähnlich konsequent geahndet wie seit Mitte der 1990er wieder. Die Furcht vor strenger Strafe kann Becker von solchen Taten abgehalten haben, zumal er in seinen jungen Jahren noch gläubig

Fristlose Kündigung, sonst passierte nichts

war und zwei Mal täglich betete.

Oelkers hat auch herausgefunden, dass Becker oft finanziell klamm war, selbst dann noch, als er nach langer Schulleitertätigkeit längst hätte „saniert“ sein müssen. War das nur eine persönliche Schwäche oder ist es ein Hinweis auf weitere Verfehlungen? Schließlich zeigt der Autor eindrucksvoll auf, in welchem Ausmaß Becker die Jugendarbeit und Pädagogik der Evangelischen Kirche in Deutschland beeinflusst hat. 30 Jahre lang trat er als gefeierter Pädagogik-Experte auf allen evangelischen Kirchentagen auf und gehörte sogar dessen Präsidium an, und oft referierte er in evangelischen Akademien.

Detailliert dokumentiert Oelkers schließlich, wie die erste Enttarnung Beckers im Herbst 1999 (kurz nach Ablauf der Verjährung der letzten sicher belegten Taten) sozusagen im Nirwana verlief. Die von Becker kaum bestrittenen Vorwürfe führten zwar dazu, dass das Land Hessen die Zusammenarbeit mit ihm fristlos beendete, aber sonst geschah nichts: Keine große Zeitung begann zu recherchieren, weder eine Bildungsinstitution noch die Kirche beendeten die Zusammenarbeit. Becker blieb noch als enttarnter Sexualstraftäter weitere gut zehn Jahre lang „die deutschlandweit gefeierte pädagogische Lichtgestalt“ („FAZ“).

Der Gipfel war ein gemeinsamer Auftritt dieses Kriminellen mit dem damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau im Jahre 2004. Treffend vermerkt Oelkers hierzu, dass Rau aus seiner Zeit als Wissenschaftsminister in NRW Beckers Lebenspartner Hartmut v. Hentig als „Autorität in Sachen Erziehung und Schule“ kannte und schätzte. Unerwähnt lässt er Raus eigene Verstrickung in den großen Pädophilieskandal: Er war 1966 Mitgründer und Geschäftsführer des kirchennahen „Peter-Hammer-Verlages“, der mehrere die Pädosexualität massiv verharmlosende Bücher herausgebracht hat.

Da und dort leistet das Buch sogar mehr, als der Autor glaubt. Die große Zahl an Mosaiksteinchen hat beim Rezensenten genau das lebendige Persönlichkeitsbild Beckers entstehen lassen, das Oelkers meint, seinen Lesern schuldig bleiben zu müssen. Trotzdem gibt es kleinere Schwachstellen. Manchmal wäre weniger mehr gewesen, Oelkers lässt den Leser so umfassend an seinen Recherchen teilhaben, dass manchmal der rote Faden verloren geht. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse auf einigen Dutzend Seiten sowie ein Orts- und Personenregister hätten dem Buch gutgetan. Leider spielt auch der berüchtigte Psychologe und Pädagoge Professor Helmut Kentler in Oelkers Buch keine Rolle, obwohl er – noch vor Gerold Becker – wohl die eigentliche Zentralfigur im bundesdeutschen Pädophilie-Skandal war. Ob sich ein Forscher findet, der auch diese Lücke noch schließt?

Ferner bleibt in dem Buch offen, inwiefern bei diesem Komplex die Stasi ihre Finger im Spiel hatte. Wahrscheinlich ist das schon deswegen, weil die evangelischen Akademien beim schockierenden Versuch, pädosexuelle Taten salonfähig zu machen, eine wichtige Rolle gespielt haben. Diese Akademien waren aber teilweise stark von der Stasi unterwandert.

Konrad Badenheuer

***Jürgen Oelkers: „Pädagogik, Elite, Missbrauch. Die ‚Karriere‘ des Gerold Becker“**, Verlag Beltz Juventa, Weinheim/Basel 2016, gebunden, 608 Seiten, 58 Euro*

Wie Verbraucher geprellt werden

Das deutsche Finanzwesen ist äußerst intransparent, und für Otto Normalverbraucher sind die Mechanismen kaum nachvollziehbar. Weil Experten der Banken, Sparkassen und Versicherungen ihren Kunden Produkte verkauften, die vor allem ihnen selbst nützten, verlören deutsche Anleger Jahr für Jahr Milliarden Euro, schreibt der Fachmann Michael Ritzau in seinem Buch „Die große Fondslüge“. Denn neben gemanagten Fonds gibt es sogenannte Indexfonds (ETFs), die ebenfalls börsengehandelt werden, aber kaum Provisionskosten verzichten, von den Instituten aber kaum angeboten würden. Anhand zahlreicher Berechnungsbeispiele erläutert Ritzau den Unterschied. Der Autor geht mit unkritischen Medienberichterstattern hart ins Gericht. Vor allem „Finanztest“, immerhin von einer gemeinnützigen Stiftung herausgegeben, wirft er vor, Lobbyarbeit zu betreiben.

Wird der Leser teilweise von Fachchinesisch überfordert, so bleibt die Kernaussage doch stets präsent, weil Ritzau sie in jedem Kapitel wiederholt. *MRK*



***Michael Ritzau: „Die große Fondslüge“**, Tectum Verlag, Marburg 2016, broschiert, 238 Seiten, 19,95 Euro*

Nachdenkliches zur EU

Politiker verarbeiten Brexit

Anlässlich des Brexit-Schocks setzte bei der EU-Nomenklatura das große Nachdenken über die weitere Zukunft der Union ein, welches nun auch den Büchermarkt erreicht hat. Ein Beispiel hierfür ist die Broschüre „Europa in der Krise“, die vom ehemaligen Kanzleramtschef Bodo Hombach und Edmund Stoiber (nach seiner Zeit als bayerischer Ministerpräsident unter anderem Leiter einer EU-Arbeitsgruppe) herausgegeben wurde. Dann sinnen Politiker wie Martin Schulz darüber nach, was die Europäische Union gegen die Auflösungstendenzen infolge des „Rechtspopulismus“ und „Nationalismus“ tun könne. Die verkündeten Rezepte sind freilich altbekannt: weniger bürokratisch agieren und mehr auf die Bürger hören. Schließlich wird dann ganz zum Schluss noch die Katze aus dem Sack gelassen, dass es vor allem darum gehe, Europa „referendumsfest“ zu machen. Eine Erklärung, was damit gemeint ist, fehlt allerdings. Aber das kann sich der mündige Leser ja selbst zusammenreimen: Volksentscheide dürfen gerne stattfinden – sofern sie nur ja nicht die Pläne der EU-Oberen konterkarieren.

Wolfgang Kaufmann

***Bodo Hombach/Edmund Stoiber (Hg.): „Europa in der Krise. Vom Traum zum Feindbild?“**, Tectum-Verlag, Marburg 2017, 217 Seiten, broschiert, 19,95 Euro*

Unbeschwertes Künstlerleben

Hans Pleschinski hat Tagebücher von Else Sohn-Rethel wiederentdeckt



Der Maler Alfred Rethel (1816–1859) hat in der Kunst des 19. Jahrhunderts durch seine Holzschnittfolge „Auch ein Totentanz“ einen guten Ruf. Er hatte in eine Großfamilie eingeheiratet, die durch erfolgreiche Bankgeschäfte in Königsberg und durch große Künstlerpersönlichkeiten zu Ansehen und Wohlstand gekommen war. Seine Tochter Else erlebte als Mädchen und später als Ehefrau des Porträtmalers Carl Sohn unbeschwerte Jahrzehnte, wie man sie sich vollkommener kaum vorstellen kann.

Sie kam 1853 in Dresden zur Welt und ist 80-jährig, kurz vor Hitlers Machtergreifung, in Düsseldorf gestorben. Im hohen Alter hat sie Erinnerungen an ihre Jugend aufgeschrieben, die durch Zufall dem Schriftsteller Hans Pleschinski in die Hände fielen. Er sah in ihnen beispielhaft das Leben des deutschen Großbürgertums in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geschildert und konnte die Angehörigen für eine Veröffentlichung gewinnen. Die ohne jede Systematik geschriebenen Tagebücher für die Jahre 1860 bis 1890 hat er durch informierende Zwischentexte zum politischen und gesellschaftlichen Geschehen ergänzt.

Es ist ein anregendes, zur Nostalgie verleitendes Buch, in dem man eine sorglose Jugend im vor Kunst geradezu vibrierenden Dresden erlebt, wo bei der großen Familie viele bekannte Maler und Musiker, insbesondere der im Zenit ihrer Anerkennung stehenden Künstlergruppe der Nazarener, verkehrten. Später, als Else Hans Sohn geheiratet hatte, der zum Porträtmaler des britischen Königshauses bis hin zu Königin Victoria reüssierte, lebte das Paar im ebenfalls künstlerisch ambitionierten Düsseldorf. Es sind vielleicht die interessantesten Passagen des Buches, wenn Carl Sohns Briefe aus London das Leben am viktorianischen Hof schildern. Ein ernsterer Ton klingt an, wenn die häufig grassierenden Choleraepidemien Gesundheit und Leben der Menschen bedrohten.

Sohn-Rethel hat diese Erinnerungen sicher ohne jeden literarischen Anspruch geschrieben. Dem heutigen Leser vermittelt sich das schöne Bild eines fast sorgenfreien Lebens. Dennoch bleibt ein etwas schaler Nachgeschmack: Einmal äußert die Autorin, sie wisse gar nicht genau, wie viele Bedienstete im Hause seien. An solchen Stellen offenbart sich eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber gesellschaftlichen Problemen, die in dieser von starken sozialen Gegensätzen geprägten Zeit befremdet. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges war es mit dieser so unbeschwert lebenden Bürgerwelt bald vorbei.

Dirk Klose

***Hans Pleschinski (Hg.): „Ich war glücklich, ob es regnete oder nicht. Lebenserinnerungen von Else Sohn-Rethel“**, C. H. Beck Verlag, München 2016, gebunden, 256 Seiten, 22,95 Euro*



Astronauten hautnah

Autorenduo erklärt anschaulich das Weltall

Prallgefüllt mit Wissen ist dieses Weltraumbuch für Kinder ab zehn Jahren, die sich für das Weltall, die Raumfahrt und Raketen interessieren. Der englische Autor Martin Jenkins und sein Landsmann Stephen Biesty, der für die Zeichnungen zuständig war, haben ein wahres Meisterwerk geschaffen. Es führt in unser Sonnensystem und noch viel weiter.

Gleich das erste Kapitel berichtet, wie 1977 eine Rakete von Cape Canaveral in Florida startete und etwas ganz besonderes an Bord hatte: das Raumfahrzeug (Voyager 1) mit Kameras, noch sehr leistungsschwachen Computern, ein Funksystem und einen Aluminiumbehälter. Darin befand sich die „Goldene Schallplatte“ (Golden Record). Auf dieser Platte sind Zeichen und Symbole eingraviert. Es sind menschliche Mitteilungen an außerirdische Lebewesen im Weltraum. Grußbotschaften in 55 Sprachen sind enthalten, Fotos, Lieder und vieles mehr. Falls irgendwo da draußen andere Lebewesen sie finden, erhalten sie einen Eindruck von uns Menschen auf der Erde. „Voyager 1“ hat das Sonnensystem bereits verlassen, befindet sich in einer Entfernung von rund 20 Milliarden Kilometern im interstellaren Raum. Im gleichen Jahr wurde die „Voyager 2“ gestartet, die sich heute etwa 17 Milliarden Kilometer von der Erde entfernt befindet.

Wie diese „Sternenboten“ aussehen, kann man in detaillierten Zeichnungen und Abbildungen sehen. Nicht nur die Geschichte wird genau beschrieben, sondern auch Einblick gewährt in die Technik dieser Weltraumfahrzeuge.

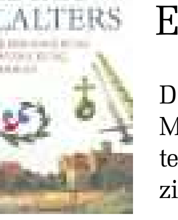
Ein Weltraumanzug kostet Millionen. Ihn einmal ganz genau anzuschauen, ist hochinteressant. Denn wer weiß schon, dass, wegen der Kälte im All die Handschuhe mit beheizten Fingerlingen ausgestattet sind und der Astronaut Windeln trägt?

Am Schluss gibt es noch einen Ausblick in die Zukunft. Werden wir je auf dem Mars leben können oder unser Sonnensystem verlassen? In der Phantasie geht das auf jeden Fall jetzt schon mit Hilfe dieses gelungenen Jugendbuches.

Silvia Friedrich

***Stephen Biesty/Martin Jenkins: „Abenteuer Weltall“**, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2017, gebunden, 64 Seiten, 16,95 Euro*





Spannende Epoche

Europäische Geschichte zwischen Antike und Neuzeit

Das Mittelalter ist faszinierend. „Doch war es weder so finster, wie es die Künstler der Renaissance malten, noch so glänzend, wie es seine Verehrer im 19. Jahrhundert dargestellt haben“, sagt Uwe A. Oster im Vorwort zu seinem „Atlas des Mittelalters“. Schon allein wegen der langen zeitlichen Ausdehnung dieser Epoche über 1000 Jahre lasse sich das Mittelalter nicht über einen Kamm scheren.

Der Autor nähert sich dem Thema in fünf Hauptabschnitten. Die Kapitel sind jeweils in Unterthemen gegliedert. Auf diese Weise erhält der Leser einen breitgefächerten Überblick der Zeitspanne, da alle relevanten Eckpunkte beleuchtet werden. Beginnend mit der Völkerwanderung, ihren Ursachen und Auswirkungen, geht es weiter zur Christianisierung Europas.

Ebenso wie die Entwicklungsgeschichte des Christentums wird die des Islam behandelt. Der Journalist schafft es, die Texte sehr lebendig zu gestalten. Anschauliche Karten, Infokästen und Bilder verstärken den lebendigen Schreibstil. Kaum ein anderer Begriff werde so sehr mit dem Mittelalter identifiziert wie „Ritter“, sagt der Autor. Und hat sicher recht damit. Denn blanke Rüstungen, rasselnde Schwerter und Ritterspiele in den Höfen massiver Burgen bestimmen unser Bild dieser Zeit bis heute.

Weniger opulent kam die mittelalterliche Wirklichkeit daher, denn aufwendige Ausrüstungen konnten sich viele der „chevaliers“ nicht leisten. Genügte im frühen Mittelalter noch ein Kettenhemd, musste dieses seit dem 13. Jahrhundert durch einen Plattenharnisch ergänzt werden, was, auch für die Anschaffung dazugehöriger Waffen, horrende Ausgaben bedeutete. Wertvollstes Gut eines Ritters war jedoch sein Pferd. Ritterlichkeit bedeutete auch, das rechte Maß zu halten in allen Lebenslagen. Somit führten zahlreiche Filme mit ihren ausschweifenden Rittermahlen in die Irre.

Die Grundlagen unserer heutigen Zeit bildeten sich heraus in dieser spannenden Epoche. Der Atlas des Mittelalters trägt dazu bei, die Ära in der europäischen Geschichte zwischen Antike und Neuzeit ein wenig besser zu verstehen. *S.F.*

***Uwe A. Oster: „Atlas des Mittelalters. Von der Völkerwanderung bis zur Entdeckung Amerikas“**, Palm Verlag, Berlin 2016, gebunden, 160 Seiten, 19,95 Euro*



Arvydas Barysas
Zwischen Wanderdünen
Nidden – Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung
Eine öde Gegend, der ärmste Landstrich, die „Preußische Sahara" – alles Bezeichnungen für die Kurische Nehrung im 19. Jahrhundert. Und doch kam sie ab Ende des 19. Jahrhunderts zu einiger Berühmtheit als Ort der Sommerfrische, der Ruhe, der Abgeschiedenheit und Natürlichkeit. Schriftstellern und Malern verdankt die Kurische Nehrung ihren allmählich wachsenden Ruhm. Ihr künstlerisches Zentrum wurde das kleine Fischerdorf Nidden, das den Titel einer Künstlerkolonie erhielt. Schon vor dem Ersten Weltkrieg kamen berühmte Künstler in diesen abgelegenen Ort, dessen außergewöhnlicher Charakter sich aber unter Künstler und Intelektuellen allmählich herumsprach. Einfach ging es da zu, ohne Luxus und modernsten Komfort. Aber das suchten die Reisenden dort, ein wenig Ausstieg aus der Zivilisation. Dieser Film zeigt anhand vieler Dokumente und alten wie neuen Aufnahmen, wie die Künstler dort lebten und arbeiteten, was sie sahen und heute noch sehen. Durch eindrucksvolle Landschaftsaufnahmen und kleine Spielszenen entsteht erstmalig ein lebendiger Eindruck vom Wesen der Künstlerkolonie Nidden.
Spieldauer: 47 Minuten.
Nr. P A0932 DVD **24,95 €**

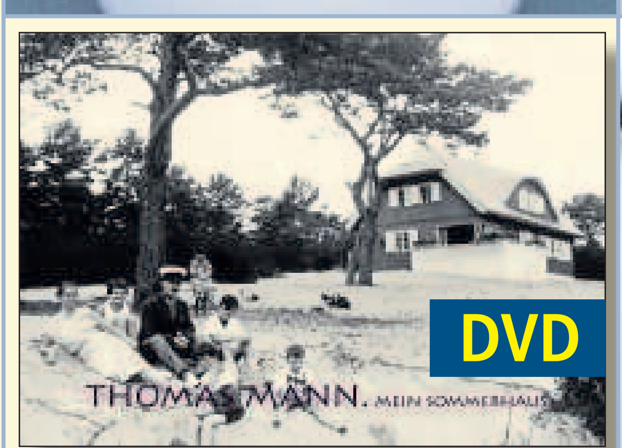


Kettenanhänger mit Sonne aus Bernstein mit Lederhalsband
Lederband
ca. 45 cm Länge
Nr. P A0902 39,90 €



Bernsteinanhänger mit Silberschlangenkette
Klassischer Naturbernsteinanhänger in unregelmäßiger Form mit ca. 3,5 cm Länge an einer Silberschlangenkette (ca. 50 cm Länge)
Nr. P A1051 79,90 €

Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 **Marzipan** **11,95 €**



Arvydas Barysas
Thomas Mann
Mein Sommerhaus
Thomas Mann erzählt im Film von seinem Sommerhaus in Nidden auf der Kurischen Nehrung, so, wie er es vor den Münchner Rotariern am 1. September 1931 tat. Sein Text wird gelesen von seinem Enkel Frido Mann.
1929 verbrachte Thomas Mann erstmals Sommerferien an der ostpreußischen Ostseeküste. Mit seiner Familie besuchte er Nidden. Begeistert von der Landschaft zwischen Haff und See beschlossen sie, sich in Nidden einen Sommersitz zu bauen. Ein Bauplatz fand sich auf einer Düne über dem Haff, ein Memeler Architekt wurde mit dem Bau eines leichten reetgedeckten Hauses im Stil der Niddener Fischerhäuser beauftrag. In ihm verbrachten Thomas Mann und die Seinen die Sommer 1930 bis 1932. Zu den Worten Thomas Manns zeigt der Film die Natur der Nehrung, wie sie Thomas Mann faszinierte, und er dokumentiert traditionelles Niddener Leben der Vorkriegszeit.
Meine Worte können Ihnen keine Vorstellungvon der eigenartigen Primitivität und dem großartigen Reiz des Landes geben. Ich möchte mich hier auf Wilhelm von Humboldt berufen, der dort war, und speziell von Nidden so erfüllt war, dass er erklärte, man müsse dieses Gegend gesehen haben, wie man Italien oder Spanien gesehen haben müsse („wenn einem nicht ein Bild in der Seele fehlen soll").
Dieser Film wurde beim 51. Filmfestival „Tage des nordischen Films in Lübeck" im Jahr 2009 vorgeführt. Spieldauer: 20 Minuten.
Nr. P A0933 DVD **24,95 €**

Cognacfarbenes Naturbernsteinherz mit schwerer Silberschlaufe und Lederband
Bernsteinherz ca. 2 x 3 cm
Lederband ca. 45 cm Länge
Nr. P A1160 39,90 €



Jetzt mit 300 Gramm Marzipan

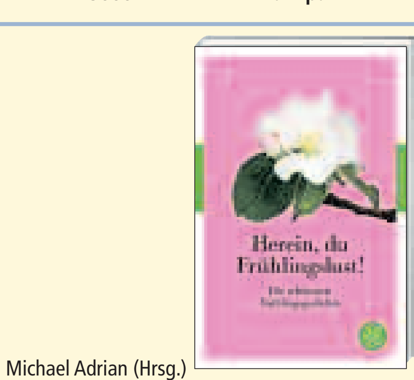
Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß"
300 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 **Marzipan** **13,95 €**



Kurt Wettengl
Maria Sibylla Merian – Künstlerin und Naturforscherin 1647–1717
Schon im Alter von dreizehn Jahren betrieb Maria Sibylla Merian erste systematische Insektenstudien am Beispiel des Seidenspinners. Waren die Insekten zunächst nur Beiwerk ihrer Blumenbilder, so rückte der „Raupen wunderbare Verwandlung" zunehmend in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen, die sie mit eigenen Kupferstichen in einem mehrbändigen Werk veröffentlichte und selbst verlegte. Ihr bedeutendstes Buch, das großformatige Kupferstichwerk über die surinamischen Schmetterlinge, war das Ergebnis einer zweijährigen gefahrvollen Forschungsreise in die Tropen und machte sie über ihren Tod hinaus berühmt. Nach den grundlegenden Arbeiten von Elisabeth Rücker ist diese Publikation, die nun als Sonderausgabe erhältlich ist, die erste zusammenfassende Monografie zum Oeuvre Maria Sibylla Merians. Beschrieben wird das Leben und Werk der außergewöhnlichen Künstlerin, Naturforscherin, Verlegerin und Unternehmerin. Großformat. 196 Seiten
Nr. P A1151 **Gebunden** **24,80 €**



Königsberg Marzipan-Herz
Schwermer Marzipan-Herz einzeln in Cellophanfolie verpackt
50 Gramm geflämmtes Marzipan mit Zuckerguss in der Mitte.
Das Marzipan-Herz der Confiserie Schwermer aus Königsberg in Ostpreußen ist auch eine traditionelle Muttertagsgabe.
Nr. P 5659 **2,98 €**



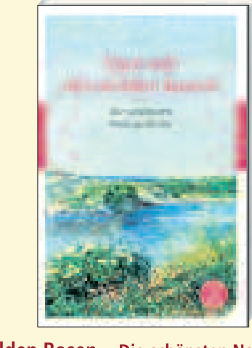
Michael Adrian (Hrsg.) (240 Seiten)
Herein, du Frühlingslust! – Die schönsten Frühlingsgedichte
Nach trüben Wintertagen beginnt die Welt wieder zu blühen: zartes Grün und Frühlingsgefühle lassen die Natur und die Menschen strahlen. Die Tage werden wieder länger, die Sonnenstrahlen wärmer, das Leben leichter. Die schönsten Gedichte über die erhebende Leichtigkeit des Frühlings sind in diesem Band versammelt. Mit Gedichten von Friedrich Hölderlin, Clemens Brentano, Else Lasker-Schüler und vielen anderen.
Nr. P A1145 **Taschenbuch** **10,00 €**



Maria Sibylla Merian
Klappkarten
Die liebevollen und detailgetreuen Naturmotive der Naturforscherin und Künstlerin Maria Sibylla Merian sind weltweit bekannt. Ihr Todestag jährt sich in diesem Jahr zum 300. Mal. Schon mit 11 Jahren war Maria Sibylla Merian in der Lage, Kupferstiche herzustellen; bald übertraf sie in dieser Technik ihren Lehrer und entwickelte einen persönlichen Malstil. Ihre Blumenbilder ergänzte sie nach dem Vorbild der Utrechter Malerschule mit kleinen Schmetterlingen und Käfern. In diesem Set finden Sie ihre schönsten Kunstwerke zusammen mit poetischen und ermutigenden Zitaten berühmter Persönlichkeiten. 8 Klappkarten sind in der Schachtel enthalten.
Nr. P A1145 Klappkarten 7,95 €



Leselupe mit Licht
(ohne Batterie)
Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung
Nr. P A0445 11,95 €



Und voll mit wilden Rosen – Die schönsten Naturgedichte
Schon Goethe konnte am besten in der Natur abschalten. Sie ist ein Gegenprogramm zum hektischen Alltag unter Menschen, Ort der Ruhe und Erholung. In dieser Sammlung der schönsten Naturgedichte feiern Dichter aus drei Jahrhunderten die Schönheit von Buchen, Maiglöckchen und weiten Landschaften. Mit Gedichten von Joseph von Eichendorff, Heinrich Heine, Rainer Maria Rilke und anderen. 240 Seiten
Nr. P A1146 **Taschenbuch** **8,00 €**



Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 16,95 €



Moosbeere mit Wodka
Baltische Spezialität
20 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5685 16,95 €



Nalewka
Weichselkirchen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5684 16,95 €



Gumbinner Marillchen
Aprikosen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5686 16,95 €



Schit-Lot-Em
Pommerscher Magenlikör
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5689 19,30 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.



Bernsteinriegel
Meschkinnes, Bärenblut, Bärenfang, Kurfürstlicher Magenbitter und Danziger Goldwasser. je 0,10 Liter im Tragekarton
Nr. P 5702 Spirituosen (5 x 0,10 Liter im Tragekarton) 19,95 €



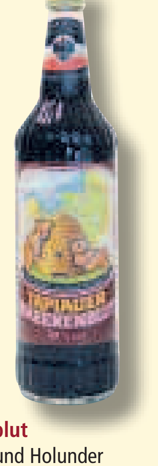
5 Ostpreußische Liköre
5 Flaschen je 0,10 Liter ostpreußische Liköre im Tragekarton.
Nr. P 5803 18,95 €



Kurenkaffee
Ostpreußischer Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5688 16,95 €



Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 19,95 €



Bärenblut
Honig und Holunder
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5694 19,95 €



Danziger Goldwasser
Danziger Liqueur
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5811 21,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Maritim-Hotels sperren AfD aus

Köln – Nach den linksextremen Drohungen und Krawallen zum AfD-Bundesparteitag vergangenes Wochenende hat die Hotelkette Maritim, in deren Kölner Haus die Versammlung stattfand, der Partei Hausverbot für alle 33 Maritim-Standorte in Deutschland erteilt. Der Kölner Maritim-Direktor Hartmut Korthäuer begründete die Maßnahme mit dem „sehr stressintensiven Wochenende“ für seine Mitarbeiter wegen der „schwierigen Lage und Gäste“. *H.H.*

Österreicher meiden Türkei

Wien – Neben Deutschland brechen auch in Österreich die Buchungszahlen beim Türkei-Tourismus dramatisch ein. Wie die Zeitschrift „Österreich“ berichtet, ist allein die Zahl der Österreicher, die mit dem Veranstalter TUI in das Mittelmeerland reisen, von zuvor 100 000 auf voraussichtlich gerade einmal 10 000 bis 20 000 in diesem Jahr gesunken. Der TUI-Flug von Innsbruck nach Antalya sei ganz eingestellt worden. *H.H.*

ZUR PERSON

Eine alternative »neue Petry«

Ein Zickenkrieg hat der AfD gerade noch gefehlt. Doch der könnte sich anbahnen, nachdem Parteichefin Frauke Petry auf dem vergangenen Parteitag demontiert wurde und das Bundesvorstandsmitglied **Alice Weidel** daraus als Gewinnerin hervorging. Gemeinsam mit dem 76 Jahre alten Alexander Gauland bildet die halb so alte Weidel das Spitzenduo der Partei für die Kandidatur bei den nächsten Bundestagswahlen.

Vom Lebenslauf und von der Karriere her scheint Weidel vielen nicht in die Partei zu passen. Sie strotzt als Kosmopolitin vor Selbstbewusstsein, ist beruflich erfolgreich und lebt in einer lesbischen Beziehung mit einer Partnerin sowie zwei Söhnen am Bodensee. Als international tätige Beraterin für Start-up-Unternehmen kokettiert sie mit wirtschaftsliberalen Ansichten. Ihre frühere Arbeit für Goldman Sachs scheint dem AfD-Image ebenso zu widersprechen wie ihr sechsjähriger Aufenthalt in China. Mithilfe eines Stipendiums der Konrad-Adenauer-Stiftung verfasste sie eine Doktorarbeit über das Rentensystem in China.



Doch Weidel kann auch andere Töne anschlagen. Als Mitglied der AfD seit ihrer Gründung 2013 bezeichnet sie sich als „profunde Euro-Kritikerin“. Als das Flüchtlings- das Euro-Thema ablöste, kam ihre islamkritische Haltung zum Vorschein. Nach dem Referendum in der Türkei trat sie dafür ein, dass allen türkischen Ja-Sagern die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden solle.

Auch innerhalb der Partei eckt sie immer wieder an. „Du hast mich abgeschossen“, giftete sie gegen Co-Parteichef Jörg Meuthen, als sie vor wenigen Wochen bei der Wahl für den baden-württembergischen Landesvorstand scheiterte. Als „neue Petry“ könnte sie jetzt für einen neuen alternativen Aufbruch in der Partei sorgen. *H. Tews*



Vorsicht, Nächstenliebe!

Wie Kirchenvertreter die AfD in den Hexenkessel werfen, wo die Hölle nach Weihrauch riecht, und was da so vor sich hin rottet / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Sie hatten sich einiges vorgenommen: Mit der flammenden Parole „Willkommen in der Hölle von Köln!“ trommelte die Antifa wochenlang europaweit zum Marsch auf das Maritim-Hotel in der Domstadt, wo die AfD ihren Bundesparteitag abhielt. Köln sollte brennen.

Tat es dann doch nicht, es kamen zu wenige, und die Polizei hatte zu gut aufgepasst. Die Enttäuschung am linken Saum fiel entsprechend tief aus. Dazu die Blamage vor aller Welt: Sogar aus Spanien, Italien und Schweden waren Komplizen angekarrt worden, welche die Stadt in Flammen setzen und deutsche Parteitagsdelegierte ins Krankenhaus befördern wollten. Die dürften jetzt richtig sauer sein.

Immerhin ließen prominente Zeitgenossen den Termin nicht verstreichen, ohne sich aufs Eindringlichste in der Öffentlichkeit zu spreizen. In der „Hölle von Köln“ roch es weniger nach Schwefel als nach Weihrauch.

Stadtdechant Robert Kleine stellte sich im Vorwege des Parteitags mit klarer Kante gegen die AfD: „Hass, Polarisierung und gegenseitige Abwertung als Mittel von Politik und gesellschaftlichem Diskurs lehnen wir entschieden ab.“ Der christliche Glaube verpflichte nämlich zu Nächstenliebe, Toleranz und zu einem solidarischen Miteinander, Christen begegneten jedem Menschen mit Respekt vor seiner Würde.

Solcherlei Nettigkeiten überschrieben die Kirchenvertreter mit dem fetzigen Slogan „Unser Kreuz hat keine Haken“, womit sie die AfDler in denselben Hexenkessel mit den nationalsozialistischen Massenmördern warfen. Sehen Sie sich also vor: Wenn Ihnen ein Pfaffe wie der Herr Kleine demnächst mit seinem „Respekt“ oder seiner „Nächstenliebe“ droht, müssen Sie auf die hasserfüllteste Herabwürdigung gefasst machen, die es in deutschen Debatten zu verteilen gibt: das Nazi-Etikett.

Hausverbot für den Kölner Dom wolle er den Gescholtenen zwar nicht gleich erteilen, gibt sich der Dechant großherzig. Aber wenn er die AfDler in den Dom lasse, dann nur mit dem Ziel, dass sie der Anblick der heiligen Gewölbe zur „Umkehr“ bewege. „Umkehrbereite sind immer willkommen“, so Kleine. Die anderen also nicht.

Womit hat der gute alte Dom nur solche Kleriker verdient? Na ja, vielleicht kratzt es ihn gar nicht. Der ehrwürdige Bau hat schon einiges mitgemacht. Während der französischen Besatzung vor mehr als zwei Jahrhunderten missbrauchte man ihn als Pferdestall und Lagerhalle. Nun schlurfen da eben trübe Typen vom Schlage eines Herrn Kleine zwischen den Säulen herum. Was soll's? Geht auch vorbei.

Bis dahin wissen sich die Kirchenoberen haken- und ösenlos eingebunden ins Lager der Mächtigen und (daher) Rechtschaffenden. Was die Betrachtung so anstrengend macht, ist das Phänomen, dass sie ihre Intoleranz, ihre Abwertung anderer Menschen und ihre Sucht nach Gleichschaltung der Meinungen mit den gegensätzlichen Vokabeln Toleranz, Respekt und Vielfalt übergießen. Es fällt schwer, damit umzugehen, ohne in Zynismus zu verfallen.

> **Es ist soweit: Wie in der DDR gelten abweichende Meinungen wieder als »Provokation«**

Da kommen uns Repräsentanten der Macht wie die NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker wie gerufen, weil die wenigstens Klartext reden. Beide nannten es eine „Provokation“, dass die AfD Köln zum Versammlungsort gewählt habe.

Na also: „Provokation!“ Das Wort dröhnt uns noch in den Ohren aus düsteren Zeiten. „Provokation!“ schoss es aus den Mäulern der SED-Apparatschiks, wenn sie einer abweichenden Meinung teilhaftig wurden. Berechtigtes Andersdenken kam in deren autoritär-rotem Kosmos bekanntlich gar nicht vor. Anders zu denken und zu reden als sie erschien ihnen grundsätzlich als feindseliger Akt, den es mit den „vielfältigsten“ Mitteln niederzuhauen galt.

Sehen Sie, nun kennen wir uns wieder aus und wissen, woran wir sind. Den Genossen von der Einheitspartei war natürlich bewusst, dass die Abwehr von „Provokationen“ im Idealfall bereits greift, bevor sie überhaupt passieren, und zwar durch penible Kontrollen. Dafür hatten sie ihre robusten Spießgesellen, deren Wiedergängern eine Reporterin der „Bild am Sonntag“ in Köln in die Fänge lief. Mit der Frage „Bist du Nazi?“ stellten die „Antifaschisten“ sie zur Rede. Als sie „Journalist“ entgegnete, folgte die barsche Aufforderung: „Weis' dich aus!“ Wir möchten uns lieber nicht vorstellen, was der Kollegin widerfahren wäre, wenn sie ihren Presseausweis im Auto vergessen hätte. AfD-Delegierte, denen die Polizei nicht rechtzeitig zu Hilfe kam, wurden sogar körperlich drangsaliert.

Aber, wir haben es erfahren, sie waren ja selber schuld, denn Köln und NRW waren halt der falsche Ort für so einen Parteitag. Wo wäre denn der richtige gewesen? Igitt, was für eine Fangfrage! Natürlich nirgends.

Und was hätte dann in den Zeitungen gestanden? „AfD verstößt gegen das Parteiengesetz.“ Denn laut Gesetz sind Parteien in Deutschland ausdrücklich dazu verpflichtet, in gewissen Abständen Parteitage abzuhalten. Die Vertreter von Medien und anderer Parteien würden keine Sekunde zögern, den Blauen die Nichteinhaltung dieses Gesetzes vorzuhalten, sollte die junge Truppe darauf verfallen, aus Sicherheitsgründen auf Parteitage zu verzichten. „Die Rechtspopulisten zeigen jetzt ganz offen ihre Verachtung für Demokratie und Rechtsstaat“, würde es aus vollen Mündern schallen.

So macht man das: Die Falle muss vorne und hinten gleichzeitig zuschnappen, damit der Hase nicht mehr rauskommt. Sobald man ihn erfolgreich reingelegt hat, kann man getrost wieder für den „ehrlichen Umgang miteinander“ werben.

Der Trick funktioniert auf mannigfache Weise. Wie wir gesehen haben, lassen Kirchenvertreter keinen Zweifel daran, dass sie AfDler nicht bei sich haben wollen. Als nun aber ein AfD-Politiker auf dem Parteitag dazu aufrief, aus der Kirche auszutreten, quoll die Empörung über. Das sei „unfassbar und abscheulich“, schäumte der zwischenzeitlich fast vergessene SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz. Der AfD gehe es um „Spaltung“ und (ja!) „Provokation“.

Wer das alles zusammen auf den Tisch legt, dem steigt unweigerlich der stechende Geruch von Fäulnis in die Nase. Es die „demokratische Kultur“, die da vor sich hin rottet. Man könnte ihr mit ein paar kräftigen Injektionen von Toleranz, Vielfalt und Respekt schnell wieder Leben einhauchen. Aber, wie erwähnt, leider hat man diese im Grunde heilbringenden Wörter selbst zu Krankheitserregern pervertiert, die für das Gegenteil dessen eingesetzt werden, wofür sie einst gut waren.

Zum Trost haben wir immerhin unseren neuen Bundespräsidenten. Frank-Walter Steinmeier hatte ja schon vor seinem Amtsantritt versprochen, für die Demokratie zu kämpfen. Die sei nämlich die „Staatsform der Mutigen“, zu denen sich Steinmeier selbstverständlich zählt. Da kennt er nichts: Zwar habe ein Bundespräsident über den Parteien zu stehen. Doch wenn es um die Verteidigung der Demokratie gehe, dann werde er sogar parteiisch werden, hat Steinmeier geschmettert.

Nachdem es sogar schon Todesdrohungen gegen das Hotelpersonal des Parteitagslokals gegeben hatte, sah die AfD-Spitze die Stunde des Mutigen gekommen und richtete einen Appell an unser Staatsoberhaupt, es möge öffentlich zur Mäßigung aufrufen und klarstellen, dass die Demokratie „von Meinungsvielfalt, Meinungsbildung und dem offenen Diskurs“ lebe.

Über eine Reaktion aus dem Schloss Bellevue ist nichts bekannt. Da hatten wir den Herrn Bundespräsidenten wohl missverstanden, als er sagte, beim Kampf für die Demokratie werde er sogar „parteiisch“ handeln. Er meinte nicht, parteiisch für die Demokratie, sondern parteiisch für die ihm genehmen Parteien.

Schon stinkt es noch etwas penetranter in der Nase.

MEINUNGEN

***Fritz Goergen** streicht auf „Tichys Einblick“ (23. April) heraus, dass in Frankreich die Kandidaten beider etablierter **Großparteien untergegangen** sind:*

„Fest steht heute gegen Mitternacht nur eines: Das Machtgefüge in den bisher wichtigsten EU-Ländern schwindet dahin. Die Dinge haben begonnen, sich grundlegend neu zu sortieren. Der Brexit war keine Ausnahme, sondern nur die erste große tektonische Verschiebung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen in Old Europe.“

***Ähnlich** sieht es **Thomas Vieregge** in der Wiener „Presse“ (24. April):*

„So spiegelten die vergangenen Wochen ein Land, das zwischen Angst und Agonie schwankt, zwischen Depression und Aufruhr taumelt – und das vor allem den Glauben an sich, seine Politiker und deren gestalterische Kraft verloren hat ... Noch nie in der Fünften Republik war der Frust über das ‚System‘ so ausgeprägt.“

***Antideutsche Töne** wegen der deutschen Wirtschaftskraft kommen aus Frankreich, aus Spanien oder aus Italien. „Welt“-Autor **Ulf Poschardt** wittert den Grund (21. April) und empfiehlt, unsere Stärke nicht länger zu verstecken:*

„Dass der Rest der Welt den Deutschen an so vielen Dingen die Schuld gibt, könnte ein Hinweis sein, dass dem Land mehr gelingt, als wir es selbst wahrnehmen. Gibt Frankreich weiterhin den Scheinriesen, versucht es Deutschland als Scheinzwerg. Keine vernünftige Strategie.“

***Florian Kain** sieht in der „Bild“-Zeitung (24. April) die zuletzt arg gebeutelte **AfD** nach ihrem Kölner Parteitag offenbar wieder auf der **Erfolgsschiene**:*

„Er ist ein alter Haudegen mit politischer Erfahrung, sie ein junges, sympathisches Gesicht: Das neue AfD-Spitzenduo kann der politischen Konkurrenz gefährlicher werden, als die alte, zerstrittene Petry-Partei ... Die AfD hat sich in Köln nicht neu erfunden. Aber sie hat gezeigt, dass man sie auch in Zukunft nicht unterschätzen darf.“

*Der Kommentator der „FAZ“ (23. April), **Nikolas Busse**, sieht in der **Frankreich-Wahl** ein weiteres Signal für den **Umbruch** im politischen Leben der europäischen Länder:*

„Macrons Sieg ist knapp; mit seinem Ergebnis wäre er in den beiden vorherigen Wahlen nicht einmal in die Stichwahl gekommen. Mehr als 40 Prozent der Franzosen haben ihre Stimme Kandidaten von ganz links oder ganz rechts gegeben. Das ist eine Radikalisierung ... , wie man sie auch aus anderen westlichen Ländern kennt. Und sie zeigt ein weiteres Mal, wie verunsichert viele Wähler angesichts der großen globalen Umbrüche sind, zu denen vor allem Migration und Globalisierung gehören.“

*Der in Paris lebende Autor **Manfred Haferburg** rät auf der „Achse des Guten“ (23. April):*

„Wenn deutsche Politiker wollen, dass Le Pen gewählt wird, dann brauchen sie nur die französischen Wähler davor zu warnen, für Le Pen zu stimmen. Das sagt viel über die Akzeptanz der Einmischung deutscher Politiker in den französischen Wahlkampf aus.“